



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

135. Sitzung

Hannover, den 16. August 2017

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen des Präsidenten13497
Feststellung der Beschlussfähigkeit.....13497

Tagesordnungspunkt 2:

Aktuelle Stunde13497

a) **Rot-grünes Bildungschaos - Schüler, Eltern und Lehrer müssen es ausbaden** - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/858113498
Kai Seefried (CDU)13498
Heinrich Scholing (GRÜNE)13499
Dr. Stefan Birkner (FDP)13501
Stefan Politze (SPD).....13502
Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin.....13504

d) **Fehlstart in das neue Schuljahr - Rot-Grün hinterlässt einen Scherbenhaufen in der Bildungspolitik** - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/857913506
Björn Försterling (FDP)13506
Julia Willie Hamburg (GRÜNE).....13507
Stefan Politze (SPD).....13508
Kai Seefried (CDU)13510, 13511
Uwe Strümpel (SPD)13511
Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin.....13512

b) **VW: Arbeitsplätze sichern - Verantwortung übernehmen!** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 17/857813514
Johanne Modder (SPD).....13514
Dirk Toepffer (CDU).....13516

Anja Piel (GRÜNE) 13517
Dr. Stefan Birkner (FDP)..... 13519, 13521
Stephan Weil, Ministerpräsident 13520

c) **Kein Herumeiern im Fipronil-Skandal: In Niedersachsen steht Verbraucherschutz an erster Stelle!** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/8577 13522
Miriam Staudte (GRÜNE)..... 13522
Hermann Grupe (FDP) 13524
Helmut Dammann-Tamke (CDU)
..... 13525, 13529, 13531
Wiard Siebels (SPD).....13527
Christian Meyer, Minister für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
..... 13529, 13530

Tagesordnungspunkt 3:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (Nachtragshaushaltsgesetz 2017) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/8535 neu - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/8553 - Schriftlicher Bericht - Drs. 17/8572 13531
Frank Oesterhelweg (CDU) 13531, 13538
Renate Geuter (SPD)..... 13533
Dr. Gero Hocker (FDP)..... 13534, 13539
Bernd Lynack (SPD) 13535
Gerald Heere (GRÜNE) 13537, 13539
Reinhold Hilbers (CDU) 13540, 13542
Julia Willie Hamburg (GRÜNE) 13541
Petra Emmerich-Kopatsch (SPD) 13541
Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister ... 13542

Beschluss 13544

(Direkt überwiesen am 04.08.2017)

Tagesordnungspunkt 4:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Verankerung der Pflichten von Schülerinnen und Schülern im Niedersächsischen Schulgesetz - Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 17/7023 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 17/8554 - Schriftlicher Bericht - Drs. 17/8584 13544
Dr. Stefan Birkner (FDP) 13544
Stefan Politze (SPD) 13545
Jörg Hillmer (CDU) 13547
Heinrich Scholing (GRÜNE) 13548
Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin 13549
Beschluss 13550
(Erste Beratung: 115. Sitzung am 12.12.2016)

Tagesordnungspunkt 5:

Einsetzung einer Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/2172 - Beschlussempfehlung des Ältestenrates - Drs. 17/2903 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 17/2921 - Unterrichtung - Drs. 17/2963 - Bericht der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ - Drs. 17/8530 13551
Dr. Silke Lesemann (SPD) 13551
Volker Meyer (CDU) 13554
Regina Asendorf (GRÜNE) 13557
Almuth von Below-Neufeldt (FDP) 13557
Heidemarie Mundlos (CDU) 13559
(Erste Beratung: 47. Sitzung am 22.10.2014)
(Zweite Beratung: 57. Sitzung am 18.02.2015)

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung:

Kommunen bei der Integration besser unterstützen - Integrationspauschale auf den Weg bringen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/8547... 13560
Jan-Christoph Oetjen (FDP) 13560, 13568
Belit Onay (GRÜNE) 13562
Johann-Heinrich Ahlers (CDU) 13563
Michael Höntsch (SPD) 13564
Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister ... 13566
Ausschussüberweisung 13568

Tagesordnungspunkt 7:

Erste (und abschließende) Beratung:

Antrag auf Änderung des Einsetzungsbeschlusses für den 23. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss - Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - Drs. 17/8551 13568
Beschluss 13568

Tagesordnungspunkt 8:

Erste (und abschließende) Beratung:

Antrag auf Änderung des Einsetzungsbeschlusses für den 24. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss - Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - Drs. 17/8552 13569
Beschluss 13569

Tagesordnungspunkt 9:

Abschließende Beratung:

Veräußerung der Landesliegenschaft „ehemaliges Klinikgelände“ auf Norderney - Antrag der Landesregierung - Drs. 17/8385 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/8555 13569
Beschluss 13569

Vom Präsidium:

Präsident	Bernd Busemann (CDU)
Vizepräsidentin	Dr. Gabriele Andretta (SPD)
Vizepräsident	Klaus-Peter Bachmann (SPD)
Vizepräsident	Karl-Heinz Klare (CDU)
Schriftführerin	Karin Bertholdes-Sandrock (CDU)
Schriftführerin	Ingrid Klopp (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführer	Klaus Krumfuß (CDU)
Schriftführer	Clemens Lammerskitten (CDU)
Schriftführer	Markus Brinkmann (SPD)
Schriftführer	Stefan Klein (SPD)
Schriftführerin	Sigrid Rakow (SPD)
Schriftführerin	Sabine Tippelt (SPD)
Schriftführer	Belit Onay (GRÜNE)
Schriftführerin	Hilgriet Eilers (FDP)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Stephan Weil (SPD)	Staatssekretär Dr. Jörg Mielke, Staatskanzlei
Minister für Inneres und Sport Boris Pistorius (SPD)	
Finanzminister Peter-Jürgen Schneider (SPD)	Staatssekretär Frank Doods, Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Cornelia Rundt (SPD)	Staatssekretär Jörg Röhmann, Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD)	Staatssekretärin Erika Huxhold, Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Olaf Lies (SPD)	Staatssekretär Dr. Frank Nägele, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Christian Meyer (GRÜNE)	
Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE)	Staatssekretärin Stefanie Otte, Justizministerium
Ministerin für Wissenschaft und Kultur Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)	Staatssekretärin Andrea Hoops, Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Stefan Wenzel (GRÜNE)	Staatssekretärin Almut Kottwitz, Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Beginn der Sitzung: 10.18 Uhr.

Präsident Bernd Busemann:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie namens des Präsidiums. Gemeinsam mit den Schriftführern wünsche ich Ihnen einen guten Morgen.

(Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident!)

Ich eröffne die 135. Sitzung im 49. Tagungsabschnitt des Landtages der 17. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen des Präsidenten

Nachdem wir vorhin in der Marktkirche gegenüber eine Andacht erlebt haben, ist, so denke ich, Anlass gegeben, dass wir alle uns bei den Herren Bischöfen, Herrn Meister und Herrn Trelle, für diese Andacht bedanken, die sehr nachdenklich gestimmt haben sollte.

(Beifall)

Die Beteiligung des Landtages war, sagen wir mal, ordentlich.

Meine Damen und Herren, das Haus ist gut besetzt. Ich darf die **Beschlussfähigkeit** des Hauses somit schon jetzt feststellen.

Zur Tagesordnung: Die Einladung für diesen Tagungsabschnitt sowie die Tagesordnung einschließlich des Nachtrages und der Informationen zu den von den Fraktionen umverteilten Redezeiten liegen Ihnen vor. Zu Tagesordnungspunkt 5 - das ist der Bericht der Enquetekommission - weise ich schon jetzt darauf hin, dass die Fraktionen nachträglich vereinbart haben, die Redezeitkontingente der Fraktionen zu erhöhen, sodass die Zeitkontingente der Fraktionen denjenigen bei der Behandlung Großer Anfragen entsprechen. Bei der Umverteilung der Redezeiten wurden diese Zeiten bereits berücksichtigt. Zu Tagesordnungspunkt 15 - das sind die Eingaben - liegen keine Eingaben zur Beschlussfassung vor. Ich stelle das Einverständnis des Hauses mit den geänderten Redezeiten fest. Die heutige Sitzung kann gegen 17.05 Uhr enden.

Für die Initiative „Schulen in Niedersachsen online“ werden heute und morgen Schülerinnen und Schüler der IGS aus Garbsen mit einer Onlineredaktion live aus dem Landtag berichten. Die Patenschaft

dafür hat die Abgeordnete Editha Lorberg übernommen.

(Beifall)

Die Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten der Multi-Media Berufsbildende Schule werden heute wieder, wie wir das kennen, Sendungen im Rahmen des Projektes „Landtagsfernsehen“ erstellen. Sie halten sich während der Plenarsitzungstage im Vorraum zum Raum der Landespressekonferenz sowie im Raum der Landespressekonferenz selbst auf und führen dort auch Interviews durch. Die einzelnen Sendungen stehen im Internet auf der Homepage der Schule - www.mmbbs.de - bereit und sollen über den Regionalsender Leine-Hertz 106.5 und den Fernsehsender h1 ausgestrahlt werden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr der Schriftführer, Herr Kollege Onay, mit.

Schriftführer Belit Onay:

Es hat sich entschuldigt von der Fraktion der FDP Herr Björn Försterling von 12 bis 16 Uhr.

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Onay. - Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 2:

Aktuelle Stunde

Für diesen Tagesordnungspunkt sind mir vier Themen benannt worden, deren Einzelheiten Sie der Tagesordnung entnehmen können.

Ich darf die Meldungen aus den Fraktionen so verstehen, dass man angesichts des Sachzusammenhangs so verfahren möchte, dass wir zunächst Tagesordnungspunkt 2 a und dann Tagesordnungspunkt 2 d behandeln, weil beide mit Bildungs- und Schulpolitik zu tun haben, und wir die Tagesordnungspunkte 2 b und 2 c danach behandeln. - Wir können so verfahren.

Es bleibt dabei: Zwei Blöcke à 20 Minuten, die Obergrenze für die Redezeiten liegt bei jeweils fünf Minuten. Sie kennen das Verfahren.

Ich sage noch einmal ausdrücklich: Die in der Geschäftsordnung für den Ablauf der Aktuellen Stunde geregelten Bestimmungen setze ich bei allen Beteiligten, natürlich auch bei der Landesregierung, als bekannt voraus.

Ich eröffne die Besprechung zu

a) **Rot-grünes Bildungschaos - Schüler, Eltern und Lehrer müssen es ausbaden** - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/8581

Das Wort zur Begründung erhält Herr Kollege Kai Seefried von der CDU-Fraktion. Bitte sehr!

Kai Seefried (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir erinnern uns: „So nicht, Rot-Grün!“ lautete der Slogan der GEW im Herbst 2013, als als eine der ersten Maßnahmen dieser Landesregierung die Arbeitszeit der Gymnasiallehrer erhöht werden sollte und die zugesagte Altersermäßigung für alle Lehrkräfte abgeschafft wurde.

„Eskalation an der Schule“ titelte die *Neue Presse* im September 2014.

„Ärger in Niedersachsens Klassenzimmern“, so beschrieb im Februar 2015 die *Braunschweiger Zeitung* die Halbzeitbilanz der Kultusministerin.

„Das Kultus-Chaos“ schreibt am 4. August 2016 die *Braunschweiger Zeitung*. Und weiter:

„Man kann Niedersachsens Schülerinnen und Schülern nur einen besseren Start in das neue Schuljahr wünschen, als ihn Kultusministerin Frauke Heiligenstadt hingelegt hat. Schlechter geht es allerdings auch kaum.“

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

„Schwache Regierung“ schrieb die *Nordwest-Zeitung* am 7. April dieses Jahres zur geplanten Reduzierung der Krippenförderung. Und weiter:

„Wie man sich wohl so fühlt, mitten unter Menschen und doch einsam und allein. Kultusministerin Frauke Heiligenstadt liefert in der Landtagswoche ein beobachtbares Beispiel.“

„Die Planung ist jetzt für die Mülltonne“ überschreibt die *HAZ* die Situation in unseren Schulen am 4. August dieses Jahres.

„Lehrerpuzzle sorgt für Chaos“, schreibt die *Neue Osnabrücker Zeitung* am 8. August. Im Kommentar dazu ist von Inkompetenz und Fehlleistung die Rede, und es heißt:

„Wer hätte das gedacht? Da schaffen es die bildungspolitisch Verantwortlichen in Hannover mit Ministerin Frauke Heiligenstadt an der Spitze doch tatsächlich, dem Chaos in der Schullandschaft kurz vor den Neuwahlen noch mal ein I-Tüpfelchen obenauf zu setzen.“

(Astrid Vockert [CDU]: Schlimm genug!)

Und weiter:

„Als wenn die Grube, in der die Landesregierung steht, nicht schon tief genug wäre. Mit dieser Aktion hat das Kultusministerium noch mal eine Schippe tiefer gegraben. Zumindest bildungspolitisch hat sich Rot-Grün selbst abgeschafft, da braucht es gar keine Parteiwechsler.“

Deutlicher kann man es nicht beschreiben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

„Rot-Grün fehlt die Kraft“ schreibt die *Neue Osnabrücker Zeitung* am 12. August.

„Schulpolitik aus den Wolken“, so beschreibt die *HAZ* die Arbeitsweise des Kultusministeriums am gleichen Tag.

„Kultusministerin bekommt Stundenausfall nicht in den Griff“ schreibt die *Braunschweiger Zeitung*.

„Chaos an den Schulen ‚Tagesgeschäft‘“, so nennt es die *Nordwest-Zeitung*.

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, allein diese kleine, sehr kurze chronologische Darstellung macht ganz deutlich: Rot-Grün ist am Ende. Diese Kultusministerin ist am Ende.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist es auch gut, es ist für unser Land gut, dass, vorgezogen nach nur viereinhalb Jahren, sich die Niedersachsen am 15. Oktober für einen Neubeginn in der Schulpolitik entscheiden können. Das ist eine gute Zeit für Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Statt auf die Realität in unseren Schulen zu reagieren, redet die Kultusministerin die Situation nach wie vor schön. Sie malt sich ihre eigene Welt, und draußen in unseren Schulen hat niemand mehr dafür Verständnis.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Eltern, die Schülerinnen und Schüler, die Lehrkräfte sind die Leidtragenden dieser verfehlten Bildungspolitik und müssen das in diesen Tagen ganz besonders stark ertragen. Unser Dank und unsere Anerkennung gelten allen, die unter diesen schwierigen Voraussetzungen das Beste für unsere Schülerinnen und Schüler geben. Einen herzlichen Dank an unsere Lehrkräfte!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Niemand hat mehr Verständnis für die aktuelle Situation.

Die HAZ titelt heute: „Eltern machen gegen Schulpläne des Landes mobil“.

Auch der eigene Koalitionspartner glaubt nicht mehr an die Bildungspolitik dieser Ministerin. Oder wie lässt sich die Rede von Gerald Heere auf dem Landesdelegiertentag am vergangenen Wochenende erklären?

(Zuruf von den GRÜNEN: Gute Rede!)

Gerald Heere sagte dort in seiner Bewerbungsrede für seinen Listenplatz:

„Doch wenn mir als Haushälter an einer Stelle doch ein wenig die Hutschnur hochgeht, dann ist es das Kultusministerium.“

(Zurufe von der CDU und von der FDP: Oh!)

Weiter hat Herr Heere ausgeführt:

„Mittel werden schlecht vermarktet. Mehrfach tauchen neue Löcher auf wie bei der Unterrichtsversorgung oder den Anträgen der Kommunen für neue Kitaplätze. Das Thema Inklusion wird nicht immer gut gemacht. Die Lehrerinnen und Lehrer werden mehrfach vergrätzt.“

Et cetera, et cetera, et cetera. Ich glaube, Herr Heere, deutlicher kann man das wirklich nicht beschreiben. Diese Ministerin ist an ihrer Unfähigkeit gescheitert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Und auch Ihre Wortmeldung macht deutlich: Diese Koalition ist am Ende.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Seefried. - Es hat sich jetzt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kollege Scholing gemeldet. Bitte!

(Ulf Thiele [CDU]: Herr Scholing erklärt jetzt, dass Herr Heere unrecht haben soll, obwohl er weiß, dass er recht hat!)

Heinrich Scholing (GRÜNE):

Ich habe mit Herrn Heere schon gesprochen.

(Zurufe von der CDU und der FDP - Christian Dürr [FDP]: Und jetzt: „Ich teile seine Auffassung“!)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! So habe ich die CDU viereinhalb Jahre lang erlebt: Vereinfachung statt Auseinandersetzung mit den Herausforderungen. - Überschriften vorlesen reicht nicht, Herr Kollege!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber machen wir uns nichts vor, meine Damen und Herren: Da kommt nichts, da ist bisher nichts gekommen, und da wird nichts kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Mit der Realität, mit den Herausforderungen haben diese Ausführungen nichts zu tun. Nur um die aktuelle Diskussion um die Abordnungen einzuordnen: Wir reden zurzeit - ich habe den Stand von heute - von 171 Abordnungen. Gehen wir einmal davon aus, dass jede Lehrkraft mit sechs Stunden abgeordnet wird. Dann reden wir von 1 000 Stunden. In der Zeitung habe ich heute etwas von 10 000 Stunden gelesen. Irgendetwas stimmt da nicht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Abordnungen gab es übrigens schon immer; sie sind keine neue Erfindung. Wir haben im Moment keinen höheren Stand als in den Vorjahren. Ich könnte Ihnen ein langes schönes Lied zu dem Thema Abordnungen singen; davon können Sie ausgehen.

Wir haben eine schwierige Situation in der Unterrichtsversorgung - bundesweit!

(Astrid Vockert [CDU]: Ah, das ist jetzt die Entschuldigung!)

- Das ist keine Entschuldigung. Das ist die Realität, Frau Kollegin.

(Zustimmung von den GRÜNEN und von der SPD)

Wegen des Bewerbermangels können nicht alle Stellen besetzt werden. Dann gibt es eine Ultima Ratio. Ich will jetzt nicht alle Schritte aufzählen. Die Ultima Ratio sind Abordnungen. Das bringt Probleme mit sich; das ist bekannt. Wir können sicher sein, dass wir in den nächsten Jahren weitere Abordnungen brauchen. Das ist ein Hinweis darauf, dass wir das Instrument natürlich weiterentwickeln müssen.

Aber mir ist noch etwas wichtig: Abordnungen sind auch immer ein Moment der Solidarität der Schulen untereinander.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Die Debatte, die Sie hier im Moment führen, teilt die Schüler in Schüler erster Klasse und Schüler zweiter Klasse auf, und das finde ich schäbig!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Für den bundesweiten Lehrermangel gibt es mehrere Gründe, und das wissen wir alle. Gehen wir doch einmal ein bisschen in eine differenzierte Betrachtungsweise!

Wir sind zurzeit auf einem Höhepunkt der Pensionierungswelle. Ganztagschulen und Inklusion - das wollen wir doch nicht einfach wegstreichen - haben einen erheblichen Zusatzbedarf. Schülerzahlen sind nicht so gesunken, wie es erwartet worden war.

Meine Damen und Herren, die CDU hat fleißig mitgewirkt. Sie haben in Ihrer Regierungszeit darauf vertraut, dass die Schülerzahlen zurückgehen würden, und Sie haben die Kapazitäten der Universitäten zurückgefahren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]: Das ist falsch!)

Sie haben darauf gesetzt und die Ganztagschulen, die auch in Ihrer Regierungszeit gegründet worden sind - selbstverständlich gegründet worden sind; denn es braucht gute Ganztagschulen -, nicht mit zusätzlichen Lehrkräften ausgestattet.

(Petra Tiemann [SPD]: Genau so ist es!)

Sie haben sie gezwungen, prekär Beschäftigte einzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf von der SPD: Wer war das denn noch mal?)

Sie haben sich nicht darum gekümmert, dass die Lehrkräfte für die Inklusion eingestellt werden. Noch im September 2012 haben Sie bzw. der damalige Kultusminister Althusmann

(Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD: Aha!)

einen Entschließungsantrag abgelehnt, der zum Ziel hatte, einen Bedarfsplan für Lehrkräfte für Sonderpädagogik aufzustellen. Wäre gut gewesen, gelle?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Menschen, die damals die Lehramtsausbildung nicht angefangen haben, fehlen uns heute - ganz einfach! Es wäre interessant, auf Ihre jetzigen Vorschläge noch einmal genauer einzugehen. Aber dazu fehlt mir die Zeit.

Mir ist aber doch wichtig, zum Abschied - - - Nein, zum Abschluss! Aber „Abschied“ könnte ich auch sagen.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

- Ja, es gibt auch eine persönliche Seite, Herr Kollege.

Und jetzt einmal Zahlen, Daten, Fakten, Butter bei die Fische: Wir haben heute mehr Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen als jemals zu Ihrer Regierungszeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Schüler-Lehrer-Relation ist in Niedersachsen besser als jemals zuvor.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Detlef Tanke [SPD]: Hört, hört!)

Zusätzlich haben wir Schulsozialarbeit in Landesverantwortung. Das haben Sie in Ihrer Regierungszeit immer abgelehnt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir sorgen uns nicht nur um den Pflichtunterricht. Auch das ist eine gnadenlose, inhaltsbefreite Diskussion. Natürlich müssen wir uns auch in Zukunft um die weiteren Zusatzbedarfe kümmern.

Meine Damen und Herren, am 16. Oktober geht es weiter!

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Scholing. - Es folgt jetzt für die FDP-Fraktion Kollege Dr. Stefan Birkner. Bitte sehr!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Scholing, Sie haben eben versucht, das Versagen Ihrer Politik damit zu rechtfertigen, dass die Vorgängerregierung Fehlentscheidungen getroffen haben soll.

(Johanne Modder [SPD]: Was ja stimmt!)

Was Sie dabei aber übersehen haben, ist, dass Sie seit viereinhalb Jahren in der Verantwortung stehen. Ihnen fällt jetzt nichts Besseres ein, als auf vermeintliche Versäumnisse einer Vorgängerregierung hinzuweisen.

(Petra Tiemann [SPD]: Wie lange dauert ein Studium?)

Sie haben doch schon längst jeden Gestaltungsanspruch in der Bildungspolitik aufgegeben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie und die Ministerin sind für das Chaos verantwortlich, das an den Schulen herrscht. Es ist doch überhaupt nicht zu übersehen - das gilt auch für Sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrer Verantwortung -, dass die rot-grüne Bildungspolitik komplett gescheitert ist.

Schauen Sie sich mal die Situation in den Schulen an! Der Kollege hat eben schon die Presseberichtserstattung zitiert. Das lässt sich doch nicht wegdiskutieren.

Präsident Bernd Busemann:

Herr Dr. Birkner, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Hamburg zu?

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Im Moment nicht.

Sie haben keine Konzepte und keine gestalterischen Vorstellungen davon, wie Sie diesem Chaos

begegnen wollen. Das ist das, was wir Ihnen vorwerfen. Wir haben eine Ministerin, die die Dinge schönredet, den Realitäten nicht ins Auge sieht und keine Konzepte hat, um diesem Chaos zu begegnen. Wir haben jede Woche 100 000 Stunden Unterrichtsausfall. Wir haben eben keine 100-prozentige Unterrichtsversorgung.

Entgegen aller Versicherungen ist nicht gewährleistet, dass der Pflichtunterricht in den Schulen stattfinden kann. Daran ist am Ende auch nicht der Flüchtlingszustrom schuld, mit dem die Ministerin allzu oft zu begründen versucht, dass sich die Schülerzahlen anders, als ursprünglich angenommen wurde, entwickelt haben. Wir haben nicht einmal für den normalen Unterricht - den Unterricht für die Flüchtlinge nicht mitgerechnet - genügend Lehrkräfte.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Einen besonderen Lehrkräftemangel gibt es, wie wir jetzt sehen, an den Grundschulen. Jetzt wird mit hektischen Aktionen und willkürlichen Abordnungen von Gymnasiallehrern an Grundschulen versucht, diesen Mangel zu kompensieren. Wie wir heute wieder lesen müssen, werden die dann auch noch für fachfremden Unterricht eingesetzt.

Das ist Ihre Verantwortung, meine Damen und Herren von Rot-Grün, nicht die der Vorgängerregierung. Sie, Herr Ministerpräsident, sind verantwortlich dafür, dass die Schulen in diesem Land zum Beginn des neuen Schuljahres im Chaos versinken. Darüber wird am 15. Oktober abgestimmt, Herr Scholing. Und Sie haben recht: Es wird danach weitergehen - aber nicht mit Ihnen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Dr. Birkner, noch einmal: Herr Kollege Scholing möchte eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Nein, danke.

Präsident Bernd Busemann:

Okay.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Nun, Herr Scholing, zu Ihrem Argument der Ultima Ratio. Wenn Sie sich als Vertreter der Regierungsfractionen hier hinstellen und sagen, Sie müssten zur Ultima Ratio greifen, dann ist das nichts anderes als ein bildungspolitischer Offenbarungseid.

Sie sind nämlich nicht in der Lage, den Herausforderungen mit einer klugen und vorausschauenden Bildungspolitik zu begegnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es gibt ja noch weitere Themen. Jetzt ein schlaglichtartiger Überblick über das, wofür Sie Verantwortung tragen.

Sie haben den Gymnasiallehrkräften mehr Arbeitszeit auferlegt - verfassungswidrig! Jetzt wundern Sie sich, dass Sie keine Lehrkräfte finden, die nach Niedersachsen kommen wollen. Sie wundern sich, dass in dieser Zeit keine Lehrkräfte eingestellt werden können und dass Niedersachsen nicht wettbewerbsfähig ist. Das ist doch kein Wunder, wenn Sie zulasten der Gymnasiallehrer solch eine verfassungswidrige Politik betreiben. Dann befindet man sich in einem Wettbewerbsnachteil. Das haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie rühmen sich ja - auch der Ministerpräsident wird nicht müde, immer wieder darauf hinzuweisen -, das Abitur nach 13 Jahren wieder eingeführt zu haben. Wir haben das unterstützt und dazu auch eine eigene Initiative eingebracht, weil wir der Überzeugung waren, dass dies der richtige Schritt ist. Welche Vorsorge aber haben Sie getroffen? Welche Konsequenzen daraus haben Sie gezogen? Konsequenzen haben Sie eben nicht gezogen, und Sie laufen jetzt in einen Lehrermangel hinein, obwohl Sie sich dafür angeblich feiern lassen wollen. Das Desaster haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Auch bei der Inklusion zeigt sich Ihr Versagen. Sie sind sozusagen schneidig gestartet und haben sich das richtige und große Ziel der Inklusion zu eigen gemacht und wollten es umsetzen. Sie versuchen dies aber ohne Rücksicht auf die Situation in den Schulen. Sie versuchen, dieses Ziel ohne Rücksicht auf die Schülerinnen und Schüler umzusetzen, was insbesondere zulasten derjenigen Schülerinnen und Schüler geht, die benachteiligt sind. Es ist unverantwortlich, Ihre ideologisch festgelegte Position zu deren Lasten ohne Rücksicht auf Verluste durchzusetzen. Eine solche Politik gehört abgewählt!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

In den kommenden Wochen werden wir über diese Punkte eine intensive politische Auseinandersetzung führen. Wir werden eine Auseinandersetzung

darüber führen, wie eine verantwortungsbewusste Bildungspolitik aussehen muss, wenn man sie ohne ideologische Vorgaben angeht, ohne das Bild von einer Einheitsschule, das Sie offensichtlich noch vielfach in ihren Köpfen haben, und wie man das, was man für sich einmal als richtig und wahr erkannt hat, mit Rücksicht auf die tatsächlichen Gegebenheiten umsetzt. Das wird Gegenstand des Wahlkampfs sein.

Sie, Herr Ministerpräsident, werden sich für das Desaster in der Bildungspolitik verantworten müssen; denn Sie haben in Zeiten, als es noch möglich und nötig war, nicht die Konsequenzen gezogen und diese Kultusministerin nicht entlassen, sondern Sie haben an ihr festgehalten. Deshalb müssen Sie sich dieses Chaos zuschreiben lassen.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Birkner. - Nun hat sich für die Fraktion der SPD unser Kollege Stefan Politze gemeldet. Herr Politze, bitte sehr! Ich erteile Ihnen das Wort.

(Detlef Tanke [SPD]: Jetzt wird es wohl sachlich!)

Stefan Politze (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann der Opposition eigentlich nur wünschen, dass Sie Politiker wie Heiner Scholing in Ihre Reihen kriegen, damit Sie Sachverstand in der Bildungspolitik bei sich haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Anja Piel [GRÜNE]: Wir geben aber nicht noch einen ab! - Gegenruf von Björn Thümler [CDU]: Wir haben kein Aufnahmestopp! - Weitere Zurufe)

Die vorangegangenen Reden haben ziemlich deutlich gemacht, dass Ihnen ein bildungspolitisches Gesamtkonzept komplett fehlt. Die Rede von Herrn Seefried war mit Zeitungszitaten oder mit Zitaten aus anderen Zusammenhängen gespickt, aber kein einziger Satz dazu, welches Ihre Ideen gewesen wären oder wären, wenn Sie denn Verantwortung tragen würden.

Herr Dr. Birkner, eigentlich sind Sie ein ruhiger und sachlicher Politiker. Aber eben kamen von Ihnen

nur Vorwürfe und Unterstellungen. Sie haben jedoch nichts zur Sache beigetragen. Wie wollen Sie gesamtbildungspolitisch vorgehen? - Dazu ist nichts zu finden: weder in Ihren Wahlprogrammen noch in Ihrer Rede eben hier im Parlament, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Wir haben Vorschläge gemacht in diesem Haus! Sie haben aber alles abgelehnt! Sie wollten, dass es so kommt! Die Vorstellung lautet: Unterrichtsausfall und abordnen!)

- Ja, wir haben das, was Sie auf den Weg zu bringen versucht haben, aus gutem Grund abgelehnt. Wir haben nämlich eine andere Vorstellung von Bildungspolitik als Sie, und das ist auch gut so..

(Christian Dürr [FDP]: Schulpolitik ohne Unterricht! Ja, super!)

Über diese andere Vorstellung von Bildungspolitik werden die Wähler am 15. Oktober entscheiden. Dann wird es in die gleiche Richtung weitergehen wie bisher.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Das ist doch ein Hohn!)

Unser Dank gilt den Lehrkräften in dieser schwierigen Zeit,

(Christian Grascha [FDP]: Sie regieren seit fast fünf Jahren! - Christian Dürr [FDP]: Lehrkräfte haben Sie nicht eingestellt! Das wissen Sie doch!)

die Sie, Herr Birkner, zu verantworten haben. Davon können Sie sich nicht drücken; denn die Lehrkräfte, die heute fehlen, hätten vor acht Jahren ausgebildet werden müssen. Da haben nicht wir regiert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deswegen ist es ziemlich billig, hier mit den Taschenspielertricks, mit denen CDU und FDP ständig arbeiten, zu hantieren; denn die Lehrkräfte sind nicht da. Sie hätten dafür Sorge tragen müssen.

(Christian Dürr [FDP]: Weil Sie die weggeschickt haben! Sie haben die weggeschickt!)

Das aber haben Sie nicht gemacht, weil dieses Thema Sie nicht interessiert hat, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Von daher sollten Sie mit Ihren Vorwürfen an dieser Stelle ganz vorsichtig sein.

Wir danken den Lehrkräften und auch den Eltern, die die Situation, die unmissverständlich eine große Herausforderung darstellt, so gut bewältigen. Daran ist nichts schönzureden; denn es ist eine große Herausforderung, Unterricht in Schule so zu organisieren, dass Unterricht stattfinden kann. Dafür sind wir den Lehrerinnen und Lehrern an den Schulen dankbar. Dafür sind wir aber auch den Eltern dankbar, die großes Verständnis dafür aufbringen, dass diese Situation so schwierig ist, wie sie ist.

Herr Dr. Birkner, es ist nicht so, dass der Pflichtunterricht nicht erteilt wird. Sie haben sich hier leider wahrheitswidrig hingestellt, nur um nach außen hin etwas darzustellen. Der Pflichtunterricht wird in Niedersachsen uneingeschränkt erteilt.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das stimmt doch nicht, Herr Kollege! Gehen Sie doch mal in die Schulen vor Ort!)

Das bleibt auch so. Wir sind auch dabei, den Zusatzbedarfen in vollem Umfang zu entsprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deswegen komme ich noch einmal auf das Thema Abordnung zurück. Das ist in dieser Debatte ein Reizthema gewesen. Es gab ein geordnetes Verfahren der Landesschulbehörde. Ich verstehe nicht, warum Sie sich nun gerade Herrn Dempwolf vor die Brust nehmen, der für Sie ja immer ein Garant dafür war, dass alles klappt.

(Johanne Modder [SPD]: Ja, was sagt eigentlich Herr Dempwolf?)

Herr Dempwolf hat uns im Kultusausschuss davon berichtet, dass es ein geordnetes Verfahren gab.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Geordnete Willkür!)

Es gab im März dieses Jahres einen Erlass genau zur Frage der Abordnungen. Es gab Dienstbesprechungen - insbesondere mit den Leitungen von Gymnasien - über die Frage der Abordnungen.

Und es gab ein Konzept der Landesregierung mit dem 17-Punkte-Plan, das ebenfalls das Thema Abordnung beinhaltete und den Schulen, die in dem Freundschaftsdienst - der im Übrigen unter Ihrer Zeit auch üblich war - eine Abordnung vom Gymnasium an eine Grundschule durchgeführt haben, eine Lehrerstelle zur Verfügung gestellt hätte. Eine Abordnung unter Freunden war also schon vorher genauso bekannt.

Deswegen bleibt es dabei: Die Abordnung darf nur die letzte Möglichkeit sein. Sie wird aber weiterhin notwendig sein.

Die Zahlen, die heute genannt worden sind - das hat der Kollege Scholing gesagt -, sind völlig aus der Luft gegriffen und von Ihnen initiiert. Sie haben Ihre Speerspitze der Bewegung, die heute auch in der Zeitung zitiert wird, den Verband der Elternräte an Gymnasien, den Philologenverband, an der Stelle genutzt, um falsche Zahlen zu transportieren. Schade, dass das der Fall ist.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich finde es auch schade, dass die Gymnasiallehrer diskreditiert werden, indem man sagt: Die können gar nicht an Grundschulen unterrichten. - Was ist das denn für ein Bild vom Lehrerberuf, das Sie hier transportieren?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es war schon zu Ihrer Zeit unter Minister Dr. Remmers üblich, dass Gymnasiallehrkräfte an der Orientierungsstufe unterrichtet haben. Also: Welche Lehrkräfte wo unterrichten, ist wirklich nur ein Nebenkriegsschauplatz, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Von daher - ich mache an dieser Stelle einen Schnitt; wir haben ja noch einen zweiten Antrag zur Aktuellen Stunde - wird die Landesschulbehörde bei dem Thema Abordnung, angeleitet von der Kultusministerin, auf jeden Fall dafür Sorge tragen, dass in allen diesen Einzelfällen nachgesteuert wird und wir eine gute und auskömmliche Versorgung an den Schulen haben, die den Schülerinnen und Schülern das zukommen lässt, was sie brauchen, nämlich die gute Bildung, Frau Ross-Luttman, die sie unter Ihnen nicht gekriegt haben.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Johanne Modder [SPD]: Sehr gut!)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Politze. - Jetzt spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Heiligenstadt. Bitte sehr!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich knüpfe an das an, was Herr Scholing gesagt hat, und sage: In der Tat, die Situation bei der Einstellung von Lehrkräften, insbesondere für das Lehramt an Grundschulen, ist durchaus angespannt. Wir finden nicht ausreichend Lehrkräfte. Das ist nicht neu. Das haben wir mehrfach vorgetragen. Wir würden so viele Lehrkräfte einstellen, wie wir können; leider fehlen uns an vielen Stellen die Bewerberinnen und Bewerber.

Wir haben aber die gleiche Situation wie in allen Bundesländern. Damit kann man nicht zufrieden sein. Damit sind auch meine Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern im Übrigen nicht zufrieden. In fast allen Ländern ist die Lage angespannt. Es gibt kein Niedersachsen-Spezifikum oder ein besonderes Versäumnis in Niedersachsen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Nachfrage ist überall größer als das Angebot. Deshalb werden z. B. auch in Nordrhein-Westfalen Lehrkräfte von Gymnasien an Grundschulen versetzt. Dort reden wir nicht mehr nur von Abordnungen, sondern sogar von Versetzungen. Sie werden dauerhaft dorthin beordert.

Auch in Baden-Württemberg sagt Frau Eisenmann: Es wird schwierige Gespräche mit den Lehrkräften geben. - Für die Schulen, die Leitungen und die Lehrkräfte ist das eine zweifellos große Herausforderung und im jeweiligen Einzelfall sicherlich eine große Umstellung. Ich glaube aber schon, dass in einer solchen Situation alle gemeinsam Verantwortung übernehmen können. Das gilt sowohl für das Ministerium als auch für die Landesschulbehörde und die Schulen. Alle sind gefordert, die Situation gut zu meistern. Ich danke allen Lehrkräften, die sich diesen Abordnungen stellen und damit sehr solidarisch im Sinne der Schülerinnen und Schüler arbeiten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Delle in der Lehrerbildung wird sich glätten. Bald kommen deutlich mehr Anwärterinnen und Anwärter, die zurzeit schon in den Seminaren sind, an unsere Schulen. Es wären sicherlich noch mehr, wenn unter Ihrer

Regierung die Studiengänge in Göttingen und in Hannover für das Grundschullehramt nicht geschlossen worden wären.

(Zurufe von der CDU und von der FDP - Petra Tiemann [SPD]: Na so was!)

Insofern haben Grundschullehrkräfte so etwas Ähnliches wie eine de facto Einstellungsgarantie in Niedersachsen. Sie haben ihren Vertrag so gut wie in der Tasche, wenn sie sich in Niedersachsen bewerben. Bis dahin müssen wir aber auch mit den engagierten Lehrkräften arbeiten, die wir haben.

Da bitte ich Folgendes anzuerkennen: Wir haben einen 17-Punkte-Plan auf den Tisch gelegt und seit 2016 schon in diesem Sinne gearbeitet. In diesem Zusammenhang sind zwei Maßnahmen genannt worden: die Initiative „Schulen helfen Schulen“ und entsprechend auch Abordnungen von anderen Schulen.

In Niedersachsen gibt es ca. 6 000 bis 7 000 Abordnungen pro Jahr - das betrifft alle Schulformen und alle unterschiedlichen Anlässe. Tatsächlich sind momentan - Stand gestern - landesweit insgesamt 171 Lehrkräfte im Umfang von 965 Stunden von Gymnasien an Grundschulen abgeordnet. Das ist noch nicht der endgültige Stand. Bis Ende August werden noch entsprechende Gespräche an den Schulen geführt. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Fakt ist: 171 Fälle mit 965 Stunden an derzeit 48 Schulen. Ich glaube, dabei von „Chaos“ zu sprechen, ist schlicht und ergreifend falsch.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Ich würde gerne zu Ende ausführen, Herr Präsident.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in diesem Zusammenhang natürlich noch weitere Gespräche zu führen.

Ich sage auch ganz deutlich: Die Schulen wurden zum Teil schon seit März informiert. Wenn für einige Schulen die Information zu spät gekommen sein sollte, wenn es also solche Einzelfälle gibt, dann wird sich der Präsident der Landesschulbehörde - er hat ja durchaus darauf hingewiesen,

dass er nicht für jeden Einzelfall sprechen kann - diese Einzelfälle künftig genau anschauen. Das ist mit ihm besprochen worden. Meine Staatssekretärin wird ihn dabei sehr eng begleiten.

(Johanne Modder [SPD]: Aha!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns ist sehr daran gelegen, dass wir in diesem Zusammenhang mit den Schulen ein gutes Einvernehmen erzielen und dass die Solidarität der Schulen bei den Grundschulen gut ankommt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, da das hier an einigen Stellen in der Tat eher den Charakter einer Generaldebatte hatte, lassen Sie mich noch einmal ganz kurz zusammenfassen: Wir haben noch nie so viele Lehrkräfte an den niedersächsischen Schulen gehabt wie jetzt. Das Beschäftigungsvolumen von 72 000 Vollzeiteinheiten ist das größte Beschäftigungsvolumen in der Geschichte Niedersachsens. Es hat aber auch noch nie mehr pädagogisches Personal an unseren Schulen gegeben - pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie weitere Beschäftigte.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Diese Fakten zeigen ganz deutlich: Niedersachsen ist auf einem sehr guten bildungspolitischen Weg.

(Widerspruch bei der CDU)

Unsere Schulen bekommen deutlich mehr Unterstützung, als es von 2003 bis 2013 der Fall war, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren, zu der Aktuellen Stunde 2 a liegen nunmehr keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass ich sie als abgehandelt betrachte.

Wir gehen, wie vereinbart, über zu

d) Fehlstart in das neue Schuljahr - Rot-Grün hinterlässt einen Scherbenhaufen in der Bildungspolitik - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/8579

Dieser Antrag wird eingebracht von dem Kollegen Försterling. Bitte!

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wenn wir den letzten Satz der Ministerin, dass die Schulen heute besser unterstützt werden als zwischen 2003 und 2013, in die Schulen mailen, dann haben wir die Landtagswahl schon gewonnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist ja blanker Hohn! Noch nie gab es eine solche Situation im Land Niedersachsen: Seit zwei Wochen läuft das Schuljahr, und seit zwei Wochen können weder an Grundschulen noch an Oberschulen, noch an Gesamtschulen, noch an Gymnasien fertige, vollständige Stundenpläne erstellt werden. Es gibt nach zwei Wochen immer noch Schülerinnen und Schüler, die in ihrer Schule keinen anderen Lehrer gesehen haben als den Klassenlehrer, der sich mit den Schülerinnen und Schülern von einem Projekt zum nächsten hangelt. Unterricht findet aktuell in diesem Chaos nicht statt. Das ist eine Schande für das Land!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Es ist doch ein Unding, zu sagen, dass irgendeine Vorgängerregierung an diesem Problem schuld ist.

(Johanne Modder [SPD]: Selbstverständlich! - Anja Piel [GRÜNE]: Es geht doch um die Ausbildung von Lehrern, Herr Försterling! - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

- Ja, die Lehrerausbildung! Ich sage Ihnen mal etwas zur Lehrerausbildung: Antwort der Landesregierung, Drucksache 17/6319, Anlage zu Frage 5: Studienanfängerplätze im Jahr 2011/2012: 12 095, im Jahr 2014/2015: 10 828.

(Zurufe von der CDU: Was?)

Diese Regierung baut Studienanfängerplätze ab, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Oder - auch Drucksache 17/6319 - die Antwort auf die Frage 8 „Wie hat sich die Zahl der Plätze für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (abS) an den niedersächsischen Studienseminaren seit 2008 entwickelt?": Im Jahr 2012: 5 420, in den Jahren 2014 und 2015: 4 916.

(Jörg Bode [FDP]: Aha!)

Sie bauen auch Plätze im Vorbereitungsdienst ab, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie hatten nämlich gar nicht die Absicht, mehr Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Das ist Ihr Problem! Das wird auch durch folgende Zahl deutlich: Sie haben noch in Ihrem Doppelhaushalt 2017/2018 für das Schuljahr 2017 mit 825 000 Schülerinnen und Schülern an den allgemeinbildenden Schulen gerechnet. Dummerweise hat sich die Ministerin wieder einmal verrechnet: Es sind plötzlich 12 500 Schülerinnen und Schüler mehr! Bei einer Schüler-Lehrer-Relation von 1,68 im vergangenen Schuljahr bedeutet das umgerechnet, dass Ihnen 800 Vollzeitlehreereinheiten im Land fehlen, weil sich die Ministerin mal wieder um ein paar Tausend Schülerinnen und Schüler verrechnet hat. Das ist Ihr Problem!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es mutet dann doch sehr merkwürdig an, wenn der Präsident der Landesschulbehörde - Frau Ministerin, er wird Ihnen übrigens dankbar sein, dass Sie hier nur gesagt haben, dass ihn die Staatssekretärin eng begleitet, und nicht, dass Sie ihn wieder per Peilsender und Polizei überwachen lassen -

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU)

am vergangenen Freitag sagt, dass er am 28. März 2017 das Kultusministerium darüber informiert hat, dass für das neue Schuljahr 1 095 Vollzeitlehreereinheiten an den Grundschulen benötigt werden, und das Kultusministerium in der folgenden Einstellungsrunde im Mai lediglich 481 Stellen ausschreibt. Und dann erfährt es im Mai, dass noch nicht einmal diese Stellen vollständig besetzt werden können, sondern nur 366.

Jeder wusste also bereits im Mai, dass im kommenden Schuljahr über 700 Vollzeitlehreereinheiten an den Grundschulen fehlen werden. Dann hat es doch überhaupt keinen Sinn, den Schulen in der

letzten Ferienwoche zu sagen: Ach übrigens, uns ist da etwas aufgefallen: Die Grundschulen sind ganz schlecht versorgt. Ihr müsst jetzt mal ordentlich Lehrer abordnen. - Das hätte man schon viel früher machen können, dann hätte man viel, viel Chaos an den Schulen vermeiden können, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das sind Ihre Probleme: Sie verrechnen sich bei den Schülerzahlen. Sie nehmen die Zahlen aus der Landesschulbehörde nicht zur Kenntnis. Sie berufen sich darauf, dass angeblich an allem die Vorgängerregierung schuld ist, anstatt endlich selbst Verantwortung für das Land zu übernehmen und beispielsweise die Studienanfängerkapazitäten nach oben zu fahren, um auch den künftigen 13. Abiturjahrgang abzudecken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben in viereinhalb Jahren - zuletzt zu Beginn dieses Schuljahres - mehr als bewiesen: Sie können Schule nicht! Sie können auch Niedersachsen nicht! Deswegen werden wir das Land ab dem 16. Oktober wieder regieren. Wir werden die Schulen wieder in ein gutes Fahrwasser zurückbringen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Försterling. - Es folgt jetzt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kollegin Julia Willie Hamburg. Frau Hamburg, ich erteile Ihnen das Wort. Bitte sehr!

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Försterling, Sie sind da einem Irrglauben aufgesessen. Denn Ausnahmen bestätigen die Regel, sie sind nicht die Regel. Dass Sie sich hier nur auf Einzelfälle beziehen, ist unredlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich weiß, dass Sie ein Zahlenjongleur sind, und das finde ich wirklich beachtenswert. Aber Sie schmeißen die Zahlen durcheinander. Das hat mit der Realität nichts zu tun.

Wenn Sie hier von „Bildungschaos“ und „Scherbenhaufen“ reden, dann ist das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Überbietungswettbewerb der Superlative. Ich frage mich: Sollte es mal zu einem Skandal unter Rot-Grün kommen - sollte! -, welche

Worte haben Sie dann noch dafür? - Sie haben alle aufgebraucht! Dann glaubt Ihnen doch kein Mensch mehr!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Jörg Bode [FDP]: Dann fallen uns neue ein! - Christian Dürr [FDP]: Wenn das Ihre einzige Sorge ist!)

Wenn Sie hier von einem Scherbenhaufen reden, dann müssen wir uns natürlich die letzten viereinhalb Jahre einmal anschauen. Und natürlich müssen wir uns auch den Status quo anschauen: Womit haben wir begonnen?

Fangen wir mit den Ganztagschulen an. Es wurde hier bereits angeführt: Sie haben rechtswidrige Honorarverträge auf den Weg gebracht und damit den Ganztagsbetrieb. Wir mussten Strafzahlungen von 14 Millionen Euro leisten. Erst Rot-Grün hat ausreichend Lehrkräfte und damit auch die Qualität für den Ganztagsbetrieb zur Verfügung gestellt.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Nehmen wir das Turbo-Abitur und den Schulstress - lassen Sie sich das einmal auf der Zunge zergehen -: 18 % der Schülerinnen und Schüler des ersten Turbo-Abiturjahrgangs haben die 12. Klasse nicht erreicht.

(Anja Piel [GRÜNE]: Ach, „Schulchaos“! Das ist ja spannend!)

Sie haben mitgestimmt, als wir diesen Fehler endlich korrigiert haben und das Turbo-Abitur abgeschafft haben, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Christian Grascha [FDP]: Da mussten Sie doch hingetragen werden!)

während Sie übrigens damals sogar die Integrierten Gesamtschulen zwingen wollten, in zwölf Jahren Abitur zu machen. Sie haben auch daran festgehalten, dass die IGSen jedes Jahr immer mehr Kinder abweisen mussten, weil nicht genügend Schulplätze zur Verfügung standen. Erst wir haben das korrigiert, Ihre unredlichen, unsäglichen Hürden für Integrierte Gesamtschulen abgebaut und für die Eltern wirkliche Wahlfreiheit geschaffen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zum Thema Unterrichtsversorgung wurde hier bereits ausreichend ausgeführt.

Herr Försterling, wir haben Ihren Abbaupfad der Studienplatzkapazitäten, die Rückführung, rückgängig gemacht. Das war dringend notwendig. Sie haben immer behauptet, die Schülerzahlen gehen zurück. Das hat sich nicht bewahrheitet. Die GEW hat Sie bereits 2011 gewarnt. Es ist gut, dass wir Geld in die Hand genommen und diese Studienplatzkapazitäten wieder ausgeweitet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ganz ehrlich, was war denn ein Schulchaos? - Schulchaos war, die Orientierungsstufe abzuschaffen, die Oberschule auf die Schnelle einzuführen, das Turbo-Abitur einzuführen - und das alles im Schweinsgalopp ohne jegliche redliche Beteiligung durchs Parlament zu kloppen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das war nicht besonnen, und das war auch nicht mit Weitblick. Das war Schulchaos. Dafür wurden nicht zuletzt Bernd Althusmann und Ihre Schulpolitik 2013 abgewählt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Rot-Grün hat das Schulsystem nicht nur modernisiert, nein, es hat es vor allen Dingen endlich wieder an den Bedürfnissen der Kinder in diesem Land orientiert. Ich möchte das noch einmal zusammenfassen: Wir haben mit einem Kraftakt den Einstieg in die Schulsozialarbeit geschafft. Das haben Sie nicht für nötig gehalten. Wir haben den Ganztag ausgebaut. Zwei Drittel aller Kinder können künftig eine Ganztagschule besuchen, und zwar eine mit Qualität, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir haben die Schüler-Lehrer-Relation verbessert, und wir haben die Inklusion, die Bernd Althusmann damals in großem Konsens auf den Weg gebracht hat, überhaupt erst mit Inhalten und Lehrkräften gefüllt. Wir waren es, die die Inklusion umgesetzt und auf den Weg gebracht haben. Auch wenn es nicht rund läuft - wir haben die Verantwortung übernommen, die Sie 2012 nicht übernommen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich könnte diese Liste noch unendlich fortführen, aber dafür reicht meine Redezeit nicht. Ich möchte gar nicht behaupten, dass in der Schulpolitik alles rund läuft. Mitnichten! Natürlich müssen wir da noch nachsteuern.

(Kai Seefried [CDU]: Ihr hattet vier-einhalb Jahre!)

Wenn Sie unsere Schulprogramme lesen, dann sehen Sie, dass wir auch noch viel vorhaben, was das Schaffen von Bildungsgerechtigkeit in Niedersachsen betrifft. Aber wir haben erhebliche Fortschritte erzielt, und diese Fortschritte machen vor allem eines deutlich: Niedersachsen befindet sich auf dem Weg zu mehr Bildungsqualität und mehr Bildungsgerechtigkeit. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Schulchaos ist wirklich etwas anderes.

Wir von Rot-Grün werden unseren Kurs ab dem 16. Oktober fortsetzen. An dieser Stelle will ich an Christian Meyer anschließen, der am Samstag zu Recht sagte: Es werden auch viele Schülerinnen und Schüler, die unter der Althusmann'schen Bildungspolitik gelitten haben, dieses Mal erstmalig wählen dürfen.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Hamburg. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Politze. Bitte!

Stefan Politze (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe dem Kollegen Försterling ganz gespannt zugehört und darauf gewartet, dass eine Konzeption kommt. Aber die kam nicht.

(Kai Seefried [CDU]: Sie haben vier-einhalb Jahre nicht zugehört!)

Es kamen eine Aneinanderreihung von Zahlen und eine Aneinanderreihung von Vorwürfen, aber es kam nichts dazu, wie das vermeintliche Chaos, das er für sich erkannt haben will, in irgendeiner Weise mit Ihren politischen Inhalten gelöst werden soll.

(Johanne Modder [SPD]: Wo kommen all die Schülerinnen und Schüler her? Das wurde nicht einmal erwähnt!)

Fehlanzeige, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deswegen macht es vielleicht Sinn, dass wir einmal darüber reden, was in Niedersachsen stattgefunden hat, anstatt immer nur diese defizitorientierte Debatte zu führen. Etwas anderes haben Sie ja nicht zu bieten, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch nicht!)

Die Ministerin hat berechtigterweise darauf hingewiesen. Wir haben ein Beschäftigungsvolumen, das mit 72 000 Lehrkräften und damit mit 1 700 Lehrkräften mehr als in Ihrer Regierungszeit noch nie so hoch war wie heute, meine sehr geehrten Damen und Herren - und das trotz Ihrer verfehlten Politik, die insbesondere die Auflösung von Studienstandorten wie Hannover und Göttingen zur Folge hatte; denn da gab es einen deutlichen Abbau, den Sie zu verantworten haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Schon von daher zeigt sich, dass Ihre Argumente aus der Luft gegriffen sind.

Darüber hinaus muss man darauf hinweisen, dass wir derzeit ein bundesweites Problem haben. Darauf hat auch die Ministerin hingewiesen.

Beispielsweise Baden-Württemberg: Zwangsversetzungen sind von der Kultusministerin angekündigt worden.

Hessen: Hunderte von Grundschulen können nicht mit Lehrkräften bedient werden, weil die Lehrkräfte fehlen.

Sachsen: Gymnasiallehrer müssen sich für drei Jahre verpflichten, an Hauptschulen, Grundschulen und Förderschulen zu unterrichten.

Und Bayern: Wer Beamter werden will, muss sich verpflichten, landesweit an einer beliebigen Schule eingesetzt zu werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wo es hier also ein Versagen der Niedersächsischen Landesregierung geben soll, kann ich nicht erkennen. Wir haben ein bundesweites Problem; das muss angegangen werden. Das wird von dieser Landesregierung angegangen.

(Zustimmung bei der SPD - Johanne Modder [SPD]: Wir haben eine Kanzlerin, die sagt: Wir schaffen das!)

Die Schüler-Lehrer-Relation - darauf ist die Kollegin Hamburg gerade eingegangen - ist so gut wie nie zuvor. Und die Anzahl der pädagogischen Fachkräfte ist mit 2 500 auf einem Höchststand. Wir haben gerade weitere 650 draufgesattelt, insbesondere für die Inklusion, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist Politik mit Augenmaß.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben die schulische Sozialarbeit endlich zur Landesaufgabe gemacht. Auch das war vorhin ein Thema. Das haben Sie versäumt. Sie hätten sie mit Ihren Haushaltsplänen auslaufen lassen. Wir hingegen haben sie gesichert und um 30 % ausgebaut. Das ist ein Erfolg dieser Landesregierung, dieser Ministerin und dieses Ministerpräsidenten, meine sehr geehrten Damen und Herren, und der die Regierung tragenden Fraktionen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Ganztags hat eine Rolle gespielt. Gerade dazu will ich nicht verschweigen: Ihr Hoffnungsträger - ich glaube, er heißt Althusmann - hat 300 Ganztagschulen mal eben vor dem letzten Regierungswechsel genehmigt, ohne Haushaltsmittel zu hinterlegen. Was für eine Politik ist das denn, meine sehr geehrten Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Rechtlich problematische Arbeitsverhältnisse, die zu staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen und zu der Nachzahlung geführt haben, wie die Kollegin Hamburg gerade berichtete! Was für eine Kultuspolitik ist das denn? Diesem Mann wollen Sie das Land anvertrauen? - Wir auf jeden Fall nicht, und die Wähler sicherlich auch nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Wir werden es erleben!)

„Bewegung schafft Veränderung“: So kann man Bildungspolitik überschreiben. Wir wollen, wir müssen und wir werden uns weiterhin bewegen und verändern; denn die Schule der Zukunft gibt es nur mit uns, aber nicht mit Ihnen; denn Sie werden mit Ihrer Schulpolitik im letzten Jahrtausend landen.

Das Thema Inklusion ist ein schönes Beispiel dafür. Sie haben zwar 2012 das Schulgesetz geändert - gemeinsam mit uns. Sie haben aber weder Haushaltsmittel eingestellt noch haben Sie einen Plan gehabt. Bis 2012 haben Sie es drei Jahre lang verschleppt, bis Sie dieses wichtige Thema überhaupt auf den Weg gebracht haben.

Schaut man in Ihre Wahlprogramme, dann sehen Sie darin nur ganz billige Ankündigungen. Sie werden daraus nichts umsetzen wollen; davon bin ich ganz fest überzeugt. Das ist durchaus versuchte Wählertäuschung an dieser Stelle. Sie werden das, was Sie da reingeschrieben haben, erstens nicht umsetzen müssen, weil eine rot-grüne Regierung nach dem 16. Oktober weiterregieren wird,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

aber zweitens haben Sie es noch nicht einmal vor. Und das ist das Verwerfliche daran, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir nehmen die UN-Behindertenrechtskonvention ernst. Wir setzen Inklusion nicht aus, sondern wir entwickeln sie weiter. Bei allen Schwierigkeiten: Es sind über 1,6 Milliarden Euro eingestellt worden, um Inklusion gelingen zu lassen, aber das wird Zeit brauchen, und es wird Nachsteuerungsprozesse überall da brauchen, wo es nicht ordentlich läuft. Diese Nachsteuerungsprozesse werden wir vornehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und weiter zum Gelingen der Inklusion voranbringen.

Auch zum Thema Unterrichtsversorgung würde ich Ihnen wirklich mal empfehlen, nicht immer wieder Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Vergleichen Sie die Lehrersollstunden heute mit denen von 2012! Sie werden erkennen, darin sind jetzt völlig andere Bedarfe enthalten. Wenn man einen Brand legt, sollte man sich nicht als Feuerwehr aufspielen, sehr geehrter Herr Kollege Seefried. Das ist tunlichst zu vermeiden!

Sie haben 2004 die Unterrichtsversorgung von 98 % auf 102 % nach oben geschönt,

(Kai Seefried [CDU]: Das ist nicht geschönt! Das ist die Realität!)

nur um an der Stelle den Wahlkampf nachträglich billig zu rechtfertigen, indem Sie für sich durch ein Umstellen des Systems in Anspruch nehmen wollten,

(Zurufe von der CDU: Das ist falsch! - Weiterer Widerspruch von der CDU)

eine gute Unterrichtsversorgung zu haben. Sie haben Sie mitnichten gehabt, sondern nur mit Tuschenspielertricks!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Politze. - Jetzt noch einmal Herr Seefried für die CDU-Fraktion! Bitte!

Kai Seefried (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mal wieder zu den Fakten: Ein Schuljahresbeginn ist immer auch ein Gradmesser für den Erfolg der Arbeit einer Landesregierung und eben auch ein Indikator für den Erfolg der Arbeit einer Kultusministerin.

Wenn wir uns diesen Schuljahresbeginn anschauen, dann können wir feststellen, dass zum fünften Mal in Folge in Niedersachsen die Unterrichtsversorgung weiter gesunken ist, dann können wir feststellen, dass in Niedersachsen mehrere Hunderttausend Stunden Unterricht, die eigentlich erteilt werden sollten, nicht erteilt werden können, dann können wir feststellen, dass sich die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen auf einem historischen Tiefststand befindet, und dann können wir feststellen - das finde ich skandalös -, dass bis heute - zwei Wochen nach Schuljahresbeginn - immer noch nicht jeder Lehrer in Niedersachsen weiß, an welcher Schule er arbeiten soll, und dass immer noch nicht jede Schule weiß, wie sie einen Stundenplan gestalten soll, weil die Unterrichtsversorgung nicht gesichert ist.

Das ist die Realität bei uns in den Schulen. Das ist eben kein Einzelfall, wie es Frau Hamburg uns gegenüber darstellen wollte, sondern es sind ministeriell organisierte Chaostage, die in unseren Schulen stattfinden.

(Beifall bei der CDU)

Was haben wir seit 2013 nicht alles erlebt? - Rot-grüne Träumerei von einer Schule, am besten ohne Noten und ohne Sitzenbleiben. Im Koalitionsvertrag heißt es, dass durch individuelle Förderung das Sitzenbleiben überflüssig wird. Heute ist nicht einmal mehr gesichert, dass der Unterricht an unseren Schulen überhaupt stattfindet. Die Unterrichtsversorgung ist von 102 % auf 98 % gesunken. Das sind einfach die Zahlen und die Realitäten in unserem Land.

(Beifall bei der CDU)

Statt in die Bildung zu investieren, hat diese Landesregierung gesagt: Wir sparen lieber! Lasst doch die Gymnasiallehrer lieber eine Stunde länger arbeiten! Die Stellen, die dahinterstehen, können wir einsparen. - Erst das Oberverwaltungsgericht konnte diesen Starrsinn stoppen und beenden. Die Folgen, die daraus mit Mehrbedarfen bei Lehrereinstellungen und viel zu späten Ausschreibungen neuer Lehrerstellen entstehen, sind bis heute nicht abgearbeitet und liegen wie eine schwere Last auf der Unterrichtsversorgung unserer Schulen und wie eine schwere Last auf dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Und jetzt dieser Schuljahresbeginn mit einem Chaos bei den Abordnungen an andere Schulformen in einem Umfang von 90 000 Stunden! Herr Scholing, das sind keine ausgedachten Zahlen! Das sind die Zahlen, die am Freitag auch durch die Landesschulbehörde und durch die Landesregierung genannt worden sind. Ich finde, man muss sie sich durchaus auf der Zunge zergehen lassen.

Hierzu sagt dann die Ministerin: Das ist in einem ganz normalen, üblichen Umfang; alles so, wie es in den Vorjahren gewesen ist. - So haben auch gerade Sie, Herr Scholing, versucht, das darzustellen. Wir haben aber im Kultusausschuss am vergangenen Freitag herausgearbeitet - diese Zahlen kann man sich im Detail anschauen -, dass in den Vorjahren im Durchschnitt größenordnungsmäßig fünf bis sechs Gymnasiallehrkräfte an Grundschulen abgeordnet worden sind. Fünf bis sechs in der Vergangenheit!

In der heutigen HAZ geht der Philologenverband von Abordnungen im Umfang von 1 000 Lehrerstellen aus. Wenn hier noch jemand davon spricht, dass es mit den Vorjahren vergleichbar ist, wenn sich die Werte zweihundertfach erhöht darstellen, dann zeugt das für mich von einer Art Realitätsverlust bei dieser Landesregierung und bei SPD und Grünen in diesem Land.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Kultusministerin und auch die Kollegen von Rot-Grün, wie man sie hier eben alle gemeinsam gehört hat, malen nach wie vor die Situation an unseren Schulen in leuchtenden Farben und beschreiben eine Welt, wie sie ihnen selbst gefällt. Dieser Spruch sagt schon: Man kann es - ganz einfach! - nur noch als Pippi-Langstrumpf-Politik bezeichnen, wie diese Landesregierung hier derzeit arbeitet.

(Beifall bei der CDU)

Die HAZ - ich habe es eben schon gesagt - titelt heute noch einmal deutlich: „Die Eltern machen - - -

Präsident Bernd Busemann:

Herr Seefried, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Strümpel zu?

Kai Seefried (CDU):

Wie bitte?

Präsident Bernd Busemann:

Der Kollege Strümpel möchte eine Zwischenfrage stellen.

Kai Seefried (CDU):

Ja, gerne!

Uwe Strümpel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass ich das alles nicht teile: Herr Seefried, Sie klagen nur an. Sagen Sie hier bitte heute aufgrund der Lage in der gesamten Bundesrepublik Deutschland, dass Lehrkräfte fehlen, ganz konkret, was Sie anders machen wollen! Ich habe nicht einen Punkt dazu gehört. Stellen Sie jetzt endlich mal Ihre Alternativen vor!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Bitte sehr, Herr Seefried!

Kai Seefried (CDU):

Herr Strümpel, das ist eine willkommene Gelegenheit. Das zeigt, dass Sie in den letzten viereinhalb Jahren in diesem Parlament ebenso wenig wie die anderen Kollegen zugehört haben,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD - Anja Piel [GRÜNE]: Och nein! Was ist denn das für ein Niveau!)

dass Sie die Entschließungsanträge von CDU und FDP noch nicht einmal gelesen haben.

(Wiard Siebels [SPD]: Jetzt mal die Antwort!)

Wir haben immer wieder neue Konzepte hier in das Parlament eingebracht.

(Wiard Siebels [SPD]: Konkret!)

Wir haben zur frühzeitigen Lehrereinstellung aufgefordert. Wir haben Konzepte zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes vorgelegt. Wir haben Konzepte für die Arbeit und die Zukunft unserer kleinen Grundschulen vorgelegt.

(Ronald Schminke [SPD]: Abenteuerlich!)

Wir haben Sie aufgefordert, für die Grundschulleiterstellen in Niedersachsen A 13 vorzusehen. Wir haben Sie aufgefordert, eine Prämie für kleine Grundschulen einzuführen. - Sehr viele konkrete Maßnahmen - wenn Sie denn mal zugehört hätten.

Haben Sie schon in die Tagesordnung für dieses Plenum geschaut? Welche Fraktion macht denn Vorschläge? Welche Fraktion bringt denn Initiativen in dieses Parlament ein? Das sind wir. Und die werden wir auch morgen hier im Parlament diskutieren. Das ist eine Unverfrorenheit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie scheitern an sich selbst. Die Berichterstattung macht das deutlich. Die Eltern gehen gegen diese Politik auf die Barrikaden. Der Verband der Elternräte an Gymnasien hat das heute in der Zeitung entsprechend deutlich gemacht.

(Detlef Tanke [SPD]: Inhaltsleer!)

Aber nicht nur die. Weil Sie die ja gerne zu Kronzeugen machen, zitiere ich auch einmal den Vorsitzenden des Landeselternrats, Herr Finke. Er wird heute in der HAZ mit einem Satz zitiert: Es reicht mit dem Ausfall an Unterricht in unseren Schulen. - Das ist die Situation.

(Beifall bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Ja, dann aber richtig zitieren! Und das nächste Zitat von Herrn Finke? Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer können Mehrarbeit machen! Abenteuerlich!)

Meine Damen und Herren, man sieht die Panik, in der Sie versuchen, sich über die Wahl zu retten. Das haben Sie vorher auch schon versucht. Dazu nur ein weiterer Hinweis, nur damit die Abgeordneten das auch mal wissen: Die Abordnungen, die stattfinden sollten, waren alle bis zum 31. Januar 2018 befristet. Mit dem 14. Januar gab es ja mal so einen Termin. Ein Schelm, der etwas Böses dabei denkt, dass man in Panik versucht hat, hier noch irgendetwas zu bewegen, weil die letzten viereinhalb Jahre alles verpasst worden ist.

„Fehlstart“ und „Scherbenhaufen“, das sind genau die richtigen Bezeichnungen für die aktuelle Situation in unseren Schulen. Wissen Sie, was bei einem Fehlstart im Sport passiert? - Da wird man disqualifiziert. Das hat sich diese Kultusministerin endgültig mit diesem Schuljahresbeginn.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Helge Limburg [GRÜNE]: Welche Sportart soll das denn sein?)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Seefried. - Meine Damen und Herren, es hat sich jetzt wiederum die Landesregierung gemeldet. Es spricht Frau Ministerin Heiligenstadt. Bitte!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Seefried, damit das ein für alle Mal klar ist: Wenn der Verband der Elternräte eine Zahl von 10 000 Stunden in den Raum stellt, dann ist das schlicht und ergreifend nichts anderes als eine Falschmeldung. - Hätten Sie am Freitag im Kultusausschuss zugehört, dann hätten auch Sie gehört, was der Präsident der Landesschulbehörde zum Stundenbedarf an den Schulen gesagt hat. Ich denke, das ist Fakt.

Auch „1 000 Abordnungen“ ist schlicht und ergreifend eine falsche Zahl. Ich habe vorhin deutlich gemacht. Wir haben im Moment 171 Fälle für rund 960 Stunden.

(Detlef Tanke [SPD]: Aha!)

Wir sind noch nicht am Ende. Wir werden bis Ende August noch weitere Gespräche mit den Schulen führen.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Gespräche sind noch kein Unterricht!)

Dann kann man versuchen, das entsprechend zusammenzuziehen. Die Bedarfe, die an den Grundschulen bestehen, werden im Übrigen nicht nur mit Abordnungen geregelt, sondern auch durch andere Möglichkeiten, wie z. B. Erhöhung der Stunden bei Teilzeitkräften oder durch den Einsatz von Vertretungskräften.

(Glocke des Präsidenten)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, malen Sie hier keine Drohzahl an die Wand!

Präsident Bernd Busemann:

Frau Ministerin, Herr Seefried möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Ich würde gerne zu Ende ausführen, Herr Präsident.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in 2013, zu Beginn dieser Legislaturperiode, erst einmal die Baustellen der ehemaligen schwarz-gelben Landesregierung aufarbeiten müssen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber Faktenlage ist für Sie ja scheinbar kein Maßstab. Fakten sind für Sie nicht interessant.

(Detlef Tanke [SPD]: Ideologie! Reine Ideologie!)

Hauptsache, Sie können mit Dreck schmeißen und hier im Plenum ordentlich laut reden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch bei untergehender Sonne machen Zwerge lange Schatten.

(Zustimmung bei der SPD - Kai Seefried [CDU]: Das sagt die Richtige!)

Erstens. Wir haben das Turbo-Abi abgeschafft, das Sie eingeführt haben. Da mussten wir erst einmal aufräumen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweitens. Wir haben die Diskriminierung der Gesamtschulen beendet. Das haben Sie von FDP und CDU mit Verboten und Einschränkungen geregelt. Das haben wir erst einmal wieder geradegezogen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Das ist hilflos, was Sie hier vortragen! Hilflöse ideologische Bildungspolitik!)

Drittens. Wir haben Niedersachsen zum Ganztagschulland gemacht. 70 % aller Schulen in Niedersachsen sind Ganztagschulen. Das haben Sie nicht gemacht. Sie haben noch nicht einmal die vorhandenen Ganztagschulen richtig ausgestattet.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Viertens. Wir haben uns mit den kommunalen Spitzenverbänden beim Thema „EDV-Administration“, beim Thema „Schulverwaltungskräfte“ geeinigt. Sie haben über zehn Jahre verhandelt und es nicht hingekriegt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Fünftens. Wir haben die Schulsozialarbeit ausgebaut. Sie haben sich zehn Jahre lang geweigert, sie überhaupt als Landesaufgabe anzusehen. Wir haben das geändert und haben jetzt fast 1 000 Schulen mit Sozialarbeitern in Niedersachsen. Das ist gut so, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben - sechstens - die Berufsausbildung gestärkt. Wir haben jetzt in fast jedem Landkreis Jugendberufsagenturen. Wir stärken die duale Berufsausbildung mit den Sozialpartnern in dem entsprechenden Bereich. Wir haben das Bündnis „Duale Berufsausbildung“ aufgelegt, mit dem wir jetzt entgegen dem Bundestrend in Niedersachsen mit mehr Ausbildungsverträgen unterwegs sind. Im Bundestrend geht die Zahl der Ausbildungsverträge zurück, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen eines. Das sind - - -

(Detlef Tanke [SPD]: Fakten!)

- Ich könnte noch eine ganze Menge zusätzlich sagen. - Das bedeutet allein bei diesen Punkten 6 : 0 für Rot-Grün gegen Schwarz-Gelb. Um die Dortmund-Fans tut es mir leid.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Detlef Tanke [SPD]: Fakten sind immer unbequem!)

Was aber haben Sie denn im Angebot? - Herr Seefried, unter den Anträgen, die hier im Plenum gestellt worden sind, waren keine nennenswerten, tatsächlich realisierbaren.

(Detlef Tanke [SPD]: So ist es!)

Aber Ihr Spitzenkandidat möchte Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden für Lehrkräfte streichen.

(Zurufe von der SPD: Ah! - Detlef Tanke [SPD]: Der hat doch schon einmal versagt! Versagt er wieder? - Unruhe bei der CDU)

Ich empfinde das als Bedrohung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ganz ehrlich: Wir haben eine moderne Schule. Es geht darum, dass Schule mehr ist als Pflichtunterricht. Schule ist Ganztagschule. Schule hat Kinder mit und ohne Behinderung - gemeinsam.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Schule bedeutet, dass Schulleitungen in der Lage sind, innerhalb der Schule unterschiedliche organisatorische Veränderungen tatsächlich umsetzen zu können.

Wir haben eine ganze Menge auf den Weg gebracht. Damit müssen wir uns nicht verstecken. Sie dagegen legen nicht einen einzigen Vorschlag vor,

(Detlef Tanke [SPD]: So ist es!)

wie man auch nur einen einzigen Lehrer als Ersatz für nicht vorhandene Grundschullehrer einstellen könnte. Das fehlt, meine Damen und Herren. Daher werden Sie auch am 15. Oktober 2017 keinen Erfolg haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Detlef Tanke [SPD]: Sehr gut, sehr gut, sehr gut! Solche Fakten kann jeder im Raum verstehen! - Christian Grascha [FDP]: Nur draußen ist eine andere Realität! - Detlef Tanke [SPD]: Kann!)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Tanke, war das eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung? Ich frage, weil Sie beide Hände gehoben haben.

(Lachen bei der FDP)

Wahrscheinlich wollten Sie beantragen, dass das Präsidium Ruhe herstellt.

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Herr Tanke, sind wir uns einig?

(Detlef Tanke [SPD] nickt - Dr. Gero Hocker [FDP]: Jeder blamiert sich, so gut er kann!)

Meine Damen und Herren, zu Punkt 2 d liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass wir übergehen können zu

b) VW: Arbeitsplätze sichern - Verantwortung übernehmen! - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 17/8578

(Unruhe)

Das tun wir aber nur, wenn auch in der Mitte des Hauses Ruhe hergestellt wird.

Den Antrag begründet für die SPD-Fraktion deren Vorsitzende Frau Modder.

Johanne Modder (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Volkswagen-Konzern ist für die Menschen in unserem Land und für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen von überragender Bedeutung. Mehr als 100 000 Beschäftigte an sechs Standorten in Niedersachsen bestreiten ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit bei dem weltweit größten Autobauer. Und es werden noch viele Tausend mehr, rechnet man die mittelständischen Zulieferbetriebe dazu.

Besonders und gerade in Krisenzeiten konnten sich die Beschäftigten bei Volkswagen bislang stets auf die Unterstützung der Landespolitik verlassen. Für die SPD erkläre ich, dass es genauso bleiben wird.

(Beifall bei der SPD)

Für CDU und FDP scheint das allerdings nicht mehr zu gelten.

Meine Damen und Herren, die Enthüllungen aus dem September 2015 über die massenhafte Manipulation von Abgaswerten seitens des Volkswagen-Konzerns haben das Vertrauen in die gesamte deutsche Automobilindustrie nachhaltig beschädigt. Wer wollte das bestreiten?

In dieser sensiblen und hochbrisanten Situation führt die Rolle des Ministerpräsidenten und des Wirtschaftsministers - einerseits Teil der Landesregierung, andererseits Aufsichtsratsmitglied - zu

ausgesprochen schwierigen Abwägungsprozessen.

(Petra Tiemann [SPD]: So ist es!)

Ich möchte mir gar nicht ausmalen, wie ein solcher Abwägungsprozess ausgehen würde, wenn der CDU-Hoffnungsträger offen ankündigt, bewusst gegen das Aktienrecht verstoßen zu wollen.

(Beifall bei der SPD - Detlef Tanke
[SPD]: Unerhört! - Petra Tiemann
[SPD]: Empörend!)

Meine Damen und Herren, in dieser schwierigen Situation hat unser Ministerpräsident Stephan Weil das einzig Richtige getan: Er hat Verantwortung übernommen!

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Er hat die Manipulationen auf das Schärfste verurteilt und die Aufklärung vorangetrieben. Er nannte sie in seiner Regierungserklärung am 13. Oktober - Zitat - „unverantwortlich, völlig inakzeptabel und durch nichts zu rechtfertigen“. - Nicht jedem in Wolfsburg hat das gefallen. Das kann man an dieser Stelle einmal deutlich sagen.

Gleichzeitig hat Stephan Weil - ebenso wie Wirtschaftsminister Olaf Lies - immer wieder betont, dass es nicht die Beschäftigten bei Volkswagen sein dürfen, die unter diesen Verfehlungen des Managements zu leiden haben.

Meine Damen und Herren, es gibt jedoch eindeutige Bestrebungen, diese Tatsachen auf geradezu groteske Weise zu verdrehen. So hat die *Bild am Sonntag* in den letzten zwei Wochen gleich zweimal den Versuch unternommen, diese Landesregierung - und vor allem unseren Ministerpräsidenten persönlich - zu diskreditieren. Die in den entsprechenden Artikeln beschriebenen angeblichen Skandale wurden längst richtiggestellt und als Kampagne gegen Stephan Weil enttarnt. Ich möchte das hier gar nicht weiter kommentieren.

Dass Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, vor dem Hintergrund Ihrer eigenen VW-Vergangenheit auf Grundlage dieser Fake News den Rücktritt des Aufsichtsratsmitglieds Stephan Weil fordern, spricht schon Bände. Ihnen ist nichts, aber auch gar nichts zu schade.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung
bei den GRÜNEN)

Angesichts dieser vermeintlichen Enthüllungen forderte der Parteichef der FDP, Christian Lindner, in einem Interview mit dem *Handelsblatt* - ich zitiere - die vollständige Privatisierung des VW-Konzerns. Aber Ihr eigenes Zitat, Herr Dr. Birkner, aus dem *Rundblick* vom 11. August 2017 ist noch viel verräterischer:

„Doch es gibt für die Umsetzung dieses Ziels in Niedersachsen keinen politischen Partner. Außerdem wäre es der falsche Zeitpunkt, da das Unternehmen gegenwärtig eine Stabilisierung nötig hat.“

Ich sage Ihnen: Finger weg vom VW-Gesetz!

(Beifall bei der SPD und Zustimmung
bei den GRÜNEN)

Auch der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Michael Fuchs sagte am 7. August in einem Interview:

„Ich verstehe nicht, warum das Land Niedersachsen 20 % an VW halten muss.“

Ich erkläre Ihnen, warum: Das VW-Gesetz sichert Zehntausende Arbeitsplätze in Niedersachsen. Es sorgt dafür, dass die Regierung des Landes Niedersachsen auch in schweren Situationen Verantwortung für die Beschäftigten übernehmen kann. Wir sichern damit Arbeitsplätze. Wir sichern damit die Zukunft von Tausenden von Familien in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung
von Anja Piel [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, wenn man sich in diesen turbulenten Zeiten auf jemanden verlassen kann, dann auf diesen Ministerpräsidenten Stephan Weil.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung
bei den GRÜNEN)

Stephan Weil und Olaf Lies handeln verantwortungsvoll im Interesse der Menschen in Niedersachsen und der Beschäftigten bei VW. Hören Sie also endlich auf, mit halbseidenen Gerüchten und Unterstellungen zu operieren, und kehren Sie, wenn Sie es überhaupt noch können, zurück zu Verantwortungsbewusstsein und Redlichkeit!

Die SPD steht zu Volkswagen und seinen Beschäftigten. Wir werden Volkswagen bei den großen Herausforderungen wie dem Übergang zur Elektromobilität, der Digitalisierung, dem autonomen Fahren und der Entwicklung moderner Mobilitätsangebote unterstützen und begleiten. Darauf kön-

nen sich die Beschäftigten und deren Familien in Niedersachsen verlassen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Modder. - Jetzt spricht für die CDU-Fraktion Kollege Dirk Toepffer. Bitte!

Dirk Toepffer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion steht hinter dem VW-Konzern und seinen Beschäftigten, hinter der Beteiligung des Landes Niedersachsen an diesem Unternehmen und natürlich auch zum VW-Gesetz.

(Beifall bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Reden Sie einmal mit der Bundesregierung!)

So weit zu den Selbstverständlichkeiten. - Keineswegs selbstverständlich ist das, was wir in den letzten drei Jahren mit dem VW-Konzern und seinem Management erlebt haben. Ob Dieseltgate, die Entlassung von Leiharbeitern, die Berufung von Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern und deren Vergütung oder aber der üppig honorierte Kurzauftritt einer früheren SPD-Politikerin, die sich um Integrität und Recht bemühen sollte und dabei gnadenlos gescheitert ist - es gab vieles zu hinterfragen; zu Recht, wie ich meine.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Schaden, liebe Frau Modder, verursacht nämlich nicht, wer kritisch nachfragt. Schaden verursacht derjenige, von dem man glaubt, dass er zu einer auch kritischen Betrachtung des Unternehmens nicht fähig ist. Wir werden dem VW-Konzern und seinen Beschäftigten nur helfen können, wenn uns die Öffentlichkeit glaubt, dass wir zu einer objektiven Betrachtung in der Lage sind.

Dieser Glaube an die Objektivität der Landespolitik hat in den vergangenen Monaten Schaden genommen. Ich will offen einräumen: Der Schaden hätte bereits viel früher eintreten können. Mögliche Interessenkonflikte - das haben Sie zu Recht gesagt - einzelner Mitglieder dieser Landesregierung bei der Ausübung ihrer Aufsichtsratsfunktion im VW-Konzern sind nämlich kein spezielles Merkmal dieser Landesregierung. Sie waren eine Herausforderung für jede Landesregierung. Aber zu ei-

nem echten Problem sind diese Interessenkonflikte erst jetzt geworden.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP - Anja Piel [GRÜNE]: Das ist doch unglaublich!)

Es ist eben ein Unterschied, ob man sich beispielsweise als Landesregierung zu einer Beteiligung des VW-Konzerns an Suzuki äußert oder ob man sich mit den verantwortlichen Managern zu einer gemeinsamen Linie im größten Betrugsskandal der Automobilgeschichte abstimmt, insbesondere dann, wenn man diese Abstimmung mit Personen vornimmt, die selbst Gegenstand einer strafrechtlichen Verfolgung werden.

(Johanne Modder [SPD]: Machen Sie lustig weiter, Herr Toepffer!)

- Frau Modder, richtig problematisch wird es, wenn diesbezüglich eine Staatsanwaltschaft tätig wird, die man als Landesregierung selbst beaufsichtigen soll. Das ist eben ein Problem.

Herr Ministerpräsident, ich möchte nicht im Einzelnen thematisieren, wie Sie in der Krise agiert haben. Ich möchte auch nicht darüber diskutieren, ob die aus unserer Sicht festzustellenden Missgriffe insgesamt einen Rücktritt erforderlich gemacht hätten. Das muss an anderer Stelle geschehen. Diskutieren wir lieber über die Zukunft.

Da stelle ich leider fest: Bei der Frage, wie die wichtige Landesbeteiligung von VW zu steuern ist, trennen uns Welten. Nach meinem Eindruck haben Sie überhaupt nichts dazugelernt. Kein Eingeständnis, dass die personellen Ressourcen in der Landesregierung völlig unzureichend sind. Kein Eingeständnis, dass es völlig inakzeptabel ist, wenn die Landesregierung in einer solchen Krise von Anwälten beraten wird, die VW beauftragt und bezahlt hat. Nicht einmal das Eingeständnis, dass es überhaupt einen Interessenkonflikt geben kann.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In der aktuellen Ausgabe des *Spiegel* werden Sie interviewt, Herr Ministerpräsident, und reagieren auf die richtige Feststellung, dass die Funktionen von Aufsichtsrat und Ministerpräsident nicht immer kompatibel sind, ohne jede Einschränkung mit folgenden Worten -Zitat -: Das sehe ich anders. - Herr Ministerpräsident, diese Äußerung ist grotesk und geradezu lächerlich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wer hier mit uns wieder und wieder erlebt, wie Sie die dem Parlament geschuldeten Informationen mit Hinweis auf aktienrechtliche Verschwiegenheitspflichten verweigert haben, kann angesichts einer solchen Haltung nur mit dem Kopf schütteln.

Natürlich sind die Funktionen von Aufsichtsrat und Ministerpräsident nicht immer kompatibel. Das kann man doch nicht ernsthaft bestreiten. Wir jedenfalls haben erkannt: Die Steuerung der zwischen uns völlig unstrittigen Landesbeteiligung muss künftig anders geregelt werden.

Wir sollten endlich darüber reden, wie das geschehen kann. Die Ankündigung unseres Spitzenkandidaten Bernd Althusmann, künftig nur noch ein Aufsichtsratsmandat durch die Landesregierung zu besetzen, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

(Johanne Modder [SPD]: Er hat angekündigt, das Kartellrecht zu brechen! Reiner Populismus!)

In einem zweiten Schritt müssen wir darüber nachdenken, wie sich die Landesregierung wieder die Unabhängigkeit verschaffen kann, die man braucht, um die Landesbeteiligung glaubwürdig zu kontrollieren.

Schließlich sollten wir über eine Art Corporate Governance nachdenken, indem wir den Ordnungsrahmen festlegen, in dem die künftige Kooperation zwischen Landesregierung und VW-Konzern festgelegt werden muss. Sie, Herr Ministerpräsident, sollten sich endlich dieser Diskussion stellen und nicht weiter beleidigt in der Ecke sitzen.

(Lachen bei der SPD - Zuruf von der SPD: Das hätten Sie wohl gern!)

Indem Sie sich weiter dunklen Verschwörungstheorien hingeben - wir haben es eben wieder gehört -, kämpfen Sie um Ihr eigenes politisches Überleben. Mit Verantwortung für VW und seine Beschäftigten hat das leider gar nichts zu tun.

(Widerspruch bei der SPD - Wiard Siebels [SPD]: Abenteuerlich! Unglaublich! - Zuruf von der SPD: Unterstes Niveau!)

Deshalb: Verlassen Sie endlich Ihre Schmollecke, und stellen Sie sich der Diskussion um die Zukunft!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von den GRÜNEN: Der Einzige, der in der Schmollecke sitzt, sind Sie, Herr Toepffer!)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Toepffer. - Nunmehr spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kollegin Piel. Bitte!

(Jens Nacke [CDU]: Haben Sie ein Taschentuch dabei, Frau Piel?)

Anja Piel (GRÜNE):

Herr Nacke, brauchen Sie ein Taschentuch? Ich bringe Ihnen gerne eines.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir über Verantwortung bei Volkswagen reden, dann reden wir natürlich auch über den Vorstand dieses Unternehmens: Matthias Müller, Karlheinz Blessing, Herbert Diess, ein paar andere Männer - und eine Frau: Hiltrud Werner. Acht Männer, eine Frau - das kennen wir von der Landesliste der FDP. Ich glaube, ihr arbeitet mit dem gleichen Schlüssel.

(Jörg Bode [FDP]: Nein, nein!)

Diese Männer und diese Frau tragen eine Verantwortung, die sicher schwer wiegt, aber sie bekommen das auch gut entlohnt. Ein Vorstandsmitglied bei VW verdient ein Vielfaches dessen, was ein Mitarbeiter am Fließband verdient. Das ist bei großen Unternehmen zwar üblich, für die Menschen am Fließband und auf den Bürgersteigen und auch für uns hier in diesem Raum ist es dennoch kaum vorstellbar.

Das gilt übrigens auch andersherum: Die Manager bei VW haben wenig Bezüge zur Situation der Angestellten. Sie haben keine Zukunfts- und Geldsorgen. Sie wissen auch nicht, wie es ist, nachts das Fenster nicht aufmachen zu können, weil es draußen zu laut und die Luft zu dreckig ist. Sie bekommen auch selten zu spüren, wie dreckig die Abgase der Autos wirklich sind, die sie als sauber verkauft haben.

Aber dennoch: Das Versagen der VW-Führung macht mich wütend. Ich frage mich, warum sich Manager der großen Autokonzerne über Jahre zusammensetzen und sich in solchen Runden auf Regelverstöße einigen, die die Branche als Ganzes von jeder Innovation abschneiden. - Herr Toepffer, nur zu Ihrer Erinnerung: Das ist nicht in der Zeit von Olaf Lies und Stephan Weil passiert, sondern in Ihrer Regierungszeit.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Wann hat denn Herr Toepffer regiert?)

Warum ordnet man Unmögliches an und ignoriert konsequent die Bedenken und Warnungen kluger Ingenieure, und das über Jahre? Wieso setzt man auf diese Weise die Arbeitsplätze, die Zukunft des Unternehmens und die Gesundheit der Menschen aufs Spiel, anstatt Antriebe und Mobilität weiterzuentwickeln? - Vielleicht lässt sich dieses Versagen irgendwie erklären. Entschuldigen lässt es sich nicht.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Die Manager haben verantwortungslos gehandelt. Für die Folgen dieses Versagens bezahlen viele mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes oder mit ihrer Gesundheit.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in Niedersachsen haben nicht allein die Vorstände im Unternehmen Verantwortung, und das ist auch gut so. Die Menschen in Niedersachsen - die Angestellten, die Familien, die Jungen und die Alten - haben eine politische Vertretung: uns - das Parlament -, aber auch die Landesregierung.

Diese rot-grüne Koalition nimmt die Verantwortung an. Dieser Ministerpräsident hat inmitten des Dieselskandals und kürzlich beim Dieselpfahl Positionen bezogen und Forderungen gestellt: Er hat die Teilnahme der Umweltverbände am Dieselpfahl gefordert. Er hat die technische Nachrüstung zur Diskussion gestellt. Für viele ist das unbequem. Aber ich sage Ihnen: Genau diese Unbequemlichkeit wünschen wir uns von unserem Ministerpräsidenten, weil es die richtige Unbequemlichkeit in der richtigen Zeit ist. Vielen Dank, Stephan Weil!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ganz unabhängig davon treibt uns als Grüne das Thema „saubere Luft“ um. Wir wollen die blaue Plakette in den Innenstädten. Wir wollen mehr öffentlichen Nahverkehr, mehr Radverkehr, einen verträglichen Autoverkehr in den Innenstädten. Wir wollen von den Unternehmen, dass sie endlich auf alternative Antriebstechniken umsteigen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Spätestens im Jahr 2030 müssen die Unternehmen so weit sein. Zur Energiewende gehört aus unserer Sicht zwingend auch die Mobilitätswende.

(Björn Thümler [CDU] spricht mit Ulf Thiele [CDU] und Jens Nacke [CDU])

- Herr Thümler, vielleicht hören Sie einmal einen Moment zu! Wir sind mit dieser Forderung nämlich seit diesen Tagen gar nicht mehr alleine. Verblüfft musste ich am Montag feststellen, dass die Kanzlerin gerade ansetzt, uns links zu überholen,

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ach!)

mit ihrem *SUPERillu*-Interview an uns allen vorbeizurauschen: an Ihnen, Herr Toepffer, an Herrn Dobrindt. - Man kann gar nicht so schnell gucken. Plötzlich soll die Deadline beim Verbrennungsmotor zugelassen werden. Großartig!

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Herr Thümler, wie sehen Sie das eigentlich? Haben Sie darüber mit ihr telefoniert? Wussten Sie, was Frau Merkel im Köcher hat? Können Sie uns sagen, ob die CDU uns jetzt mit einem Stichdatum unterbieten wird? Wird es einen Sonderparteitag der CDU in Hannover geben, der mit großer Mehrheit beschließt, unser Datum noch zu unterbieten?

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Björn Thümler [CDU])

- Ich brauche kein Taschentuch, Herr Thümler, wirklich nicht. Aber vielleicht sind Sie ja ein bisschen traurig, weil die Kanzlerin darüber nicht mit Ihnen gesprochen hat. Oder ist das am Ende wieder nur ein strategisches Manöver? Ereilt Merkels Mobilitätswende das gleiche Schicksal wie die Transaktionssteuer oder die Verhinderung der Dobrindt-Maut?

Meine Damen und Herren, Ankündigungen sind noch keine Politik. Wir brauchen echte Lösungen für echte Menschen. Unsere Angestellten bei VW müssen sich darauf verlassen können, dass das Unternehmen nicht havariert, sondern gesteuert wird.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Sie haben Angestellte bei VW?)

Das haben die Mitarbeiter von VW nämlich verdient. Ihnen von CDU und FDP traue ich diese Verantwortung, ehrlich gesagt, nicht zu.

Ein letztes Wort an Sie, Herr Bode. Sie glauben ja schließlich, Manager bekommen das am besten alleine hin - die Leute, die den Karren in den Dreck gefahren haben. Verantwortungsvolle Politik übernehmen am besten wir. Ich will, dass wir eines Tages zurückschauen und sagen können: Das Krisenjahr 2017 war eine Zäsur. VW hat die Kurve erfolgreich gekriegt, und Niedersachsen profitiert

jetzt von einem gut aufgestellten Mobilitätsdienstleister.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Piel. - Jetzt spricht für die FDP-Fraktion Dr. Stefan Birkner. Bitte!

(Anja Piel [GRÜNE]: Das ist ja spannend! - Detlef Tanke [SPD]: Warum darf Herr Bode nicht sprechen?)

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Kollege Tanke, Ihre Fraktionsvorsitzende hat mich persönlich angesprochen. Also machen Sie sich da mal keine Sorgen!

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bedeutung, die die Automobilindustrie mit VW und allem, was dazugehört, für Niedersachsen hat, ist unbestritten. Sie ist der größte Wirtschaftssektor, den Niedersachsen hat, und somit für den Wohlstand in diesem Land von zentraler Bedeutung.

Frau Modder, es wird Sie nicht überraschen, dass Liberale im Grundsatz den Staat nicht als Unternehmer sehen. Wir sehen ihn als Regelgeber, als Schiedsrichter, aber eben nicht als Akteur.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta übernimmt den Vorsitz)

Dort, wo dieses Prinzip durchmischt wird, gibt es Interessenkonflikte und Marktverzerrungen. Nichtsdestotrotz sagen wir als niedersächsische freie Demokraten klar und deutlich, dass eine Veräußerung von VW-Anteilen nicht zur Diskussion steht und dass auch das VW-Gesetz, wie wir es in der letzten Legislaturperiode selbst mitgestaltet haben, nicht zur Diskussion steht.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Sehr wohl müssen wir aber über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft und über das Verhältnis der Politik zu VW diskutieren. Das liegt doch auch auf der Hand. Die Art und Weise, in der die Aufsichtsratsmandate in den letzten Monaten wahrgenommen wurden, das unglückliche Agieren des Ministerpräsidenten haben dieses Thema doch erst auf die Tagesordnung gehoben.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Deshalb müssen wir als Politik uns mit dieser Problematik auseinandersetzen.

Da stellt sich natürlich die Frage, wie die Eigentümerrechte des Landes Niedersachsen beim VW-Konzern wahrgenommen werden. Es stellt sich aber auch die Frage, welche Anforderungen man eigentlich an Aufsichtsratsmitglieder stellt. Der Corporate-Governance-Kodex formuliert zwar hohe Anforderungen an die persönliche Eignung und Qualifikation von Aufsichtsratsmitgliedern, aber es ist ja nicht gottgegeben, dass Ministerpräsidenten und Minister diese Anforderungen auch erfüllen. Deshalb muss man darüber reden.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Ulf Thiele [CDU] - Anja Piel [GRÜNE]: Spricht er jetzt über Herrn Bode?)

Uns schwebt vor, dass man in der nächsten Legislaturperiode sehr genau und sehr konkret darüber spricht, wie man das verbessern kann, wie es gelingen kann, die Eigentümerrechte wahrzunehmen, aber gleichzeitig Interessenkonflikte und Marktverzerrungen zu vermeiden. Solche Marktverzerrungen sind faktisch manchmal übrigens gar nicht vorhanden, aber der Verdacht bleibt natürlich immer im Raum stehen, und damit ist das Ansehen der Politik gefährdet, damit steht die Unabhängigkeit der Politik infrage, mindestens für den Beobachter, der gerade aufgrund der Verschwiegenheitsverpflichtung keinen Einblick in die Geschehnisse bekommt. Wir müssen darüber sprechen, wie man das auseinanderdividieren und mehr Klarheit bekommen kann.

Wir brauchen eine Entpolitisierung bei der Wahrnehmung des Aufsichtsratsmandates. Man wird sehr genau darüber sprechen müssen, wer künftig für das Land dort sitzt. Es war früher übrigens nicht zwingend, dass der Ministerpräsident im Aufsichtsrat sitzt. Erst Gerhard Schröder hat diese Aufgabe wahrgenommen. Es gab auch einmal andere Grundentscheidungen; Ministerpräsidenten früherer Legislaturperioden haben sich da anders entschieden. - Also wird eine Entpolitisierung zu diskutieren sein.

Wir werden über eine Professionalisierung der Wahrnehmung des Aufsichtsratsmandats sprechen müssen. Es kann doch nicht sein, dass Sie meinen, Sie könnten mit den geringen Ressourcen, mit den wenigen Referentenstellen, die Sie in der Staatskanzlei und im Wirtschaftsministerium haben, einen Weltkonzern kontrollieren, und dies auch noch angesichts der zeitlichen Belastung, die

Sie als Wirtschaftsminister und als Ministerpräsident haben. Das ist doch aberwitzig und nicht mehr zeitgemäß. Da müssen professionelle Strukturen hergestellt werden, um tatsächlich eine effektive Kontrolle zu gewährleisten.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Wir werden auch darüber reden müssen, wie man das Ganze stärker demokratisiert und am Ende einer parlamentarischen Kontrolle zugänglich macht. So, wie der Zustand bisher ist, ist das jedenfalls nicht möglich. Das Land ist Eigentümer, aber der Ministerpräsident kann seinen verfassungsrechtlichen Verpflichtungen zur Unterrichtung zugeständenermaßen zum Teil nicht nachkommen, weil er aktienrechtlichen Beschränkungen unterliegt. Auch diesen Konflikt muss man versuchen aufzulösen, man muss aus den Schützengräben herauskommen und konstruktive Lösungen anstreben. Diese werden wir als freie Demokraten verfolgen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Das, was Sie wollen, Frau Piel, ist hingegen das Gegenteil. Sie und in Teilen auch die SPD argumentieren ja immer in einer bestimmten Weise. Sie wollen eine zusätzliche Politisierung. Sie wollen sich nicht auf die Grundsatzfunktion eines Aufsichtsrates beschränken - nämlich die Geschäftsführung zu überwachen -, sondern Sie wollen konkret Unternehmenspolitik betreiben. Aber das ist, wie gesagt, das komplette Gegenteil von dem, was wir tatsächlich benötigen.

(Christian Grascha [FDP]: So ist es! - Anja Piel [GRÜNE]: Nach all den Jahren der Skandale sagen Sie das erhobenen Hauptes?)

Wir müssen die Politik herausziehen und nicht auch noch versuchen, über den Aufsichtsrat Technologieentscheidungen durchzusetzen.

Wir stehen für eine Entpolitisierung, eine Demokratisierung und eine Professionalisierung der Aufsichtsrats-tätigkeit. Und wir stehen für Technologie-offenheit. Es ist doch vermessen zu glauben, dass wir, die wir heute hier in diesem Raum sitzen, wissen, was in 10 bis 20 Jahren die richtigen Antriebstechnologien sind. Die Politik muss den Rahmen setzen und Anforderungen an Umwelt, an Verkehrseffizienz und Ähnliches formulieren. Aber die Politik kann doch nicht sagen: Diese eine Technologie ist es. Wohin das führt, haben wir ja in vielen

Bereichen gesehen, z. B. in der Energiepolitik, wo wir jedes Jahr 27 Milliarden Euro für am Ende ineffektive Technologien verbrennen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Das ist der Weg, den wir gehen wollen. Darüber werden wir dann sicherlich auch im Wahlkampf die eine oder andere Diskussion führen.

Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Birkner. - Für die Landesregierung hat nun Herr Ministerpräsident Weil das Wort.

(Jens Nacke [CDU]: Abschiedsrede?)

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe dieser Debatte mit großer Aufmerksamkeit zugehört und habe dabei eine Stimme vermisst, nämlich die unseres Kollegen Jörg Bode. Deswegen möchte ich sie hier, wenn Sie gestatten, nachreichen und aus der *Welt* vom 4. April 2011 zitieren. Dort heißt es:

„Martin Winterkorn ist das Beste, was Volkswagen passieren konnte“, sagt Jörg Bode (FDP), Wirtschaftsminister Niedersachsens und Mitglied des Aufsichtsrates bei Volkswagen. „Es ist angenehm, mit ihm zu tun zu haben, er ist weder trocken noch langweilig. Es gab allerdings auch Gelegenheiten, bei denen ich anderer Meinung war als Martin Winterkorn. Seither weiß ich, dass es besser ist, ihn an meiner Seite als gegen mich zu haben“, sagt Bode. „Denn meistens hat er am Ende recht.“

(Anja Piel [GRÜNE]: Das ist ja ein spannender Satz! - Zuruf von der SPD: So sind die Liberalen!)

Wenn das die Haltung früherer Mitglieder des Aufsichtsrates war, dann kann ich in der Tat manche kritischen Aussagen hier sehr gut verstehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Sie können einem ja richtig leidtun, Herr Ministerpräsident! - Christian Grascha [FDP]: Sagt der Pressesprecher von Volkswagen!)

Was haben Dieselgate, die Struktur der Mangergehälter und Absprachen zwischen Unternehmen eigentlich gemeinsam?

(Christian Dürr [FDP]: Die Abfindung von Frau Hohmann-Dennhardt! Das ist eine Entscheidung, die Sie getroffen haben!)

Ich sage es Ihnen: Das sind über Jahre hinweg gewachsene Systeme. Wir müssen aufräumen, was Sie uns hinterlassen haben. Das ist die Wahrheit.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das tun wir, Olaf Lies und ich, in großem Verantwortungsbewusstsein, insbesondere gegenüber den über 100 000 Menschen, die direkt bei Volkswagen in Niedersachsen beschäftigt sind, und gegenüber den wahrscheinlich einer Viertel Millionen Menschen, die indirekt von diesem Unternehmen ihre Existenz ableiten. Wir tun das in großer Verantwortung gerade für die Menschen - und nicht für das Schaufenster! Das ist die Arbeit, die wir leisten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich nenne Ihnen noch einen entscheidenden Punkt, an dem ich eine Übereinstimmung zwischen dem Landesinteresse und dem wohlverstandenen - dem wohlverstandenen! - Unternehmensinteresse sehe: Volkswagen muss sauber sein. Volkswagen muss sauber sein, damit es erfolgreich ist. Volkswagen muss nicht nur sauber sein, was seine Schadstoffwerte angeht, sondern auch, was die innere Verfasstheit angeht. Das ist seit vielen Jahren die Leitlinie unserer Arbeit,

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

und diese Arbeit, die weiß Gott nicht immer vergnügungssteuerpflichtig ist, leisten wir beharrlich und kritisch nach innen und verantwortungsbewusst und kritisch nach außen.

(Ulf Thiele [CDU]: Sie werden doch gar nicht ernst genommen!)

Wir tun das, weil wir wissen, wie notwendig sie ist. Und ehrlich gesagt halte ich dieses Engagement innerhalb des Unternehmens auch für unverzichtbar.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will eine letzte Bemerkung machen. Derzeit kreist an den Standorten von Volkswagen bei uns in Niedersachsen eine Unterschriftenliste. Dort unterschreiben Tausende von Beschäftigten eine herzliche Bitte an die Politik. Das gilt für den Bundestagswahlkampf, aber ich nehme an, auch für den Landtagswahlkampf. Sie bitten darum: „Macht unsere Arbeitsplätze nicht zum Spielball des Wahlkampfes!“ - Da haben sie recht. So müssen wir uns auch verhalten.

Herzlichen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Um zusätzliche Redezeit nach § 71 Abs. 3 hat Herr Kollege Dr. Birkner gebeten. Herr Dr. Birkner, anderthalb Minuten, bitte!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, wenn Sie es ernst damit meinen würden, dass das hier nicht für das Schaufenster sein soll und dass VW nicht zum Spielball im Wahlkampf werden soll, dann hätten Sie hier auch einmal inhaltlich etwas zu den Herausforderungen gesagt, vor denen wir stehen,

(Johanne Modder [SPD]: In fünf Minuten Aktueller Stunde?)

nämlich dazu, wie hier eine Kontrolle durch das Land organisiert werden kann.

(Unruhe bei der SPD - Glocke der Präsidentin)

Die Frage des Interessenkonfliktes liegt doch auf der Hand, meine Damen und Herren. Da kann nun eine Position sein - aber dann formulieren Sie diese Position bitte auch!-, dass das bisher total super gelaufen ist und dass Sie meinen, das so fortsetzen zu sollen.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD)

Diese Ansicht würde ich zwar als gewagt ansehen, aber dann könnten wir zumindest darüber diskutieren.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Liebe Kollegen, ich darf um etwas mehr Ruhe im Plenarsaal bitten. - Bitte, Herr Birkner!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Aber Sie sagen nichts dazu und versuchen damit, den Eindruck zu erwecken, dass alles prima sei. Das ist aber mitnichten der Fall. Deshalb müssen Sie sich dieser Diskussion stellen. - Das war die erste Bemerkung.

Als Zweites sagen Sie, VW muss sauber sein. Ich nehme Ihnen sogar ab, dass Sie das ernst meinen. Aber das ist hier nicht der Punkt. Die Frage, vor der wir als Parlament stehen, ist vielmehr Folgende: Sie sagen zwar, Sie tun alles dafür - und das mag ja auch durchaus so sein -, aber wo ist die parlamentarische Kontrolle des Ministerpräsidenten? - Darauf haben Sie keine Antwort, weil Sie, wenn es darauf ankommt, auf das Aktienrecht verweisen. Das will ich Ihnen nicht vorwerfen, aber das ist komplett unbefriedigend! Dazu müssen Sie sich doch einmal irgendwie verhalten. Es reicht nicht, hier eine Schaufensterrede zu halten, um all diese Konflikte und Probleme zu umgehen.

Deshalb bitte ich Sie, Herr Ministerpräsident - auch in Ihrer Funktion als Landesvorsitzender der SPD -: Positionieren Sie sich zu diesen Fragen! Versuchen Sie nicht, künstlich ein Thema zu erzeugen, um sich womöglich im Wahlkampf darüber zu profilieren, sondern setzen Sie sich mit den echten Problemen konkret auseinander!

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Detlef Tanke [SPD]: Sie haben es einfach nicht verstanden! Das können Sie doch nicht ernst meinen!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Dr. Birkner. - Weitere Wortmeldungen zu der Aktuellen Stunde der SPD-Fraktion liegen nicht vor.

Ich rufe auf

c) Kein Herumeiern im Fipronil-Skandal: In Niedersachsen steht Verbraucherschutz an erster Stelle! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/8577

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Staudte das Wort. Bitte sehr!

(Unruhe)

- Einen Moment, bitte, Frau Kollegin! Bevor Sie beginnen, möchte ich, dass hier im Plenarsaal Ruhe herrscht. Kollegen und Kolleginnen, die der Debatte nicht folgen wollen, haben jetzt die Möglichkeit, den Plenarsaal zügig zu verlassen.

Bitte, Frau Kollegin!

Miriam Staudte (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Zahl der Eier, die vom aktuellen Fipronil-Skandal betroffen sind, erhöht sich täglich. Erst hieß es, es sind 10 Millionen, dann waren es 28 Millionen, und heute sind wir bei 35 Millionen Eiern, die betroffen sind. Das sind ungefähr dreieinhalbmal mehr als bisher gedacht. 17 EU-Länder mussten Eier zurückrufen. Sie alle kennen die Fernsehbilder von den Eiern, die vernichtet werden. Ich glaube, wir sind uns einig: Immer, wenn Lebensmittel vernichtet werden müssen, läuft irgendetwas falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hatten in dieser Wahlperiode schon mehrere Lebensmittelskandale. Wir hatten das Pferdefleisch in der Lasagne, wir hatten das Aflatoxin im Futtermais und damit das Schimmelpilzgift in der Milch, und nun haben wir ein Nervengift in den Eiern. Ich stelle fest: Agrarminister Christian Meyer hat in jeder dieser Krisensituationen schnell, vorbildlich und energisch gehandelt,

(Beifall bei den GRÜNEN)

immer als Anwalt der Verbraucherinnen und Verbraucher. Er hat seinem Titel „Verbraucherschutzminister“ alle Ehre gemacht. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Johanne Modder [SPD])

Ich möchte auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium, aber auch im Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit ganz herzlich danken. Ich möchte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommunen danken. Sie alle haben Mehrarbeit geleistet, sie haben Nachtschichten eingelegt, um die Öffentlichkeit zu informieren und zu schützen.

Das schnelle Handeln in Niedersachsen ist keine Selbstverständlichkeit. Es ist vorbildlich! Niedersachsen hat z. B. die erste Telefonkonferenz zwischen den Bundesländern und dem Bund einberu-

fen, weil von Agrarminister Christian Schmidt, der eigentlich für die Koordination zuständig gewesen wäre, nichts kam.

Niedersachsen hat auch alte B-Proben aus Rückstellungschargen, also alte Eier, die aus anderen Kontrollen - auf Dioxin etc. - noch im Landesamt vorhanden waren, nachträglich auf Fipronil untersuchen lassen. Das war auch richtig so. Herr Schmidt hat das erst vorgestern angeordnet.

Niedersachsen hat den Bund auch von Anfang an aufgefordert, Fipronil wie viele andere gefährliche Stoffe endlich in den nationalen Rückstellungsplan aufzunehmen. Es muss endlich grundsätzlich auf Fipronil untersucht werden. Vom Bund war da nichts zu hören. Fehlanzeige bei Herrn Schmidt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stattdessen verbreitet Herr Schmidt Unwahrheiten über das Handeln Niedersachsens: Man habe hier angeblich schon im Mai von Belastungen gewusst. - Ich glaube, dass es für diesen offensichtlichen Entlastungsangriff von Herrn Schmidt nur drei Erklärungen gibt: Er war schlecht informiert, er hat die Informationen, die er hatte, nicht verstanden, oder er sagt absichtlich die Unwahrheit.

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]:
Oder er war strategisch genial!)

Ich glaube, jede einzelne dieser Erklärungen ist ein Zeugnis dafür, dass er auf seinem Posten eine Fehlbesetzung ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann ja nachvollziehen, dass sich Bundesminister Schmidt darüber ärgert, dass Landesminister Meyer ihm permanent eine Nasenlänge voraus ist, wenn es um die Bewältigung von Skandalen geht. Aber er sollte wirklich einmal vor der eigenen Tür kehren. Stattdessen beschwichtigt er und spielt herunter. Immer noch heißt es, eine akute Gefahr sei unwahrscheinlich. Bei normalem Konsum von Eiern! Aber was ist dieser „normale“, dieser durchschnittliche Konsum? - Die Menschen verzehren sehr unterschiedliche Mengen an Eiern. Die einen essen gar keine, und die heranwachsenden Jungen, die in die Muckibude gehen, machen sich Protein-Shakes und mixen zehn Eier am Tag da rein. Was ist also normal?

(Jens Nacke [CDU] lacht)

- Ja, ich kann das bestätigen.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Was bewegen Sie denn für Fantasien?)

Das Bundesamt für Risikobewertung hat sich in diesem Fall wieder einmal disqualifiziert. Es ist ein lobbygesteuertes Beschwichtigungsinstitut. Das haben wir schon beim Glyphosat gesehen. Wir brauchen dringend eine Reform dieses Bundesinstituts.

(Jens Nacke [CDU]: Das hat Schimi schon im „Tatort“ gemacht!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Frau Kollegin Staudte! Ihre Zeit wird angehalten, sodass Sie die volle Redezeit zur Verfügung haben. - Wir werden erst fortsetzen, wenn wirklich Ruhe im Plenarsaal herrscht.

(Jens Nacke [CDU]: Interessante Fantasien, die Sie da begleiten, Frau Kollegin!)

- Das betrifft insbesondere die zahlreichen Gespräche am Rande des Plenums.

(Zuruf von Helmut Dammann-Tamke [CDU])

- Herr Dammann-Tamke! Herr Dr. Hocker!

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Hast du dabei an mich gedacht?)

- Herr Dr. Hocker, Sie haben gleich die Möglichkeit, von hier vorn zu sprechen. Dann hören Ihnen auch alle zu. Aber jetzt hören wir Frau Kollegin Staudte zu.

Bitte, Frau Staudte!

Miriam Staudte (GRÜNE):

Vielen Dank.

Die Landwirte sind in diesem Fall nicht die Schuldigen, sondern die Geschädigten. Sie sind die finanziell Geschädigten, und sie wurden womöglich Gesundheitsgefahren ausgesetzt, weil dieses Insektizid in ihren Ställen verbreitet worden ist. Hier muss man wirklich sagen: Das waren kriminelle Machenschaften, und die müssen auch bestraft werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotzdem muss man auch sagen: In einer Tierhaltung mit Tausenden von Tieren potenzieren sich natürlich Krankheitsgefahren und Ungezieferprob-

leme. Ein Stall, in dem Tausende von Tieren leben, ist ein Schlaraffenland für Milben, Läuse etc.

Insofern muss man sagen: Die mobilen Hühnerställe, die wir in Niedersachsen Gott sei Dank immer mehr haben, sind ein riesengroßer Vorteil. Mit dem permanenten Standortwechsel reduziert sich auch der Parasitendruck. Ich hoffe sehr, dass wir die Erleichterungen für die Genehmigung der mobilen Hühnerställe in der Niedersächsischen Bauordnung noch durchsetzen können.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Das wäre wichtig! - Jens Nacke [CDU]: Warum habt ihr es nicht längst gemacht?)

Ich möchte an der Stelle aber auch noch einmal ausdrücklich Renate Künast danken; denn ohne ihren Eierstempel wäre diese ganze Rückrufaktion nicht möglich gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zeigt: Kennzeichnung, Transparenz, Kontrolle und artgerechte Tierhaltung sind die notwendigen Antworten auf diese Skandale.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin Staudte. - Für die FDP-Fraktion hat nun das Wort Herr Kollege Grupe. Bitte, Herr Kollege!

Hermann Grupe (FDP):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kollegin Staudte, vielen Dank für die Hinweise, die Sie zur Sache gegeben haben.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Bitte sehr! Gern geschehen!)

Es ist in der Tat besorgniserregend, dass mittlerweile von 35 Millionen Eiern die Rede ist. Wir sind uns sicherlich alle einig: Das Zeug gehört in keiner Dosierung in die Eier.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Genau!)

Es handelt sich hier um ein kriminelles Vorgehen. Diese Mittel sind aus gutem Grund in der Nutztierhaltung verboten. Und Sie haben es gesagt: Die Bauern sind hier Opfer, weil Reinigungsfirmen diese gepanschten Wirkstoffe illegal in ihren Ställen angewandt haben.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

Insofern lautet die Frage: Wie kann man diese Risiken in den Griff bekommen? - Meine Damen und Herren, ich will es vorab sagen: Ich fürchte, gegen kriminelles Handeln gibt es keine absolute Sicherheit. Aber wir müssen sehen, wie wir dies so weit wie möglich ausschalten können.

Nun hat die Kollegin Staudte auch verschiedene andere Skandale angesprochen, so auch meinen Lieblingsskandal, den Pferdefleischskandal. Aber der war ja in Wahrheit ein Meyer-Skandal: Herrn Meyers Ministerium hat vor Pferdefleisch in Cloppenburg gewarnt - das aber Rindfleisch war! Es handelte sich um Rinderhälften, und die Veterinäre aus Cloppenburg haben mitgeteilt: Wer Rinderhälften nicht von Pferdehälften unterscheiden kann, der hat noch ganz andere Probleme.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Quatsch!)

Das ist ein reiner Meyer-Skandal gewesen, bei dem eine Fehlwarnung herausgegeben wurde und bei dem skandalisiert wurde. Schön, dass Sie das heute noch einmal zur Sprache bringen, Frau Staudte.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Glauben Sie das eigentlich selber, was Sie hier erzählen?)

Bei mobilen Hühnerställen sind wir uns im Übrigen völlig einig. Wenn wir den Vorgang beschleunigen können, werden Sie unsere Fraktion und, ich glaube, auch die Union an Ihrer Seite haben.

(Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]: Wir nehmen Sie beim Wort!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, das mit dem Mai haben Sie nicht verstanden. Die Warnhinweise aus Belgien kamen am 21. Juli; das ist richtig. Vom 17. Mai ist bei denjenigen Proben die Rede, die im LAVES herumgestanden haben und die man auf andere Dinge untersucht hat, aber eben leider nicht auf Fipronil. Darauf wurde Bezug genommen. Das hat der Herr Bundesminister sicherlich verstanden - nur Sie nicht!

(Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]: Das hängt damit zusammen, dass der Bundesminister es nicht anordnet!)

Meine Damen und Herren, die Frage ist also - ich habe es eben schon gesagt -: Wie kann man die Risiken eindämmen? Und da ist die Pressemitteilung des Landwirtschaftsministers doch sehr erhellend, in der er am Schluss eine Lebensmittelpolizei, quasi eine europäische Überwachungsbehörde fordert. Aber wofür eigentlich?

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Es wäre schön, wenn man es verhindern könnte!)

Wir haben es hier mit Proben zu tun, die längst genommen worden sind. Will man jetzt neue, überraschend genommene Proben dazustellen? - Hier geht es doch um ein ganz anderes Problem. Daher ist zu fragen: Hat der Minister die Problemlage noch nicht erkannt, oder greift er wieder einmal auf sein übliches Muster zurück: mehr Bürokratie fordern, mehr Überwachung fordern und nicht ansatzweise eine Problemlösung aufzeigen?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]: Da können Sie vielleicht noch etwas lernen!)

Interessant, fast schon lustig ist in diesem Zusammenhang: Sie haben im Streit der Minister versucht, Ihren in Schutz zu nehmen. Da lesen wir in der *Nordwest-Zeitung*:

„Durch den Streit zwischen den beiden Agrarministern wurde erstmals öffentlich bestätigt, dass Fipronil-belastete Eier schon seit Monaten im Umlauf sind.“

Meine Damen und Herren, dann hat es vielleicht wenigstens ein Gutes. Hier erleben wir nur Schuldzuweisungen hin und her, statt dass auch nur ansatzweise auf das Problem eingegangen wird.

Meine Damen und Herren, ich will nur an andere Schadstoffe erinnern, die auch in der Natur vorkommen, wie im Jakobskreuzkraut die Pyrrolizidinalkaloide, die ja nun handfeste Gifte sind. Wir haben beantragt, dass die Landesregierung - und da hat sie zu handeln - Maßnahmenpläne aufstellt; denn dieses Mittel greift Organe an, ist krebserregend, erbgutschädigend und geht auf Honig und Milch über.

Frau Staudte, Sie haben gesagt, die Ernährungsgewohnheiten sind unterschiedlich, und wer mehr Eier isst, der hat ein höheres Risiko. Vielleicht isst mancher auch mehr Honig. Die Imker sind sehr besorgt, dass sie, weil die Flächen, gerade in Naturschutzbereichen, teilweise sehr stark mit Jakobskreuzkraut belastet sind, die Bienen das aber nicht wissen, solche Anteile in den Honig bekommen und der Honig in Verruf gerät. Hier wäre dringender Handlungsbedarf.

Das ist ein Feld, wo dieser Minister zu handeln hätte. Wir sehen aber absolute Untätigkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Eines ist hier in der Diskussion auch klargeworden: Wichtiger als die Meldung an die zuständigen Stellen bzw. Behörden, um Schaden abzuwenden, ist diesem Minister immer die Presse, die Gier nach Schlagzeilen. Das kann er haben. Da habe ich sogar das gleiche Interesse, nämlich dass dieser Minister möglichst viele Schlagzeilen bekommt, allerdings ganz anders, als er es sich vorstellt; denn dadurch, wie er handelt, wird klar: Er ist hoffnungslos überfordert und stellt einen Risikofaktor für die Verbrauchersicherheit dar.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Grupe. - Für die CDU-Fraktion hat nun Herr Kollege Dammann-Tamke das Wort. Bitte!

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der Grünen-Fraktion unendlich dankbar, dass sie dieses Thema heute auf die Tagesordnung gesetzt hat, zumal es um Verbraucherschutz geht und gerade ein solch wichtiges Thema und ein solcher Skandal in Wahlkampfzeiten immer Gefahr laufen, unter die Räder zu kommen.

Ich glaube, wir stellen hier heute alle gemeinsam fest, dass es bei diesem Lebensmittelskandal vier Punkte gibt, bei denen sicherlich parteiübergreifend Konsens besteht:

Erstens. Fipronil gehört nicht in Lebensmittel.

Zweitens. Kriminelle Energie, gepaart mit Geldgier, führt immer dazu, dass wir gerade im Lebensmittelbereich solche Skandale immer wieder erleben müssen.

Drittens. Nach dem, was wir heute wissen, sind die Landwirte Opfer.

Viertens. Die Zuständigkeit für die Lebensmittelkontrollen obliegt den 16 Bundesländern, in Niedersachsen dem LAVES, und die politische

Verantwortung für dieses Haus trägt der niedersächsische Landwirtschaftsminister.

Beim Thema Eier steht außer Frage, dass wir es in Niedersachsen mit einer besonders hohen Betroffenheit zu tun haben; denn jedes zweite Ei in Deutschland wird bekanntlich in Niedersachsen produziert. Aufgrund der Verwehungen und der langen Grenze mit den Niederlanden haben wir hier auch viele Eier, die aus den Niederlanden geliefert werden. Deshalb war der Minister sicherlich strategisch klug beraten, am vergangenen Mittwoch im Agrarausschuss aus eigenem Antrieb eine Unterrichtung vorzunehmen. Das Kabinettsreferat hat sich persönlich darum gekümmert, dass der Minister persönlich diese Unterrichtung vornimmt. Denn auch der Minister weiß, weil er politisch sehr erfahren ist, dass bei den Lebensmittelskandalen der Vergangenheit, wie beispielsweise beim Dioxinskandal, genau die gleichen Punkte zu verzeichnen sind: Geldgier, darüber hinaus die Tatsache, dass Dioxin nicht in Lebensmittel gehört usw., also die ganze Litanei, die ich aufgezählt habe. Deshalb lag dem Minister daran, hier die Deutungshoheit für sich zu gewinnen.

Jetzt komme ich zur politischen Betrachtung dieser Unterrichtung im Agrarausschuss. Herr Minister, da muss ich Ihnen heute ein Kompliment machen: Sie sind ein Meister der Inszenierung. Ich möchte vier Punkte aus dem vorläufigen Protokoll dieser Unterrichtung zitieren.

Erstens:

„wir haben über 280 Proben gezogen, die alle negativ waren;“

Oho, denkt der geneigte Zuhörer, in Niedersachsen scheint ja alles in Ordnung zu sein. Heute wissen wir: Alle Proben in Niedersachsen waren wohl offensichtlich doch nicht sauber. Ich habe eben bei dem Hinweis auf den Bundesagrarminister eingeworfen, das sei ein genialer Schachzug gewesen. Es war die Indiskretion aus dem Landwirtschaftsministerium in Berlin, die dazu geführt hat, dass dieses Landwirtschaftsministerium am vergangenen Montag eine Pressemitteilung herausgegeben hat, aus der wir ersehen konnten: Es gab durchaus einen positiven Befund bei einer Rückstellprobe, nämlich 0,54 mg.

Von daher stelle ich hier fest: Die Aussage „Wir haben über 280 Proben untersucht, die alle negativ waren“ ist definitiv falsch.

(Beifall bei der CDU)

Zweites Zitat:

„Nach unseren Erkenntnissen liegt der höchste Wert in Niedersachsen bei 0,066 mg/kg.“

Wie ich eben aufgezeigt habe, erfahren wir vier Tage später, dass es 0,54 mg sind. Das ist immerhin um den lapidaren Faktor von mehr als sieben höher, als es der Minister in der Unterrichtung bekannt gegeben hat.

Weiter:

„Es ist davon auszugehen, dass bundesweit nie auf diesen Stoff“

- gemeint ist Fipronil -

„untersucht worden ist, weil man davon ausging, dass dieses verbotene Insektizid nicht in solche ätherischen Öle gemischt wird. Zur Vergangenheit können wir deshalb nichts sagen.“

Herr Minister, wenn nicht Ihre politische Abteilung, sondern das Fachreferat diese Unterrichtung vorbereitet hätte, dann wüssten Sie, dass 14 000 Proben im Zeitraum von 2009 bis 2014 in Deutschland auf diesen Stoff hin untersucht wurden. Gefunden wurde eine positive Probe. Sie können sich vom BVL dahin gehend unterrichten lassen, dass auch Eier untersucht wurden. Insofern ist auch diese Aussage Ihrerseits falsch.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus haben Sie uns erklärt: Wir haben 45 Rückstellproben aus verschiedenen Landkreisen untersucht, die alle negativ waren. Wir haben nichts gefunden. - Seit Montag wissen wir, auch diese Aussage war definitiv falsch.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Unerhört!)

Insofern, Herr Minister, haben Sie auch Ihre grünen Kollegen auf dem Parteitag am Samstag nach Strich und Faden belogen.

(Zuruf: Was?)

Denn wir haben vier Betriebe - das wissen wir durch diese Rückstellprobe, datierend aus dem Mai 2017 - in Niedersachsen, davon einen Biobetrieb, die mindestens über zweieinhalb Monate in die niedersächsische Lebensmittelkette hinein aus Niedersachsen heraus Fipronil-belastete Eier geliefert haben. Sie aber haben Ihren grünen Freunden erzählt: Bioeier aus Niedersachsen sind selbstverständlich sicher, da ist nichts drin! - Sie

haben Ihre eigenen grünen Freunde belogen! Man kann sich Ihr Redemanuskript anschauen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Björn Thümler [CDU]: Unglaublich!)

Da meine Redezeit leider zu Ende geht, -

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

So ist es, Herr Kollege.

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

- Herr Minister, möchte ich an Ihre Rede auf dem Parteitag der Grünen gerne anschließen. Ich komme mit einer tatsächlichen Bauernregel. Diese tatsächliche Bauernregel lautet: „Wer die Wahrheit kennt und saget sie nicht, der bleibt ein ehrlos erbärmlicher Wicht.“

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Dammann-Tamke. Sie sind ein erfahrener Parlamentarier. Von daher wissen Sie, dass ich Ihnen für die Formulierung, Herr Minister Meyer habe jemanden belogen, einen Ordnungsruf erteilen muss.

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Das waren seine eigenen grünen Freunde! Insofern kann ich damit leben!)

Jetzt fahren wir in der Beratung fort. Herr Kollege Siebels, SPD-Fraktion, hat das Wort.

Wiard Siebels (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Unruhe - Zurufe)

- Meine Damen und Herren, wenn Sie noch Zeit brauchen sollten, um das ausdiskutieren, würde ich sie Ihnen gerne geben. Ansonsten würde ich jetzt gerne anfangen.

Zunächst einmal, Herr Kollege Grupe, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich will nicht weiter darauf eingehen. Sie sind beim Jakobskreuzkraut und bei vielen anderen, sicherlich spannenden Themen gelandet. Zum Thema Fipronil und zu den Vorgängen in diesem Zusammenhang habe ich, ehrlich gesagt, relativ wenig gehört.

Zu Herrn Dammann-Tamke kann ich sagen: Herr Dammann-Tamke, die allgemeinen Ausführungen, die Sie gemacht haben, kann ich alle unterstreichen. Aber da, wo Sie versucht haben, sich mit Herrn Minister Meyer auseinanderzusetzen, finde ich es mindestens grenzwertig. Den Ordnungsruf haben Sie ja auch bekommen. Das muss ich nicht kommentieren.

Aber was mich vor allen Dingen interessiert hätte - dazu will ich gerne noch etwas sagen -, ist die Rolle unseres großartigen Bundeslandwirtschaftsministers Christian Schmidt.

(Björn Thümler [CDU]: Richtig, großartig! Sehr gut!)

Zunächst: Fipronil ist ein Insektizid. Auch das ist alles gesagt worden. Es ist auch gesagt worden, dass es mittlerweile, wenn ich da richtig informiert bin - die Zahlen verändern sich im Laufe der Debatte ja offensichtlich -, um etwa 35 Millionen Eier geht, die in Umlauf gegangen sind.

Wir reden hier in der Tat ein weiteres Mal über kriminelles Handeln, Herr Kollege Dammann-Tamke. Wir reden ein weiteres Mal auch darüber, dass Betroffene auch die Landwirte sind. Betroffen sind allerdings in erster Linie die Verbraucherinnen und Verbraucher hier bei uns in Niedersachsen.

Ich finde es deshalb richtig, dass diese Debatte auch hier im Landtag geführt wird. Denn ich halte es für richtig und wichtig, ein Signal an die wenigen schwarzen Schafe in der Branche zu senden: Ihr werdet erwischt, und euer Handeln wird geahndet! - Ferner senden wir ein Signal auch an die Verbraucherinnen und Verbraucher: Hier wird nichts aus falsch verstandener Rücksichtnahme auf die Branche unter den Teppich gekehrt, sondern wir machen das auch hier im Niedersächsischen Landtag zum Thema.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nun hat Herr Grupe von einem „Meyer-Skandal“ in ganz anderen Zusammenhängen gesprochen. Das will ich jetzt aber nicht aufgreifen, Herr Grupe, weil das ganz andere Baustellen sind. Wenn Sie aber solche Begriffe in den Mund nehmen, Herr Grupe, bleibt mir nichts anderes übrig, als in diesem Zusammenhang von einem „Schmidt-Skandal“ zu sprechen, meine Damen und Herren.

Das muss man sich wirklich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Im Juli gab es Hinweise darauf, dass dieser Stoff gefunden werden könnte. Meiner

Erkenntnis nach ist Niedersachsen als erstes und bis dato einziges Bundesland auf die Idee gekommen zu sagen: Die im LAVES noch vorhandenen Proben holen wir aus dem Schrank heraus und testen sie neu auf den Wirkstoff Fipronil hin, weil eine Untersuchung auf Fipronil hin im Bundesrückstandskontrollplan bisher nicht enthalten war und es diesen Stoff bisher nicht in Eiern gegeben hat. - Das ist also ein vorbildliches Vorgehen bei der Probe.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege Siebels, ich darf Sie kurz unterbrechen. Herr Kollege Dammann-Tamke möchte eine Zwischenfrage stellen.

Wiard Siebels (SPD):

Ich würde gern im Zusammenhang ausführen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Dann fahren Sie fort.

Wiard Siebels (SPD):

Der Kollege kennt das möglicherweise schon. Im Anschluss machen wir das über Kurzinterventionen usw.

Ich meine die Probe vom 17. Mai. Ende Juli/Anfang August sagten also LAVES und niedersächsisches Landwirtschaftsministerium: Wir beproben das noch einmal neu. Wir sind ganz vorsichtig, holen die Proben aus dem Schrank heraus und prüfen, ob diese Proben möglicherweise auch Fipronil enthalten können. - Jawohl, es ist so: Am 3. August bestätigt sich dieser Verdacht, meine Damen und Herren.

Jetzt meldet sich der großartige Bundeslandwirtschaftsminister Meyer - - - äh, Schmidt, Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt - - -

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Helge Limburg [GRÜNE]: Noch nicht! Noch nicht! - Weitere Zurufe)

- Jetzt klatschen Sie, weil Sie wollen, dass er Bundeslandwirtschaftsminister wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU und von der FDP)

- Dann ist alles gut. Dann ist alles gut.

Jetzt macht er sich die Mühe, einen ausführlichen Brief an seinen Kollegen Meyer in Niedersachsen zu schreiben. Er findet - sinngemäß -, dass er ganz

großartige Arbeit gemacht hat, und verweist angesichts seiner großartigen Erfolge u. a. darauf, dass er auf Arbeitsebene in regelmäßigen Telefonkonferenzen stehe. - Ich finde das toll! Auch ich telefoniere ab und zu. Ich finde, das hat er gut gemacht. Solch eine Telefonkonferenz ist für einen Bundeslandwirtschaftsminister schon eine ganz großartige Sache, Herr Kollege Dammann-Tamke. Mein ausdrückliches Lob an dieser Stelle!

Dann versteigt er sich - er hat das geschickt in Frageform gekleidet; das hindert mich aber nicht daran, hier deutlich Klartext zu sprechen - zu dem Vorwurf, dass in Niedersachsen irgendetwas verschleppt oder vertuscht worden wäre. - Das, meine Damen und Herren, ist in diesem Zusammenhang nun wirklich ein Skandal.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn man im Bundeslandwirtschaftsministerium schon einen Praktikanten vor diese Daten setzt, der dann offensichtlich im Zuge eines Schnellschusses zu dem Schluss kommt „17. Mai eine Probe, erst am 3. August ein Ergebnis, dann muss es in Niedersachsen wohl einen Skandal geben“, Herr Dammann-Tamke, dann müsste man sich als Minister wenigstens die Mühe machen, den Vorgang im Detail zu beleuchten. Dass das nicht passiert ist, ist in der Tat ein Skandal.

Ich will schließen mit den Worten: In den vergangenen viereinhalb Jahren haben wir uns manches Mal über Kontrollen gestritten. Ich habe nicht in Erinnerung - das gilt speziell für die FDP, in Teilen aber auch für die CDU -, dass Sie mehr Kontrollen gefordert hätten. Vielmehr haben Sie immer und immer wieder weniger Kontrollen gefordert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deshalb mein ausdrückliches Kompliment an Landwirtschaftsminister Meyer. Es war richtig, Herr Meyer, wie Sie im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher in Niedersachsen gehandelt haben.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Siebels. - Herr Kollege Dammann-Tamke, ich habe Ihre Wortmeldung

gesehen. Herr Siebels hatte aber signalisiert, dass er keine Zwischenfragen zulässt.

Nun hat das Wort für die Landesregierung Herr Landwirtschaftsminister Meyer.

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Siebels hat recht. Niedersachsen hat im Skandal um mit Insektengift belastete Eier im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher vorbildlich gehandelt. Ende Juli, Anfang August, als der Bundesminister noch von einem regionalen Geschehen sprach, hat Niedersachsen als einziges Bundesland umfangreiche Beprobungen vorgenommen. Dafür danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landkreise, die das vor Ort machen, dem LAVES und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums sehr, sehr herzlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich danke übrigens auch den Landwirten, der Wirtschaft und dem Handel. Sie wissen, dass der Erste, der sich selbst gemeldet hat, ein Landwirt war. Da ist schon zu einem Zeitpunkt im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher aktiv gehandelt worden, als der Bundesminister noch herumdiskutiert hat.

Wir haben nicht nur die vom Bund mitgeteilten Verdachtsbetriebe kontrolliert und gesperrt, sondern wir haben auch die Öffentlichkeit sowie die Verbraucherinnen und Verbraucher regelmäßig informiert. Das haben Sie ja zitiert, Herr Kollege Dammann-Tamke.

Jetzt haben Sie ja - ich weiß nicht, ob die Informationen vom Praktikanten oder aus der Kampagnenabteilung des Bundesministeriums kommen - drei neue Behauptungen dahin gehend aufgestellt, wo das Land Falschaussagen getroffen haben soll. Noch einmal: Auf Fipronil wurde bei Eiern nicht untersucht. - Das, was Sie zitiert haben, war das, was wir schon im Ausschuss gesagt haben. Das waren Fipronil-Proben bei Gemüse - das hat mir mein Fachreferat gerade mitgeteilt - und bei anderen Lebensmitteln.

(Zuruf von Helmut Dammann-Tamke [CDU])

Diese Proben wurden vorgenommen, weil dieser Stoff, wie Sie wissen, in der Landwirtschaft bis 2013/2014 zugelassen war.

Ich stelle noch einmal fest: Niedersachsen hat Ende Juli/Anfang August als erstes Bundesland diese Rückstandsproben untersucht. Wenn Sie mir nicht glauben, kann ich aus einem Schreiben des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz vom 14. August zitieren. Darin schreibt die Präsidentin an alle Bundesländer: Sehr geehrte Kollegen! Im Rahmen des Rückstandskontrollplans bitte ich Sie aus aktuellem Anlass um Prüfung, ob die Möglichkeit besteht, noch in 2017 Proben von Eiern und Geflügelfleisch im Rahmen des NRKP 2017 auf Fipronil zu untersuchen. - Also: Wir machen das schon seit Wochen. Und Montag - der Brief des Bundesministers ist übrigens erst heute bei mir per Post eingegangen - hat sie angefangen, die Länder zu bitten, einmal zu gucken, ob es noch Rückstandsproben gibt. Von daher ist das, was Sie hier abziehen, lächerlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Minister Meyer, Herr Kollege Dammann-Tamke bittet darum, eine Zwischenfrage stellen zu dürfen.

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Eine!

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Bitte, Herr Kollege!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Wir haben ja morgen Fragestunde.

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Zwei Dinge dazu. Herr Minister, ist der Vorwurf des Bundesministers richtig, dass Niedersachsen dem Lagezentrum des Bundes erst am vergangenen Freitag mehr als eine Handvoll Daten in Bezug auf die Fipronil-Problematik übermittelt hat, sodass dem Bundesminister und dem Lagezentrum angesichts der Bedeutung Niedersachsens im Bereich der Eier- und Lebensmittelproduktion die Hände gebunden waren und sie in der Öffentlichkeit nicht mit objektiven Zahlen arbeiten konnten, weshalb Sie heute wieder die Medien beherrschen, weil Sie sagen, es sind 35 Millionen Eier. Morgen sind es vielleicht 40 Millionen Eier. Fakt ist: Niedersachsen

hat bis Freitag vergangener Woche keine Zahlen geliefert. Ist das richtig oder nicht?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Herr Minister!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Auch das ist falsch. Ich könnte jetzt sogar den Brief des Bundesministers zitieren. Er schreibt, glaube ich, er habe am 2. oder 3. August Meldungen aus Niedersachsen bekommen. Ich könnte an dieser Stelle auch das BfR, die Bundesbehörde, zitieren. In einem ihrer Schreiben steht, dass zur Risikobewertung alle Ergebnisse aus Niedersachsen vorlägen, aber aus keinem anderen Bundesland. Wir haben nämlich unverzüglich alle Befunde gemeldet. Es gab eine Absprache im Rahmen von Telefonkonferenzen. Ich selbst habe den Minister unterrichtet. Wenn man nichts findet, muss man es auch nicht melden. Was soll ich melden außer null?

Ich habe jetzt zur Kenntnis genommen, dass der Bundesminister - obwohl er meine Ergebnisse am Folgetag nach der Telefonkonferenz in der Öffentlichkeit präsentiert hat - auch die Null-Ergebnisse haben möchte. Auch die kann er gerne kriegen. Das sind übrigens diejenigen Proben, die wir veranlasst haben. Am 4. August habe ich einen Erlass an die Kreise herausgegeben, damit bei Aktivbetrieben zusätzlich B-Proben entnommen werden. Das waren u. a. diese 280 bzw. 290 Ergebnisse von Proben, die wir Ihnen im Ausschuss mitgeteilt haben. Alle diese Proben waren negativ. Die B-Probe, von der ich eben sprach und die der Bundesminister hat, ist ja vor meinem Erlass erhoben worden. Am 3. August haben wir die Kontrollnummer des Betriebes veröffentlicht und auch den Befund an den Bund unverzüglich gemeldet. Also ist auch dieser Vorwurf Ihrerseits völlig absurd.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir haben nämlich nach „Aflatoxin“ und „Pferdefleisch“ gehandelt und beim LAVES eine Task Force eingerichtet. Wir haben den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher auf ein hohes Niveau gehoben. - Herr Kollege Grupe, wir teilen ja die Einschätzung vom Bundeslandwirtschaftsminister. Ich stelle aber noch einmal klar: Ich habe kein Pferdefleisch in die Lasagne hineingepackt. Dies als Meyer-Skandal zu kritisieren, finde ich wirklich - - -

(Beifall bei den GRÜNEN - Anja Piel [GRÜNE]: Unerhört! Abenteuerlich!)

Ich verwurste keine Pferde, und ich tue das auch nicht in die Lasagne. Das war übrigens ein bundesweiter, ein europaweiter Skandal, aus dem man Konsequenzen ziehen musste.

Als wir am 3. August die Probenergebnisse aus den vielen niedersächsischen Legehennenbetrieben hatten, haben wir diese dem Bund umgehend gemeldet. In der Meldung - ich habe sie mir noch einmal angeguckt - steht auch: Untersuchungszeitraum 31. Juli bis 1. August, Befund 3. August. Der Bundesminister hätte also wissen können, dass wir im Mai noch keine Ergebnisse vorliegen hatten.

Was die Transparenz angeht: Wir haben hart dafür gekämpft, dass wir die Verbraucher über die Eiercodes informieren. Der Bundesminister sagte: Es gibt keine Gesundheitsgefahr. Ihr dürft die Eiercodes niederländischer und niedersächsischer Betriebe nicht veröffentlichen. - Das hat Niedersachsen trotzdem gemacht. Von daher ist die Abwiegelungsstrategie des Bundesministers gescheitert.

Der Skandal ist größer als gedacht. Seine Zahl von 10 Millionen Eiern ist falsch. Meine Leute haben mir heute Morgen den Stand vom 14. August aufgeschrieben: Nach amtlicher Kenntnis sind allein 35,3 Millionen belastete Eier nach Niedersachsen geliefert worden. - Der Bundesminister redet immer noch von 10 Millionen. Ich kann ihm gerne die Listen schicken. Da steht genau drauf, was es ist. Wenn er sich selber nicht aus dem Schnellwarnsystem herauszieht - - -

Wir haben es hier mit einem kriminellen Geschehen zu tun, bei dem die Landwirte unschuldig sind. Wir haben es aber auch mit dem Versagen eines Bundeslandwirtschaftsministers zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich stelle mich vor unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die haben rechtzeitig gehandelt. Die haben es rechtzeitig gemeldet. Ich danke deshalb auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Landkreisen, im LAVES und im Ministerium, die diesen Skandal aufklären.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister Meyer. - Herr Kollege Dammann-Tamke hat um zusätzliche Redezeit nach § 71 Abs. 3 gebeten. Sie erhalten anderthalb Minuten.

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Minister, ich hätte erstens von einem verantwortungsbewussten Minister in Niedersachsen erwartet, dass er heute zugibt, dass durch die Analyse der Rückstellprobe, die Sie uns im Ausschuss verschwiegen haben, der Beweis geführt wurde,

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Oh nein!)

dass in dem Zeitraum von Mitte Mai bis Ende Juli über 8 Millionen Eier Fipronil-belastet aus niedersächsischen Legehennenbetrieben auf den Markt gekommen sind, davon 1,3 Millionen Bioeier, und dass auch Sie als Verbraucherschutzminister Niedersachsens das nicht haben verhindern können. Das wäre ehrlich und politisch verantwortungsbewusst gewesen.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Sie können es nicht verstehen!)

Zweitens. Sie können diese Diskrepanz zwischen dem, was wir aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium und aus Ihrem Munde hören, gerne im Nachgang aufklären. Nach meinen Informationen hat Niedersachsen bis vorige Woche Freitag einen Datensatz in das Lagezentrum des Bundes geliefert, der nicht einmal einer Handvoll entsprach. Die Datenlage aus Niedersachsen, dem Eierzeugungsland Nummer eins in Deutschland, war bis vergangene Woche Freitag unzureichend. Sie haben hier Ihr persönliches politisches Spiel getrieben.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Glauben Sie alles, was Herr Schmidt Ihnen erzählt? Sie sind doch sonst nicht naiv!)

Drittens: Sind Sie bereit, mit mir einen kurzen Blick auf die Homepage des BVL zu werfen? Dann werden Sie sehen, dass ausweislich der Homepage des BVL Ihre Aussage im Ausschuss, dass Eier auch in der Vergangenheit nie auf Fipronil untersucht wurden, unwahr ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Dammann-Tamke. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, sodass ich jetzt die Aktuelle Stunde schließen kann.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 3:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (Nachtragshaushaltsgesetz 2017) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/8535 neu - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/8553 - Schriftlicher Bericht - Drs. 17/8572

Die Empfehlung des Ausschusses geht dahin, den Gesetzentwurf dem Wortlaut nach unverändert anzunehmen.

Wie Sie wissen, hat der Ausschuss jedoch Änderungen zum Einzelplan 13 empfohlen, die sich auf den Gesamtplan auswirken. Diese in der Beschlussempfehlung genannten Änderungen sind aus den Anlagen 2 und 1 zu Artikel 1 des Gesetzes ersichtlich.

Ich eröffne die allgemeine Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Oesterhelweg das Wort. Sie haben das Wort. Bitte!

Frank Oesterhelweg (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir debattieren heute im Rahmen der Nachtragshaushaltsberatungen über finanzielle Soforthilfen, über Maßnahmen zur Schadensbeseitigung an der kommunalen Infrastruktur und über Erstattungen gemäß unserem Katastrophenschutzgesetz. Wir beschließen heute sicher in großer Übereinstimmung - und das ist gut so - Hilfen für die Opfer des Hochwassers in weiten Teilen unseres Landes.

Meine Damen und Herren, wir Niedersachsen kennen Hochwasserereignisse. Sie haben hier eine lange Geschichte, und es gibt viele, viele Beispiele dafür.

Das jüngste Hochwasser mit Schwerpunkten in den Landkreisen Goslar, Wolfenbüttel und Hildesheim hat Dimensionen angenommen, die im negativen Sinne rekordverdächtig sind. Deswegen möchte ich zu Beginn meiner Ausführungen ein

ganz herzliches Dankeschön an alle richten, die geholfen haben.

(Beifall)

Ich richte meinen Dank an Feuerwehren und THW, an DRK und andere Rettungs- und Hilfsdienste, an - das muss auch einmal gesagt werden - Verwaltungen und Bauhöfe, an Katastrophenschutzstäbe, Polizei, Militär, Reservisten und viele andere. Ich will es aber ausdrücklich sagen, weil es dazugehört: Ich möchte mich auch für die gute Arbeit beispielsweise der Harzwasserwerke beim Talsperrenmanagement und beim NLWKN bedanken.

(Beifall)

Ganz wichtig ist auch: Ein herzliches Dankeschön gilt den vielen Freiwilligen, die mehrere Tage lang für ihre Mitmenschen gearbeitet haben.

(Beifall)

Der Dank gilt - auch das ist ein wichtiger Punkt - auch den Arbeitgebern, die ohne zu zögern und ohne zu murren ihre Leute freigestellt haben. Auch das ist nicht selbstverständlich, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Es waren mehrtägige, kräftezehrende Einsätze. Als Feuerwehrmann - Herr Bachmann wird das sicherlich bestätigen - weiß man, wie es ist, wenn man mehrfach rund um die Uhr im Einsatz ist. Das war eine besondere Leistung. Es waren gerade auch - ich weiß aus dem eigenen Umfeld, wovon ich rede - viele, viele junge Menschen dabei, die Enormes geleistet haben. Sie alle haben geholfen, Menschen und deren Hab und Gut zu schützen. Danke dafür!

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD, bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, trotz aller Anstrengungen konnten nicht alle geschützt werden. Viele Menschen, deren Häuser oder Betriebe unter Wasser standen, stehen vor dem Ruin. Versicherungen greifen nicht; zum Teil konnten gar keine abgeschlossen werden. Sie alle brauchen unsere Hilfe.

Ich habe gerade am Montag mit jemandem aus Dorstadt gesprochen - ein kleines Dörfchen an der Oker -, dem ein Schaden von 40 000 bis 50 000 Euro entstanden ist. Ich habe mit Vereinsvertretern gesprochen, deren Gelände im wahrsten

Sinne des Wortes - Entschuldigung, Frau Präsidentin! - abgesoffen ist. Und ich habe mit Kommunalpolitikern, beispielsweise aus Wolfenbüttel, gesprochen, die 2 Millionen Euro aufbringen müssen, um die große Schule dort wieder zu sanieren. Die Schäden, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind enorm.

Hier kommt die Politik ins Spiel. Morgen werden wir über den CDU-Antrag zu Verbesserungen beim Hochwasserschutz diskutieren. Da ist viel zu tun.

Heute geht es um finanzielle Hilfen für die Opfer. Beides, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist allemal wichtiger als werbewirksame Auftritte von Promis gemeinsam mit Wahlbewerbern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ausgangslage dieser Beratungen waren 25 Millionen Euro für eine Soforthilfe. Angesichts unübersichtlicher Situationen vor Ort will ich nicht kritisieren, dass diese Summe so niedrig angesetzt worden ist. Das konnte man damals vielleicht nicht überblicken. Wir als Abgeordnete, die wir auch vor Ort, am Ort des Geschehens leben, haben recht schnell erkannt, dass dieser Betrag nicht reicht, um eine angemessene Unterstützung zu gewährleisten. Wir haben uns intensiv umgeschaut, mit den Menschen gesprochen - ohne große mediale Begleitung -: Rudolf Götz beispielsweise bei sich zu Hause in Seesen, Klaus Krumfuß in Alfeld, Gabi Kohlenberg in der Region Hannover, Heidi Mundlos in Braunschweig und ich im Landkreis Wolfenbüttel. Ich musste gar nicht ganz weit raus, um mir Hochwasserschäden anzugucken.

Und ich freue mich, dass Sie die Vorschläge der Union und auch von Herrn Dr. Althusmann aufnehmen, diese Summe von 25 Millionen Euro deutlich aufzustocken. Es ist gut, dass auch die amtierende Regierung und die die Regierung tragenden Fraktionen das erkannt haben. Wir wollen und werden heute gemeinsam 50 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Ich bin froh, dass wir dies auch angesichts des politischen Umbruchs hier im Lande hinbekommen. Es ist auch unsere Pflicht, das hinzubekommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Die Frage ist: Reichen 50 Millionen Euro? Reichen die kalkulierten Reserven? Ich will es deutlich sagen: Eventuell müssen wir - das dann hoffentlich auch einmütig - uns noch einmal zusammensetzen und nachlegen. Die Soforthilfen werden schnell auf den Weg gebracht - das wurde mir gerade bestä-

tigt -: für Erwachsene 500 Euro, für Kinder 250 Euro; für einen Haushalt mindestens 1 000 und maximal 2 500 Euro. Das ist alles gut und in Ordnung. Aber wir brauchen auch für die kommunalen Unterstützungsmaßnahmen und das, was wir jetzt auf den Weg bringen, schnelle, überschaubare, einfache und unbürokratische Regelungen und Ausführungsbestimmungen. Sie müssen heute, wenn wir den Beschluss gefasst haben, auf dem Tisch liegen.

Wir könnten fast jeden niedersächsischen Spitzenpolitiker, der sich zu diesem Thema geäußert hat, zitieren mit der Bemerkung, es müsse schnell und unbürokratisch geholfen werden. - Meine Damen und Herren, daran werden übrigens wir alle gemessen werden.

Ich möchte an dieser Stelle - das habe ich vorhin bewusst nicht erwähnt, weil es zum finanziellen Teil gehört - auch Danke sagen für die kommunalen Spendenaktionen, die wirklich flott unterwegs waren. Ich erinnere daran, was das DRK geleistet hat, und daran, was eine Stiftung, die in Wolfenbüttel ansässig ist - ich darf sie ruhig nennen -, die Curt Mast Jägermeister Stiftung auf den Weg gebracht hat: 1 000 Euro für jeden Haushalt. All das, meine Damen und Herren, ist nicht selbstverständlich. Und es gehört sich, sich als Vertreter dieses Landes auch dafür zu bedanken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP sowie Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Hochwasser hat viele Menschen im Lande hart getroffen. Ihnen zu helfen, ist unsere besondere Verpflichtung. Das tun wir heute gemeinsam. Dafür und auch für Ihre Aufmerksamkeit bedanke ich mich herzlich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Oesterhelweg. - Für die SPD-Fraktion hat nun das Wort Frau Kollegin Geuter. Bitte!

Renate Geuter (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Menschen, vor allem im Süden und Südosten unseres Landes, die durch die Hochwasserereignisse im Juli dieses Jahres betroffen sind, verdienen unsere volle Hilfe und Unterstützung, die wir heute auf den Weg bringen wollen.

Dem Dank meines Vorredners an alle, die in dieser schwierigen Situation - seien es Personen oder Institutionen - geholfen haben, schließe ich mich gerne an.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In einem ersten Schritt hat die Landesregierung für eine unbürokratische Soforthilfe daher einen Nachtragshaushaltsplanentwurf für 2017/2018 auf den Weg gebracht. Dieser beinhaltet eine haushaltsrechtliche Ermächtigung für die Gewährung von finanziellen Soforthilfen aus Landesmitteln zur Minderung von akuten Notlagen sowohl für Privatpersonen als auch für die Beseitigung von Schäden bei der kommunalen Infrastruktur und auch für gewerbliche und land- und forstwirtschaftliche Betriebe.

Ich möchte mich bei den Vertretern aller Fraktionen bedanken, die sich bereiterklärt haben, den Verfahrensablauf so zu beschleunigen, dass wir heute dieses Gesetz auf den Weg bringen und damit die Voraussetzungen für eine schnelle und unbürokratische Auszahlung der Soforthilfe schaffen können. Ich denke, das zeigt auch das Verantwortungsbewusstsein bei diesem Thema.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dabei sind wir uns darüber einig - die Landesregierung hat das auch bereits angekündigt -, dass diesem ersten Schritt der Soforthilfe weitere Schritte folgen müssen. Das gilt dann nicht mehr nur für den Bereich der Beseitigung der jetzt entstandenen Schäden. Es ist generell zu überlegen, wie wir mit dem Schutz vor Hochwasser bei extremen Wetterlagen in immer kürzeren Abständen zukünftig umgehen, und auch, welche weiteren Maßnahmen für den vorbeugenden Hochwasserschutz zukünftig sinnvoll und notwendig sind.

Bei der Ermittlung der notwendigen Kosten für die Soforthilfe hat sich die Landesregierung an den Summen orientiert, die bei der Soforthilfe im Rahmen des Elbehochwassers vor wenigen Jahren zur Auszahlung gekommen sind, und natürlich auch daran, in welcher Größenordnung Mittel in diesem Jahr noch kassenwirksam abfließen können.

Bei der Ermittlung der für die Soforthilfe benötigten Gelder hat sich herausgestellt, dass die ursprünglich geplante Größenordnung noch einmal angepasst werden musste. Auch in diesem Fall bin ich allen Fraktionen sehr dankbar, dass sie im Haushaltsausschuss *unserem* Antrag zugestimmt ha-

ben, den Betrag der Soforthilfe auf 50 Millionen Euro aufzustocken. Ich habe zwar in der Presse und auch heute noch einmal den Versuch gehört, eine andere Version darzustellen; aber ein Blick in das Protokoll über die Sitzung des Haushaltsausschusses kann da zur Wahrheitsfindung beitragen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von Reinhold Hilbers [CDU] und Frank Oesterhelweg [CDU])

- Sie kommen doch noch zu Wort!

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Frau Kollegin Geuter! - Herr Kollege Hilbers, Herr Kollege Oesterhelweg, Sie haben noch Restredezeit, sodass Sie die Möglichkeit haben, das hier vorne zu machen.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Wenn Frau Geuter so weitermacht - -)

- Herr Kollege Hilbers, ich lasse keine weiteren Störungen zu!

Bitte, Frau Kollegin!

Renate Geuter (SPD):

Gegenfinanzieren können wir diese Ausgaben, weil wir noch Luft bei den Zinsausgaben in der jetzt benötigten Größenordnung für die Soforthilfe haben, wie der aktuelle Mittelabfluss zeigt.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, diese Möglichkeit hätten wir in dieser Größenordnung nicht gehabt, wenn wir im vergangenen Jahr Ihren Haushaltsanträgen gefolgt wären; denn Sie hatten den Zinstitel ja schon als Gegenfinanzierung für andere konsumtive Ausgaben vorgesehen.

An diesem Beispiel zeigt sich wieder einmal, dass sich unsere Politik der vorsichtigen Haushaltsführung bewährt hat, weil sie es uns jetzt erlaubt, auf unvorhersehbare akute Notlagen einzugehen. Das, meine Damen und Herren von CDU und FDP, ist solide und seriöse Haushaltsführung, nicht aber die von Ihnen gewählte Taktik der Inflation einer Vielzahl sich teilweise widersprechender Haushaltsanträge.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich darf in diesem Zusammenhang noch daran erinnern, dass diese Landesregierung in Absprache mit dem Bundesfi-

nanzministerium zeitnah auch steuerliche Erleichterungen für die Betroffenen auf den Weg gebracht hat. Meine Damen und Herren, ich bin sehr froh, dass wir heute auch unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen im Ergebnis zumindest diese Soforthilfe für die Hochwasseropfer auf den Weg bringen können, und danke allen, die dazu beigetragen haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin Geuter. - Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Dr. Hocker.

Dr. Gero Hocker (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion ist sich darüber einig, dass sie in den kommenden Wochen bis zum 15. Oktober von Fall zu Fall entscheiden wird, welche Initiativen wir von Ihrer Seite unterstützen werden und welche wir nicht unterstützen werden.

Ich sage Ihnen ganz ausdrücklich - ich kann es nicht beweisen, aber ich bin mir sehr sicher -, dass sich Rot und Grün anders verhalten würden, wenn sie unverhofft zu einer Mehrheit in diesem Parlament gekommen wären. Ich behaupte, dass das August-Plenum und das September-Plenum bei diesen Voraussetzungen nicht kürzer, sondern eher länger würden, weil Sie versuchen würden, noch schnell Fakten zu schaffen und schnell Verabschiedungen zu erreichen.

Ich bin froh und stolz darüber, dass meine Fraktion in diesem hohen Hause eine andere Haltung hat und zunächst einmal den obersten Souverän, den Wähler, sprechen lässt, bevor wir unsere Vorstellungen tatsächlich 1 :1 umsetzen.

(Zustimmung von der FDP - Gerd Ludwig Will [SPD]: Das wäre gut!)

Natürlich finden Sie keine Unterstützung für Vorhaben wie - der Umweltminister hat da ja ganz dezent vorgefühlt - das Klimaschutzgesetz, weil wir davon überzeugt sind, dass die Menschen in Niedersachsen und das Land darunter leiden würden. Aber wenn es um diesen Nachtragshaushalt geht, der richtig und notwendig ist, bekommen Sie natürlich die Unterstützung der Freien Demokraten in diesem Hohen Hause.

Meine Damen und Herren, es wird darauf ankommen, dass tatsächlich passiert, worauf man sich eigentlich verständigt hat, nämlich dass die Gelder

unbürokratisch und schnell zur Auszahlung kommen. Sie haben sich in den letzten viereinhalb Jahren, verehrter Herr Minister Wenzel, nun wirklich nicht damit hervorgetan, Bürokratie abzuschaffen und unbürokratische Regelungen zu schaffen. Es darf nicht sein, dass Geschädigte den dritten Durchschlag der vierten Kopie der siebten Inventarliste vorlegen müssen, damit es tatsächlich zur Bewilligung und zur Auszahlung der Gelder kommt. Daran werden Sie sich messen lassen müssen, mein sehr verehrter Herr Minister Wenzel.

Der Umwelthaushalt, der Einzelplan 15, ist traditionell - da muss ich jetzt etwas Wasser in den Wein bei dieser gemeinsam getragenen Beschlussempfehlung gießen -

(Helge Limburg [GRÜNE]: Wasser in Wein? Bei dieser Debatte? Ich weiß nicht!)

ein eher kleinerer Haushalt. Das ist seit vielen Jahren, seit Jahrzehnten, Konsens in diesem Hohen Hause. Konsens ist übrigens auch, dass der Bereich Hochwasserschutz und Küstenschutz innerhalb dieses Etats einen Löwenanteil ausmacht. Wenn man sich anguckt, dass in den letzten viereinhalb Jahren innerhalb dieses Umwelthaushaltes immer wieder Mittel für rot-grüne Lieblingsprojekte abgezweigt worden sind, dann ist das in dieser Situation tatsächlich auch Kritik wert.

Sehr geehrter Herr Minister Wenzel, Sie sind davon überzeugt gewesen und haben das auch hier immer wieder erklärt, dass die Einrichtung Ihrer Klimaschutzagenturen dazu führt, dass Extremwetterereignisse in der Zukunft gemildert ausfallen. Jetzt müssen Sie sich eines anderen belehren lassen. Ihre Klimaschutzagenturen haben nicht *einen* Beitrag dazu geleistet, dass irgendein Extremwetterereignis der letzten Tage und Wochen auch nur etwas abgemildert ausgefallen wäre. Ich sage Ihnen: Die 9 Millionen Euro, die Sie in den vergangenen Jahren in Klimaschutzagenturen investiert haben, wären besser aufgehoben gewesen, wenn Sie endlich die Deiche, die bei den Hochwasserereignissen 2013/2014 in Mitleidenschaft gezogen worden sind, wieder instand gesetzt hätten, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP)

In Lüchow-Dannenberg, in Amt Neuhaus und in Neu Darchau sind Abschnitte immer noch nicht wieder instand gesetzt worden. Das wäre eine gute Verwendung für die 9 Millionen Euro gewesen, die

Sie in den letzten Jahren für Klimaschutzagenturen aus dem Fenster geworfen haben, sehr geehrter Herr Minister Wenzel.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage Ihnen eines, meine sehr verehrten Damen und Herren: Der gegenwärtige Absturz der niedersächsischen Grünen in den Umfragen hat nicht allein mit dem Namen Elke Twesten zu tun, sondern er ist auch das Ergebnis davon, dass Sie in den letzten viereinhalb Jahren immer die Ideologie über pragmatische Lösungen gestellt haben. Das rächt sich jetzt in dieser Zeit.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Das werden wir noch erleben!)

Man muss sich auch die Frage gefallen lassen, ob dieser Nachtragshaushalt, den wir heute hier wahrscheinlich einstimmig verabschieden, überhaupt nötig gewesen wäre, wenn Sie sich in der Vergangenheit ein bisschen mehr um die Sorgen der Menschen vor Ort gekümmert hätten. Herr Minister Wenzel, wir brauchen keine Klimaschutzagenturen, stattdessen wäre dieses Geld besser in Hochwasserschutz und in Küstenschutz investiert gewesen. Machen Sie Ihre Hausaufgaben, dann sind Nachtragshaushalte wie dieser gar nicht notwendig!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Lynack das Wort. Herr Kollege, Sie haben noch fünf Minuten.

Bernd Lynack (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Kollegin Geuter hat gerade schon zu den technisch haushaltsrelevanten Punkten Stellung genommen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und noch einmal allgemein auf die Soforthilfe eingehen, insbesondere aus der Sicht eines Abgeordneten aus einem betroffenen Wahlkreis. Ich spreche an dieser Stelle ebenso für meine Kollegin Petra Emerich-Kopatsch und für meine Kollegen Alexander Saipa, Markus Brinkmann und Marcus Bosse, die ebenfalls von diesem Hochwasser in ihren Wahlkreisen sehr stark betroffen gewesen sind.

In der letzten Juliwoche hat es in vielen Regionen unseres Landes - das haben wir in den unterschiedlichen Reden eben schon gehört - schon wieder ein Jahrhunderthochwasser gegeben. Die Pegelstände in Goslar, Bad Harzburg, Wolfenbüttel und auch bei mir zu Hause in der Stadt und im Landkreis Hildesheim sind innerhalb kürzester Zeit auf Rekordniveaus angestiegen. Tausende Einsatzkräfte von Feuerwehren, Polizei und weiteren Hilfsorganisationen waren Tag und Nacht - teils bis zur inneren Erschöpfung - im Einsatz. Hinzu kamen unzählige freiwillige Helferinnen und Helfer, Einzelpersonen, ja sogar ganze Vereine - wie bei mir zu Hause in Hildesheim die komplette Fußball-Bundesligamannschaft der Hildesheim Invaders -, die Tage und Nächte Sandsäcke gefüllt und geschleppt haben, um Schlimmeres zu verhindern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war ganz, ganz großes Kino! Es macht mich stolz und dankbar, in einer Gesellschaft zu leben, die zusammenhält, wenn es darauf ankommt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deshalb sage ich - ich denke, nicht nur im Namen meiner Fraktion, sondern im Namen von uns allen - ganz herzlich Danke an alle diejenigen, die geholfen haben - egal, ob bei der Feuerwehr, in den Hilfsorganisationen oder einfach nur als Nachbarin oder Nachbar. Diese Hilfe war wichtig, richtig und einfach großartig!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem das Hochwasser abgeflossen ist, die Schäden deutlich sichtbar werden, viele Menschen vor den Scherben ihrer Existenz stehen und viele Kommunen Teile ihrer Infrastruktur verloren haben, ist es richtig und wichtig, dass wir mit diesem Nachtragshaushalt, den wir hier heute gemeinsam beschließen wollen, schnell und unbürokratisch helfen.

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, es war ein wichtiges Zeichen an die Betroffenen, aber auch an die vielen Helferinnen und Helfer, dass sich die Mitglieder des Kabinetts - allen voran unser Ministerpräsident Stephan Weil - von Anfang an ein Bild von der Lage in den betroffenen Gebieten gemacht haben, um auf dieser Grundlage die Weichen für dieses Hilfspaket stellen zu können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Genauso wichtig ist aber auch das Signal, dass sich die Menschen unabhängig von der - sagen wir mal - etwas turbulenteren Lage mit den Mehrheitsverhältnissen bei uns im Landtag auf uns verlassen können. Dafür, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ein ganz, ganz herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nicht nur als Wahlkreisabgeordneter der Stadt Hildesheim bin ich froh, dass eine Klärung zur Übernahme der Schäden am Kulturcampus der Universität Hildesheim erreicht werden konnte. Die Kosten zur Beseitigung aller Schäden, die das Hochwasser verursacht hat, werden übernommen. Zu dieser Verantwortung steht das Land gegenüber den Studierenden und der Uni. Auch dafür ein herzliches Dankeschön, auch an Frau Ministerin Heinen-Kljajić, dass sie sich sofort - noch während des Hochwassers - ein Bild von der Lage gemacht hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Ereignisse des Julihochwassers müssen in den kommenden Wochen und Monaten vor Ort und natürlich auch hier im Landtag politisch bewertet werden. Erlauben Sie mir dazu zum Schluss noch drei ganz kurze Anmerkungen.

Erstens. Bei der Berechnung der Schutzmaßnahmen müssen in Zukunft sicherlich andere Maßstäbe als ein 100-jährliches Hochwasser angelegt werden.

Zweitens. Zwischen Bund, Ländern und Kommunen müssen verbindliche Regelungen für die Investitionen vereinbart werden, die wir vor dem Hintergrund der aus den Hochwassern gezogenen Lehren zu tätigen haben.

Drittens. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bei allem Lob für unsere Feuerwehren, Hilfsorganisationen und Einsatzkräfte müssen wir auf allen politischen Ebenen für eine ausreichende Ausstattung sorgen, die es den oft vielen Helferinnen und Helfern erleichtert, nicht nur uns bestmöglich zu schützen, sondern auch selbst unversehrt von den oft sehr gefährlichen Einsätzen zurückzukommen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Lynack. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält nun das Wort Herr Kollege Heere. Bitte!

Gerald Heere (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute den Haushaltsnachtrag für eine Soforthilfe für die vom Julihochwasser betroffenen Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen. Wir haben hohe Schäden durch die Dauerniederschläge zu verzeichnen, die wir auch hier in der Region und auch in Braunschweig, woher ich komme, gespürt haben, insbesondere aber auch im Harz, im Harzvorland, in Hildesheim und in Wolfenbüttel. Wir haben - das ist eben schon in mehreren Reden gesagt worden - eine vorbildliche Hilfsbereitschaft bei Freiwilligen aus der Bevölkerung und große Anstrengungen bei den Feuerwehren, beim THW, bei der Polizei usw. Ihnen allen auch von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein großer Dank für diese Leistung!

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Die Landesregierung hat schnell reagiert und eine finanzielle Soforthilfe eingebracht. Im Ausschuss hat Umweltminister Stefan Wenzel detaillierte Berechnungen über die notwendige Höhe dieser Hilfsmittel vorgetragen und einen Mindestbedarf von 45 Millionen Euro errechnet. Ich freue mich, dass wir dort gemeinsam entschieden haben, diese Mittel auf 50 Millionen Euro zu erhöhen, um einen ausreichenden Puffer zur Verfügung zu haben. Die rot-grüne Landesregierung als Einbringende und wir als gesamtes Parlament zeigen damit Handlungsfähigkeit auch in schwierigen Zeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Die Zahl der Hochwasserereignisse ist spätestens seit der Jahrtausendwende deutlich angestiegen. Wir haben zu verzeichnen ein Elbe- und Donauhochwasser 2002 - bezeichnet als Jahrhundertereignis, Schäden in Europa in Höhe von 15 Milliarden Euro -, ein Alpen- und in der Folge ein Donauhochwasser 2005 - auch ein Jahrhunderthochwasser, Schäden in Europa in Höhe von 3 Milliarden Euro -, ein Elbehochwasser im Jahr 2006 - ein 100-jährliches Ereignis -, ein Donauhochwasser 2009, die Oderflut 2010, das Elbhochwasser 2011 und dann das große Elbe- und Donauhochwasser

2013, ein 500-jährliches Ereignis mit Schäden in Europa von über 12 Milliarden Euro. Es geht weiter: extreme Starkregen mit Überflutungen in Süddeutschland 2016 und nun Harz und Harzvorland im Jahr 2017.

In 15 Jahren neun großflächige Hochwasserereignisse in Deutschland, davon vier mit 100-jährlichem Charakter und Schäden von weit über 30 Milliarden Euro. Wenn vier 100-jährliche Hochwasser in nur 15 Jahren stattfinden, dann kann das nicht normal sein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nein, wir haben hier eindeutig die Auswirkungen des Klimawandels vor Augen. Wissenschaftler sagen das, ebenso die Rückversicherer.

(Zuruf von Dr. Gero Hocker [FDP])

- Herr Hocker, ich habe gewusst, dass Sie an der Stelle dazwischenrufen. Ich glaube, wenn gerade Sie mit Ihren Kenntnissen aus der Versicherungsbranche auf diese Daten schauen, sollten Sie zur Kenntnis nehmen, dass die Rückversicherer ganz eindeutig der klaren Auffassung sind, dass die Auswirkungen des Klimawandels sind. Wir müssen dagegen anarbeiten!

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Gero Hocker [FDP]: Es geht um den Einfluss einer Klimaschutzagentur auf das Hochwasser! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Sie alle mahnen uns zu mehr Anstrengungen beim Klimaschutz. Wir Grüne stehen dafür, das 1,5-Grad-Klimaziel aus Paris umzusetzen. Diese rot-grüne Landesregierung handelt danach. Das ist ein sehr wichtiger Beitrag.

Dazu gehört natürlich auch die Anpassung an den Klimawandel: Hier reden wir - auch das ist hier schon vorgetragen worden - über Deichbau und Hochwasserschutz im Binnenland. Herr Hocker, die pauschalen Vorwürfe, wir hätten hierbei Mittel abgezockt, stimmen nicht.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Da bin ich aber gespannt!)

Man muss diese Situation bitte differenziert betrachten, weil sich auch die „Töpfe“ verändert haben.

2014 hat z. B. die Bundesregierung die auf Niedersachsen entfallenen GAK-Mittel zum Hochwasserschutz um 2 Millionen Euro gekürzt. Wer hat für

diese Kürzung gesorgt? - Die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung.

In der Folge haben wir dann selber die außerhalb der GAK laufenden Landesmittel - also eigene Mittel - auf inzwischen 1,6 Millionen Euro erhöht.

Aktuelle Planungen sehen auch deutlich größere Mittelanteile aus ELER vor, als das unter Ihrer Regierung noch der Fall war - inzwischen 10 Millionen Euro im Jahr, bei Ihnen waren es noch 3 Millionen Euro.

Die Gesamtbilanz: Sie haben 2011 25 Millionen Euro für Hochwasserschutz eingesetzt, 2012 waren es 18 Millionen Euro. Wir geben 2017 23 Millionen Euro aus. Wir liegen also in der gleichen Größenordnung. Ihre Behauptungen, hier sei abgezwickelt worden, entsprechen einfach nicht der Wahrheit!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darüber hinaus unterstützen wir die Renaturierung von Flüssen, u. a. um bei Hochwassergefahren mehr Platz zu schaffen. Wir unterstützen mit Fördermitteln übergeordnete Planungen für ganze Flusssysteme, die die Kommunen beantragen können. In diesem Kontext haben wir auch die Aufwertung des Zweckverbands Großraum Braunschweig genutzt, um ihm die Aufgabe des regionalen Hochwasserschutzes zu geben. Und wer hat dagegen gestimmt? - Die CDU! So viel zu Ihrer Verantwortung.

Natürlich kann man beim Hochwasserschutz mehr machen, und wir Grüne treten auch dafür an, das zu tun. Aber Ihre pauschalen Vorwürfe sind falsch. Rot-Grün ist seiner Verantwortung beim Hochwasserschutz in den vergangenen Jahren nachgekommen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege Heere, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Oesterhelweg zu?

Gerald Heere (GRÜNE):

Herr Oesterhelweg kann sich gern zu einer Kurzintervention melden.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Bitte fahren Sie fort!

Gerald Heere (GRÜNE):

Wir haben in den vergangenen Jahren dem Klimaschutz Priorität eingeräumt, nicht nur durch Anpassung,

sondern auch bei der Prävention. Ich verweise auf das Klimaschutzkapitel im Umwelthaushalt, dotiert mit 10 Millionen Euro, und auf die Klimaschutz- und Energieagentur mit ihren vielfältigen Beratungsleistungen, dotiert mit 2 Millionen Euro.

Sie von CDU und FDP haben mehrfach bei diesen Maßnahmen kürzen wollen; das waren Ihre Anträge zum Haushalt. Sie setzen nur auf Anpassung und haben die Prävention überhaupt nicht im Portfolio. Sie haben ganz klar kommuniziert, dass Sie das Klimaschutzgesetz, das wir eingebracht haben, nicht wollen. Sie zeigen eine ignorierende Politik gegenüber dem Klimawandel. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen, und das werden sie Ihnen bei der Landtagswahl ganz sicher zeigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Es gibt nun die Kurzintervention des Kollegen Oesterhelweg. Anschließend folgt die Kurzintervention von Herrn Dr. Hocker. Bitte!

Frank Oesterhelweg (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Heere, danke für den netten Hinweis, was die Zuständigkeiten des Regionalverbandes Großraum Braunschweig betrifft. In früheren Zeiten - das ist schon ein paar Jahre her - habe ich genau diesen Vorschlag gemacht: den Hochwasserschutz für Flussgebiete beim Zweckverband Großraum Braunschweig anzusiedeln. Inzwischen sehe ich dazu aber nicht mehr die dringende Notwendigkeit, weil - und das ist bei Ihnen offensichtlich untergegangen - wir inzwischen das Integrierte Hochwasserschutzkonzept Nördliches Harzvorland haben, betreut vom Wasserverband Peine, dem die Flussgebiete von Oker und Innerste zugrunde liegen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Dort müssen sich nur noch ein paar anschließen, und dann haben wir es. Ich sehe nicht ein, dass wir hier doppelt arbeiten.

Dieses Hochwasserschutzkonzept ist seinerzeit im Rathaus der Stadt Wolfenbüttel entstanden. Damals saßen drei Leute am Tisch: die Bürgermeister Pink und Memmert und ein Landtagsabgeordneter.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Oh!)

Das ist inzwischen ein Pilotprojekt in Niedersachsen. Wir brauchen hier nicht doppelt aufsatteln. Wenn einige Kollegen bei Ihnen da hinten das nicht begreifen, dann können Sie, der Sie es verstanden haben, es denen ja noch einmal erklären.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Kurzintervention: Herr Dr. Hocker, FDP-Fraktion!

Dr. Gero Hocker (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich habe mich zu dieser Kurzintervention gemeldet, weil Sie, Herr Heere, eben das Hohelied -

(Volker Bajus [GRÜNE] spricht mit
Gerald Heere [GRÜNE])

- würden Sie den Kollegen Heere zuhören lassen, Herr Bajus? Danke! - auf die Prävention gesungen haben, die durch die von Ihnen mitgetragene Landesregierung auf den Weg gebracht worden ist.

Mich würde interessieren - vielleicht bemüßigen Sie sich diesmal, darauf zu antworten -, wie groß der Effekt der Klimaschutzagenturen, die Sie seit vier Jahren finanzieren, im Blick auf die Extremwetterereignisse gewesen ist, die wir vor einigen Wochen gesehen haben. Der Minister hat immer wieder gesagt, dass das auch aktive Präventionspolitik ist, die einen positiven Effekt für Niedersachsen hat. Diesen Effekt vermisse ich.

In Ihre Klimaschutzagenturen sind bislang 9 Millionen Euro geflossen. Vielleicht bemüßigen Sie sich, auch die zweite Frage zu beantworten: Wissen Sie, wie viele Kilometer Hochwasserschutzmaßnahmen Sie von 9 Millionen Euro hätten finanzieren können? - Damit wäre den Menschen in Niedersachsen mehr gedient als mit der Postenschacherei in Ihren Klimaschutzagenturen.

Danke.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung
bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Herr Kollege Heere antwortet auf die Kurzintervention.

Gerald Heere (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Oesterhelweg, ich

kann mich sehr gut an die Gespräche entsinnen, die wir in Sachen Aufwertung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig geführt haben. Ich kann mich auch entsinnen, dass wir sehr schnell einer Meinung waren, dass der Hochwasserschutz dort sehr gut angesiedelt ist. Wir haben dort ein sehr komplexes System mit mehreren Flüssen - dazu zählen die von Ihnen angesprochen Flüsse Oker und Innerste; wir haben aber auch die Schunter, wir haben Nebenflüsse etc. -, und es ist sehr sinnvoll, dort zu mehr Kooperation zu kommen.

Wenn dies durch das von Ihnen angesprochene Projekt - übrigens ein Projekt, das von der Landesregierung gefördert wird - erreicht wird, dann ist das ein wichtiger Schritt. Nichtsdestotrotz bleibt es richtig, durch solche Maßnahmen überregionales Denken zu stärken. Ich glaube, dort haben wir auch gar keine unterschiedliche Meinung. Beides ist richtig: Man kann das eine machen, ohne das andere zu lassen. Insofern sind wir da gar nicht auseinander.

(Beifall bei den Grünen und Zustimmung
bei der SPD)

Herr Dr. Hocker, dass Sie sagen, dass alles Geld, was wir für den Klimaschutz ausgeben, rausgeschmissenes Geld ist, ist mir klar. Auch dass Sie stattdessen Anpassungen fordern und meinen, dass der Klimaschutz nicht so entscheidend ist, weil der Klimawandel ja gar nicht so stattfindet! Ich kann mich entsinnen, dass Sie zu der Anhörung zum Klimaschutzgesetz im Umweltausschuss Klimaschutzkeptiker eingeladen haben. Das heißt, aus Ihrer Sicht existiert das Problem gar nicht. Aber es kann doch nicht sein, ein Problem, das 75 % der Bevölkerung in Deutschland als eines der größten Probleme ansehen, die wir in Deutschland und international haben - es liegt sogar noch vor dem Problem „Terrorismus“ -, einfach zu ignorieren!

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Sie müssen zum Schluss kommen, Her Kollege.

Gerald Heere (GRÜNE):

Deshalb ist es richtig, wie wir hier vorgehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung
bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Wir fahren nun in der Beratung fort. Das Wort für die CDU-Fraktion hat Kollege Hilbers. Die CDU-

Fraktion hat noch eine Restredezeit von vier Minuten.

Reinhold Hilbers (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wir sind der Auffassung, dass wir diesen Nachtragshaushalt mit der Hilfe für die von Hochwasser geschädigten Menschen schnell auf den Weg bringen müssen. Deswegen die schnelle Behandlung in den Ausschüssen, und deswegen auch unsere Unterstützung.

Ich will aber auch daran erinnern, dass wir schon sehr früh gesagt haben, dass die zunächst vorgesehene Summe aufgestockt werden muss. Das Geld, das jetzt bereitgestellt wird, muss ausreichend sein. Es muss nicht zwingend ausgegeben werden, aber es muss den Rahmen bieten, dass alle Menschen, die entsprechende Schäden erfahren haben, diese Schäden geltend machen können und schnell Hilfe erfahren.

Deswegen kommt es noch mehr als auf den Betrag darauf an, dass die vorgestellten Richtlinien und Rahmenbedingungen, nach denen das Geld ausgezahlt werden soll, sehr zügig Anwendung finden und das Geld sehr zügig bei den Menschen ankommt - mit wenig Bürokratie und in einem sehr einfachen Verfahren.

Noch einmal: Uns war wichtig, dass der Finanzrahmen ausreicht. Ich erinnere daran, dass der Erste, der das thematisiert hat, Bernd Althusmann war, als er seine Stellungnahmen zu den dortigen Ereignissen abgegeben hat. Sie haben dies zum Anlass genommen, mit uns zusammen den Betrag aufzustocken, weil Ihnen bewusst war, dass wir die Summen anpassen müssen.

Ich will jetzt aber auch noch etwas Grundsätzliches sagen. Sie hätten die Bereitstellung der Mittel für die Flutopferhilfe auch zum Anlass nehmen können, einen umfangreichen Nachtragshaushalt vorzulegen und an weiteren Stellen nachzusteuern. Das wäre sinnvoll gewesen. Wir haben darauf verzichtet, weil wir das so kurzfristig nicht mehr einspielen konnten.

(Gerald Heere [GRÜNE]: Ach so!)

- Natürlich hätten Sie das tun können, Herr Heere! Sie haben dem Haushaltsausschuss doch gerade erst wieder eine Unterrichtung über eine überplanmäßige Ausgabe vorgelegt, mit der Sie 200 Millionen Euro für die Flüchtlingshilfe für die Kommunen umschichten wollen. Aber das hätten Sie auch in dem Nachtragshaushalt verarbeiten können.

(Renate Geuter [SPD]: Damit hätten wir gegen geltendes Recht verstoßen!)

- Frau Geuter, Sie hätten auch die 200 Millionen Euro Mehreinnahmen aus der Mai-Steuerschätzung verarbeiten können. Aber das wollten Sie nicht, weil Sie diese Summe in der Hinterhand behalten wollen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist Ihre Haushaltspolitik! Sie versuchen, mit Sondervermögen und Ähnlichem durchzuregieren. Es ist sehr schade, dass Sie das nicht anders gemacht haben.

Wir haben darauf verzichtet, das Nachtragshaushaltsverfahren anzuhalten, um diese Mittel noch in den Haushaltsplan einzupflegen. Wir haben auch darauf verzichtet, Stellen mit Besetzungs- bzw. Wiederbesetzungssperren zu versehen, aber wir erwarten, dass Sie in dieser Zeit keine personellen Fakten in den Ministerien und anderen Häusern mehr schaffen, indem Sie kurzfristig noch Stellen besetzen.

Sie hätten im Rahmen des Nachtragshaushalts auch den Sockelbetrag in Höhe von 75 Euro für die Beamtinnen und Beamten, die Sie aus dem Tarifbereich übertragen wollen, absichern können. Das aber müssen Sie jetzt mit einer eiligen Vorlage, die Sie eingebracht haben, machen.

Als Letztes möchte ich das ansprechen, was eben Gegenstand der Diskussion war. Sie haben sich sehr wohl im Hochwasserbereich zurückgezogen und dort Mittel gekürzt. Vor zwei Jahren hat der Bund seine Anstrengungen deutlich erhöht. Damals mussten Sie gegenfinanzieren. Die Gegenfinanzierung haben Sie nicht etwa aus Landesmitteln aufgebracht, sondern dazu haben Sie Ihre eigenen Mittelansätze zurückgefahren. Sie haben aus den Titeln knapp 3 Millionen Euro gestrichen, um sie zur Kofinanzierung der Bundesmittel heranzuziehen. Das war Ihre Politik. Wir haben einen Haushaltsantrag vorgelegt, mit dem wir diese Aktion rückgängig machen wollten. Aber Sie haben diesen Antrag abgelehnt. Sie haben die Gelegenheit, dass der Bund beim Hochwasserschutz etwas Zusätzliches gibt, genutzt, um sich selbst weiter zurückzuziehen. Das ist keine verantwortungsvolle Haushaltspolitik, die Sie in dem Bereich geleistet haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deswegen sind Sie dort auch nicht erfolgreich gewesen. Wir helfen jetzt durch unser Handeln mit, dass die Hilfe schnell bei den Menschen ankommt. Dieser Verantwortung stellen wir uns hier. Es ist uns wichtig, dass sich die Menschen auch in Zeiten wechselnder Mehrheiten hier im Hause auf uns verlassen können - und mit diesem Nachtragshaushalt wissen sie, dass sie sich auf uns verlassen können. Wir schaffen den Rahmen dafür, dass schnelle Hilfe möglich ist. Sie müssen das aber noch umsetzen, und daran werden wir Sie messen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Hilbers. - Es gibt zwei Kurzinterventionen auf Ihren Redebeitrag. Zunächst die Kurzintervention der Kollegin Hamburg, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte!

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hilbers, ich finde es unsäglich, dass Sie dieses Thema für Wahlkampfgetöse nutzen. Entschuldigen Sie, aber diesen Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen:

(Beifall bei den GRÜNEN - Anja Piel
[GRÜNE]: Jawohl!)

Ich bin in den letzten Tagen immer wieder in Goslar gewesen und habe gesehen, welche Probleme die Menschen dort haben. Und dann stellen Sie sich hier hin und sagen, wir hätten noch einen riesigen Nachtragshaushalt aufstellen müssen! Wissen Sie, wie lange das gedauert hätte? - Die Leute sind verdammt noch mal *jetzt* auf das Geld angewiesen und nicht erst in zwei Monaten!

(Beifall bei den GRÜNEN - Anja Piel
[GRÜNE]: Recht hat sie! - Widerspruch bei der CDU)

Sie bringen hier gerade viele wichtige Gesetze zum Stillstand, und gleichzeitig stellen Sie sich hierhin und sagen, wir hätten einen riesigen Nachtragshaushalt machen müssen. Ich finde das unmöglich!

(Anja Piel [GRÜNE]: Unglaublich! - Widerspruch bei der CDU)

Erzählen Sie das einmal den Menschen in Goslar!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Wenn im Plenarsaal wieder Ruhe eingekehrt ist, fahren wir mit der nächsten Kurzintervention fort.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist doch kein Wirtshaus hier! - Lachen bei der SPD - Gegenruf von Helge Limburg [GRÜNE]: Diese Erkenntnis kommt viereinhalb Jahre zu spät, Herr Nacke!)

- Herr Kollege Nacke, Herr Kollege Limburg! Ich darf alle hier im Saal um Besonnenheit und Mäßigung bitten.

Jetzt erhält das Wort zur Kurzintervention Frau Kollegin Emmerich-Kopatsch, SPD-Fraktion.

(Unruhe)

- Ich bitte um Ruhe im Plenarsaal.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist auch dann kein Wirtshaus, wenn Herr Tanke so rumläuft wie in einem Wirtshaus und sich so benimmt! Du müsstest dich mal selber im Spiegel sehen! - Gegenruf von Detlef Tanke [SPD] - Unruhe)

- Einen Moment, bitte! - Herr Kollege Nacke, Herr Kollege Tanke, vielleicht tragen Sie das außerhalb des Plenarsaales aus. Hier bitte ich jetzt um Ihre Aufmerksamkeit für die Kollegin Emmerich-Kopatsch.

(Zuruf von Detlef Tanke [SPD])

- Herr Kollege Tanke, bitte!

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Frau Präsidentin! Herr Nacke, ich finde, der Hinweis, einmal in den Spiegel zu gucken, ist auch bei anderen Leuten manchmal angebracht. Manchem würde auch gut zu Gesicht stehen, sich ab und zu auch einmal selbst zu hören.

Es mag ja sein, dass man, wenn man aus dem Ammerland kommt, in einer solchen Debatte leichtfüßig darüber hinweghüpft und Sachen sagt, die den Betroffenen nicht gerecht werden.

(Ulf Thiele [CDU]: Was hat das Ammerland damit zu tun?)

- Ich meinte die Grafschaft Bentheim.

(Ulf Thiele [CDU]: Was hat die Grafschaft Bentheim damit zu tun?)

Herr Kollege Hilbers ist mit der Forderung nach einem Nachtragshaushalt den Menschen, die in den Landkreisen Gandersheim, Alfeld, Hildesheim, Goslar, Wolfenbüttel betroffen waren, nicht gerecht geworden. Ich kann nur hoffen, dass niemand der Betroffenen, die jetzt Hab und Gut verloren haben, die keinen Kredit mehr erhalten, weil sie den Kredit vom letzten Hochwasserschaden noch abbezahlen, oder die keine Versicherung bekommen, weil ihnen schon dreimal Versicherungssummen ausgezahlt wurden und sie jetzt nicht mehr versichert werden können, unserer Debatte - ich sage ausdrücklich „unserer“ - im Livestream zusehen.

Es ist absolut unangemessen, so mit den Sorgen, den Nöten und den Ängsten der Menschen umzugehen und daraus einen Wahlkampfklamauk zu machen, anstatt zu sagen: „Wir wollen ausschließlich eines, nämlich gemeinsam mit der Landesregierung den Betroffenen helfen. Jetzt ist es egal, ob wir schwarz, rot, gelb oder grün sind. Wir helfen und das schnell.“

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der SPD: So ist es!)

Alle anderen Bemerkungen erübrigen sich absolut. Ob hier jemand wie im Wirtshaus rumläuft oder nicht: Ich hoffe nur, niemand hat diese seltsamen und unangepassten Sprüche gehört.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Auf die Kurzintervention antwortet nun Herr Kollege Hilbers. Bitte! - Und ich darf um Ruhe bitten.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Einmal Respekt zeigen!)

Reinhold Hilbers (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe eben unmissverständlich klargestellt, dass das Interesse, den Menschen zu helfen, bei uns vorrangig ist und dass wir das Interesse, einen vernünftigen Nachtragshaushalt vorlegen zu können, dem unterordnen. Nicht mehr und nicht weniger habe ich gesagt.

Man hätte bei der Vorlage dieses Zahlenwerkes aber durchaus, weil die Regierung viel mehr Vorlaufzeit hatte, entsprechende Maßnahmen unterbringen können. Ich finde, das darf man der Vollständigkeit halber sagen.

(Gerald Heere [GRÜNE]: Das ist doch widersprüchlich!)

Unser Handeln macht deutlich: Trotz dieser Kritik und weil wir die Hilfe viel höher bewerten, nehmen wir dieses nicht zum Anlass, das Zahlenwerk a) anzuhalten oder b) sogar abzulehnen. Also: Das Zahlenwerk wird platziert, das Zahlenwerk wird laufen gelassen.

Wenn wir das Zahlenwerk allerdings selbst aufgestellt hätten, hätten wir ambitionierter und umfangreicher einige Dinge mit geregelt, die auch dringend zu regeln gewesen wären. Dass Sie das nicht getan haben, diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Dann wäre es aber keine Soforthilfe gewesen, Herr Hilbers! Soforthilfe ist etwas anderes!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Wir fahren fort. Das Wort für die Landesregierung hat nun Herr Finanzminister Schneider. Bitte!

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte einleitend feststellen, dass mich der Verlauf der Debatte schon sehr überrascht hat. Ich bin davon ausgegangen - so beginnt auch mein Redetext -, dass ich mich hier bei allen Beteiligten dafür bedanken kann, dass wir es in einem ungewöhnlichen, in einem sehr schnellen Verfahren gemeinsam auf den Weg gebracht haben, den Menschen zu helfen. Hier steht: „Ich möchte mich bei allen Beteiligten ausdrücklich bedanken.“ Das gilt im Kern natürlich immer noch.

Aber das, was sich dann hier als Debatte entfaltet hat, tut uns insgesamt nicht gut, meine Damen und Herren. Das ging los mit der Aussage von Herrn Hocker, an der Flut habe der Umweltminister Schuld. Wenn es so schlicht wäre, dass die jeweiligen Umweltminister Schuld hätten, wenn irgendwo Überflutungen stattfinden, dann hätten Herr Dr. Birkner und Herr Sander an der Elbeflut 2013

Schuld gehabt, weil sie vorher Umweltminister waren.

(Zuruf von der FDP: Das hat keiner gesagt!)

Eine solche Behauptung wäre abenteuerlich, und ich stelle sie natürlich ausdrücklich nicht auf. Solche simplen Dinge sollten wir uns angesichts der Gemengelage, vor der wir jetzt stehen, ersparen: Auf der einen Seite muss schnell geholfen werden, aber auf der anderen Seite wissen wir, dass eine Reihe von Schäden eine längere Zeit zur Untersuchung und zur Beseitigung brauchen wird.

Zurück zum eigentlichen Anlass: Auch die Landesregierung dankt den Helferinnen und Helfern - ich will ausdrücklich sagen: auch den Spenderinnen und Spendern - sehr dafür, dass sie hier eingesprungen sind.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir sind auf der Ebene der Regierung in einer Sondersitzung am 3. August 2017 zusammengekommen und haben diesen Nachtragshaushalt beschlossen, ein Soforthilfeprogramm. Herr Hilbers hat gesagt, wir hätten einen langen Vorlauf gehabt. Das haben wir nicht, weil wir nicht wussten, dass eine Flut kommt. Es ist eine etwas abenteuerliche Idee zu behaupten, wir hätten hier einen langen Vorlauf gehabt.

Wir haben ein Soforthilfeprogramm beschlossen. Wir haben mangels näherer Erkenntnisse zunächst einmal einen Betrag von 25 Millionen Euro gegriffen. Woher kommt der? - Bei der Elbeflut haben wir für Soforthilfe 12 Millionen Euro gebraucht, und dann haben wir den doppelten Betrag genommen. Die weitere Erkundung der Sachverhalte vor Ort hat ergeben - der Umweltminister hat das im Haushaltsausschuss vorgetragen -, dass die Aufstockung der Soforthilfe auf 50 Millionen Euro, auch wenn sie zum größeren Teil noch in diesem Jahr abfließen wird, vermutlich noch nicht das letzte Wort sein. Das habe ich auch von Anfang an gesagt.

Es geht um die finanzielle Soforthilfe für die Geschädigten, um die Unterstützung bei der Beseitigung von Schäden an der kommunalen Infrastruktur, aber auch um die Erstattung von Einsatzkosten nach dem Katastrophenschutzgesetz. Das sind weit überwiegend freiwillige Leistungen. Deswegen ist aus Sicht des Finanzministeriums Rechtssicherheit über einen Nachtragshaushalt zu schaffen gewesen. Das Notbewilligungsrecht wäre dort nicht

hinreichend gewesen. Deshalb an dieser Stelle noch einmal: Herzlichen Dank für die rasche Beratung!

Damit haben wir jetzt die haushaltsrechtliche Möglichkeit, sehr schnell zu Auszahlungen zu kommen. Die 50 Millionen Euro stehen bereit. Wir haben sie in einer Titelgruppe zusammengefasst, sodass zwischen den einzelnen Ausgabepositionen Umschichtungen problemlos möglich sind. Im Übrigen sind nicht verbrauchte Mittel auf 2018 übertragbar.

Die Schadenshöhen in den einzelnen Bereichen - in den Privathaushalten, in gewerblichen Unternehmen, bei Land- und Forstwirtschaft, im Bereich der kommunalen Infrastruktur - sind noch nicht abschließend erhoben. Das wird sicherlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen, aber das ist nicht ungewöhnlich.

Ich darf an das Elbehochwasser erinnern. Herr Hilbers hat hier gerade u. a. die Sondervermögen kritisiert. Bei der Fluthilfe nach dem Elbehochwasser ist ein Sondervermögen - ein Fonds, durch Bund und Länder finanziert - geschaffen worden, um die Überjährigkeit der Zahlungen sicherstellen zu können. Dieser Aufbauhilfefonds liefert einige Erkenntnisse. Zum Beispiel sind von den Mitteln, die in diesem Fonds bereitgestellt wurden - für Niedersachsen anerkannte Schäden: 96 Millionen Euro -, bis heute, vier Jahre nach dem Hochwasser, 35 Millionen Euro abgeflossen. In den Bereichen der Landwirtschaft und der kommunalen Infrastruktur sind die Schäden auch nach vier Jahren bei Weitem noch nicht alle beseitigt und infolgedessen nicht abgerechnet. Das muss man wissen, wenn man hier über die Veranschlagung solcher Mittel redet.

Ich denke, dass wir mit den 50 Millionen Euro ausreichend Vorsorge für das laufende Haushaltsjahr und vermutlich auch für einen Teil der Regulierung im nächsten Haushaltsjahr getroffen haben.

Dass es uns möglich ist, das über den Zinstitel abzufangen, ist natürlich sehr erfreulich. Seine Höhe basiert letztlich auf einer Schätzung im November letzten Jahres - das ist fast ein Jahr her -, die dem Vorsichtsprinzip folgte. Sicher zu prognostizieren, ob die Zinsen so niedrig bleiben, war immer schwierig. Deswegen war hier das Vorsichtsprinzip anzuwenden.

Meine Damen und Herren, die Richtlinie zu Soforthilfen für Privathaushalte ist in Kraft getreten. Seit Montag dieser Woche können Bürgerinnen und Bürger Anträge bei ihrer Kommune stellen.

Die weiteren Hilfsprogramme sind in Vorbereitung. Eine Richtlinie des Sozialministeriums zu den über die Soforthilfen hinausgehenden Hilfen für Privathaushalte ist in Arbeit. Dabei spielt das Thema Elementarschadenversicherung eine Rolle.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Gutes Thema, Herr Minister!)

Da haben die kommunalen Spitzenverbände um Beteiligung gebeten; das wird natürlich gemacht. Es ist eine nicht ganz einfache Frage, die da zu bewältigen sein wird.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das hat Herr Wenzel eingestanden!)

Die Richtlinie des Wirtschaftsministeriums zu Hilfen für Unternehmen wird bald endabgestimmt sein. Ich gehe davon aus, dass wir das in wenigen Tagen hinbekommen.

Das Gleiche gilt für die Schadensermittlung in Land- und Forstwirtschaft. Das wird auch wie nach den Erfahrungen der Flut 2013 abgewickelt. Die rechtlichen Regelungen werden parallel erarbeitet.

Bis Ende nächster Woche läuft die Schadensermittlung im Bereich der kommunalen Infrastruktur. Die Kommunen hatten gebeten, nicht zu enge Fristen zu setzen, damit die Schäden von den Kommunen sachgerecht erfasst werden können. Es soll das Prinzip „Sorgfalt vor Eile“ gelten. Gleichwohl arbeiten das Innenministerium und das Sozialministerium intensiv an den rechtlichen Regelungen.

Insgesamt ist festzustellen: Die Soforthilfe ist in Gang gesetzt. Die weiteren Programme werden mit Hochdruck bearbeitet. Wir sind zuversichtlich, dass wir die Förderrichtlinien komplett bis Ende des Monats fertiggestellt haben werden. Dann können wir gemeinsam - die Regierung und alle Fraktionen des Landtags - für uns in Anspruch nehmen, dass wir hier auf ein nicht vorhersehbares Ereignis sachgerecht, schnell und angemessen reagiert haben.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister Schneider. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die allgemeine Beratung schließen kann.

Bevor wir zur Einzelberatung kommen, halte ich Sie für damit einverstanden, dass wir zunächst über die Änderungsempfehlung des Ausschusses zu Einzelplan 13 abstimmen, die in der Anlage 2 zu Artikel 1 des Gesetzes enthalten ist. Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Änderungsempfehlung ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Einzelberatung. Ich rufe auf:

Artikel 1 einschließlich Anlagen 1 und 2. - Unverändert.

Artikel 2. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetz seine Zustimmung geben möchte, bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Sie haben den Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 4:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Verankerung der Pflichten von Schülerinnen und Schülern im Niedersächsischen Schulgesetz - Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 17/7023 - Empfehlung des Kultusausschusses - Drs. 17/8554 - Schriftlicher Bericht - Drs. 17/8584

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Kollegen Dr. Birkner, FDP-Fraktion. Bitte, Herr Kollege!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir freuen uns, dass heute ein Gesetzentwurf insbesondere zu der Frage des Tragens des Nikab im Schulunterricht beschlossen werden soll, der auf einem Entwurf der FDP-Fraktion beruht.

(Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann übernimmt den Vorsitz)

Bevor wir zu der konkreten Regelung kommen, möchte ich auf die Entwicklung bei diesem Ge-

setzentwurf hinweisen. Ausgangspunkt war, dass in Belm eine Schülerin im Unterricht einen Nikab getragen hat, dass sie mehr oder minder vollverschleiert aufgetreten ist. Die Landesregierung hat damals signalisiert, dass es zwar nicht wünschenswert sei und dass man bei weiterführenden Schulen sicherstellen wolle, dass das nicht mehr gegeben ist. Sie hat aber gleichzeitig behauptet - die Ministerin und der Ministerpräsident waren das -, dass man dazu im Moment quasi auch nicht die rechtlichen Möglichkeiten habe, dass man eben nichts dagegen machen könne.

So haben Sie - - - Nein, andersherum: Die Landesregierung hat gesagt - ich zitiere die Ministerin -:

„Ein Nikab hat in den niedersächsischen Schulen nichts zu suchen. Wir haben ganz klare Regelungen im Rahmen des Niedersächsischen Schulgesetzes, und so gehen wir auch vor.“

Der Innenminister hat damals gesagt:

„Es ist für Schülerinnen nach dem geltenden Recht jedoch nicht zulässig, einen Gesichtsschleier in der Schule zu tragen.“

Die Argumentation war also: An sich darf man das nicht tun, aber wir dulden das jetzt, weil die Schule - angeblich - einen Fehler gemacht hat und würden das dann bei einer weiterführenden Schule korrigieren.

Wir haben diese Argumentation von Anfang an bezweifelt, und wir finden sie nach wie vor auch nicht fair, weil man das Problem damit auf die Schule verlagert. Man sagt: Die Schule hat den Fehler gemacht. Sie hat das geduldet und damit eine Art Vertrauenstatbestand geschaffen. Jetzt will man dem nicht mehr entgegentreten. Aber eigentlich ist politisch und auch rechtlich entschieden, dass man das Tragen des Nikab verbieten kann. - Wir kritisieren weiterhin, dass Sie die Schule mit diesem Problem alleine gelassen haben, dass Sie sich ein Stück weit hinter der Schule versteckt und die Kollegen dort im Stich gelassen haben.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Jörg Hillmer [CDU])

Wir als FDP-Fraktion haben sehr schnell gesagt, dass wir da eine Regelungslücke sehen, dass gesetzlich eben nicht klar geregelt ist, dass man einen Nikab nicht tragen darf, und dass eine Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes erfor-

derlich ist. - Wir freuen uns, dass dies mittlerweile Konsens in den Fraktionen ist.

Mit der Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes stellen wir heute klar, dass Kleidung in der Schule die Kommunikation nicht in besonderer Weise erschweren darf. Damit ist unmissverständlich klargestellt, dass Nikab und Burka in der Schule nicht geduldet werden müssen. Es ist nach wie vor unsere inhaltliche Überzeugung, dass diese Regelung nötig ist, um die freie Kommunikation in der Schule zu ermöglichen und am Ende auch den Schulfrieden sicherzustellen. Diese Formulierung im Schulgesetz ist ein klarer Fortschritt. Sie schafft Klarheit für alle Beteiligten - für die Schulen, aber auch für die Landesregierung.

(Beifall bei der FDP)

Wir bedauern, dass aus unserem Gesetzentwurf die Möglichkeit gestrichen wurde, den Schülerinnen und Schülern zu verbieten, in der Schule - etwa auf der Kleidung - Symbole zu tragen und zu zeigen, die zwar nicht allgemein verboten, aber klar extremistisch und damit geeignet sind, den Schulfrieden zu beeinträchtigen und zu gefährden. Beispiele sind die Reichskriegsflagge und andere Embleme sowie Modemarken, die klar mit einer politischen Äußerung verbunden sind.

Auch wenn das nicht mit aufgenommen worden ist, begrüßen wir dieses neue Gesetz ausdrücklich. Denn wir schaffen damit Rechtssicherheit, ermöglichen dauerhaft eine offene Kommunikation an der Schule und geben der Schulleitung die Möglichkeit, bestimmte Dinge rechtssicher zu unterbinden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Dr. Birkner. - Das Wort hat jetzt für die SPD-Fraktion Herr Kollege Stefan Politze.

Stefan Politze (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mit einem Dankeschön an die Fraktionen aller Parteien in diesem Haus für den gemeinsamen Gesetzentwurf beginnen. Ich glaube, es ist der Sache auch angemessen, dass man hier nicht aus wahltaktischen Gründen agiert, sondern in Gemeinsamkeit ein Schulgesetz ändert und wir diesen gemeinsamen Weg trotz aller verschiedenen Ausgangspunkte, Herr Dr. Birkner, gesucht und mit einer rechtssicheren Formulierung, mit der

die Schulen künftig umgehen können, auch gefunden haben.

Ich möchte auch Professor Wißmann von dieser Stelle aus noch einmal für sein sehr fundiertes Gutachten danken, welches uns die Arbeit am Ende deutlich leichter gemacht hat. Ich möchte auch dem GBD und dem Rechtsreferat im Kultusministerium danken, die das Ganze begleitet haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ausgangspunkt war in der Tat ein Fall unter 800 000 Schülerinnen und Schülern in Niedersachsen, um den es an dieser Stelle geht. Insgesamt gab es fünf Fälle im niedersächsischen Schulwesen, von denen alle fünf mit dem derzeit gültigen Schulgesetz gelöst werden konnten; auch darauf muss man an dieser Stelle hinweisen.

Es gab diesen einen Fall in Belm, der etwas damit zu tun hatte, dass es für die Schülerin einen sogenannten Rechtsschutz gab und vor allen Dingen der Schulfrieden laut Auskunft der Schule nicht gestört war. Deswegen hatte die Schulleitung richtigerweise den Bildungsauftrag im Blick und hat diese Schülerin zu einem Schulabschluss geführt.

Genau das muss es sein, was uns trägt, nämlich dass wir Schülerinnen und Schüler zu einem guten Schulabschluss bringen

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

und zu einer Verhaltensänderung in dieser Frage bewegen wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist aber nicht gelungen, Herr Kollege! Das wissen Sie ganz genau!)

- Doch, das ist ganz offensichtlich gelungen, Herr Nacke, weil in Niedersachsen keine Schülerin mit einer Vollverschleierung eine Schule besucht. Von daher ist das natürlich gelungen.

(Jens Nacke [CDU]: Wo ist die Schülerin geblieben?)

- Die Schülerin befindet sich nicht mehr in der Schule. Das wissen auch Sie. Von daher stellt sich diese Frage derzeit nicht.

Die entscheidende Frage ist doch, wie wir den Schulen Rechtssicherheit geben. Deswegen bin ich froh, dass wir uns die Zeit ab Dezember gegönnt haben, um uns mit der Frage der Gesetzes-

änderung zu beschäftigen. Es ist gut, dass wir darüber keine politische Auseinandersetzung geführt haben, sondern die Rechtssicherheit für Schulen im Blick hatten.

Wir haben gemeinsam einen tragfähigen Kompromiss gefunden. Ich glaube, das war gerade vor dem Hintergrund nicht ganz so einfach, weil wir in zwei Grundrechte eingreifen: die Religionsfreiheit und den staatlichen Bildungsauftrag. Das sind zwei sehr hohe Rechtsgüter. Ich finde es richtig, dass man vor dem Hintergrund nach wirklich guten und rechtssicheren Instrumenten gesucht hat, um das Schulgesetz nicht mit Ver- und Geboten zu überfrachten, sondern mit Handlungsmöglichkeiten für die Schulen auszustatten, um eine offene Kommunikation in der Schule herzustellen. Diesem Anspruch genügt das derzeit vorliegende Gesetz, das wir heute hier gemeinsam verabschieden werden.

Es genügt vor allen Dingen auch dem Anspruch aus dem Rechtsgutachten von Professor Wißmann, der den Blick darauf geschärft hat, dass es um Mitwirkungsrechte und Mitwirkungspflichten von Schülerinnen und Schülern zur Erfüllung des Bildungsauftrags geht. Von daher ist es gut, dass die Formulierung jetzt so getroffen worden ist, wie sie getroffen wird.

Was bleibt für uns am Ende? - Wir haben eine gute rechtliche Grundlage für die Schulen geschaffen. Wir haben es wirklich zeitnah zum Schuljahresbeginn hinbekommen. Unser Ziel war es, es direkt zum Anfang des Schuljahres hinzubekommen. Das ist aus guten Gründen nicht erfolgt, weil es noch eine Anhörung gegeben hat. Diese Anhörung war sehr umfangreich und auch gut.

Aus dieser Anhörung ist eines deutlich geworden: Die überwiegende Mehrheit trägt genau diesen Gedanken der Änderung des Schulgesetzes mit. Es gab eine Reihe von Hinweisen, mit denen uns mit auf den Weg gegeben worden ist, dass wir Verfahrensregelungen schaffen und den Schulen untergesetzliche Regelungen und Erklärungen als Handreichung an die Hand geben sollen. Auch das ist aufgegriffen worden. Das steht dann am Ende der Kette.

Wenn heute das Gesetz verabschiedet wird, wird das Kultusministerium den Schulen Handreichungen und Verfahrensregelungen mit auf den Weg geben, so wie sich das gehört. Das ist ein gutes, ein sauberes Verfahren.

Ich bin froh, dass wir diesen Weg gemeinsam gegangen sind. Herzlichen Dank dafür! Ich freue mich auf die Beschlussfassung.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Politze. - Es hat jetzt für die CDU-Fraktion der Kollege Jörg Hillmer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege!

Jörg Hillmer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gut und richtig, dass wir diese wichtige Gesetzesänderung heute gemeinsam auf den Weg bringen. Es ist auch gut und richtig, dass Sie von SPD und Grünen gerade noch rechtzeitig eingesehen haben, was wir schon seit dem letzten Jahr immer wieder betont haben: Wir dürfen unsere Schulen bei der Frage der Vollverschleierung im Unterricht nicht alleine lassen.

Meine Damen und Herren, es geht nicht um den Einzelfall. Es geht uns darum, dass Unterricht in unseren Schulen in Niedersachsen nur vernünftig möglich ist, wenn Kommunikation im üblichen Maße stattfinden kann.

(Beifall bei der CDU)

Das ist aber nicht gegeben, wenn Mädchen in den Klassenräumen einen Nikab oder eine Burka tragen, die das gesamte Gesicht verhüllen und maximal einen Schlitz für die Augen offenlassen.

(Beifall bei der CDU - Jens Nacke [CDU]: Sehr richtig!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von Rot und Grün, leider war Ihre Einsicht ja nicht selbstverständlich, sondern ein quälend langer Prozess. Zuerst waren Sie bzw. war Ihre Kultusministerin Heiligenstadt ganz fest der Ansicht, dass das Schulgesetz in bisheriger Form ausreicht und das Tragen von Nikab und Burka in Niedersachsen rechtswidrig ist. Dann wollten Sie das aber nicht so genau nehmen und dem Mädchen an der Oberschule in Belm - der Fall ist inzwischen ja bundesweit bekannt - nicht verbieten, ihren Nikab weiter zu tragen. Sie hatten also eine Rechtsauffassung, die Sie aber selbst nicht umsetzen wollten. Das ist ein untragbarer Zustand in einem Rechtsstaat.

Es musste dann erst im Frühjahr dieses Jahres dem Ministerpräsidenten der Kragen platzen, dessen Staatskanzlei dann ein Gutachten bei Profes-

sor Wißmann in Münster in Auftrag gab. Dieser Professor Wißmann kam dann zu dem Schluss, dass das Niedersächsische Schulgesetz dringend geändert werden muss. Wörtlich schrieb er, die bisherige Rechtslage sei problematisch und letztlich unzureichend. - Deutlicher geht es nun wirklich nicht mehr!

Erst dann hat Kultusministerin Heiligenstadt endlich überhaupt etwas in dieser Angelegenheit getan. Da waren wir schon im Mai; die Sommerpause nahte. Der Kultusausschuss benötigte sogar eine Sondersitzung, um den Gesetzentwurf noch ansatzweise rechtzeitig aufs Gleis zu setzen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Aber relativ gründlich!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ganz deutlich sagen: Das, was heute hier beschlossen werden soll und wird, ist ein Minimalkonsens. Wir sind mit dem Ergebnis nicht zufrieden, insbesondere wieder einmal nicht mit der Tatenlosigkeit der Kultusministerin. Sie alle haben den schriftlichen Bericht in der Drucksache 17/8554 meines Fraktionskollegen André Bock zum vorliegenden Gesetzentwurf erhalten. Darin ist unsere Forderung nachzulesen, dass die untergesetzlichen Regelungen zu dieser Schulgesetzänderung bis zur heutigen Plenarsitzung vorgelegt werden sollen. Das ist leider nicht geschehen. Wo sind nun die Erlasse, an denen sich die Schulen ab sofort orientieren sollen? Insbesondere: Welche Sanktionsmöglichkeiten haben die Lehrkräfte, wenn gegen das Verbot von Nikab und Burka verstoßen wird?

Warme Worte haben schon im Fall Belm nicht weitergeholfen. Kultusministerin Heiligenstadt, Sie bleiben die Antwort weiter schuldig.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben gesagt, dass wir angesichts der veränderten Mehrheitsverhältnisse hier in diesem Hohen Hause in den Wochen vor der vorgezogenen Landtagswahl die Gesetze auf den Weg bringen wollen, die von besonderer Wichtigkeit für unser Land sind. Der vorliegende Gesetzentwurf gegen die Vollverschleierung an den Schulen ist solch ein Gesetz. Darum werden wir heute zustimmen, auch wenn die Kultusministerin ihre Arbeit wieder einmal nicht vernünftig gemacht hat.

Der nächste Niedersächsische Landtag wird nach den Wahlen am 15. Oktober erneut die Möglichkeit haben, unser Gesetz gegen die Verhüllung des Gesichts in öffentlichen Gebäuden zu verabschie-

den, das wir im März 2017 vorgelegt haben. Darin fordern wir ein Gesichtsverhüllungsverbot nicht nur in Schulen, sondern in allen öffentlich zugänglichen Gebäuden von Land und Kommunen. Bereits 2011 hat die CDU-geführte Landesregierung in Niedersachsen ein Verhüllungsverbot für Landesbedienstete eingeführt.

Meine Damen und Herren, die CDU steht für einen klaren Kompass, für klare Werte. Wir wollen, dass Frauen und Mädchen in unserer Gesellschaft ihr Gesicht zeigen und am öffentlichen Leben genauso teilnehmen können wie jeder andere Bürger Niedersachsens auch.

(Beifall bei der CDU)

Das Tragen einer Burka, eines Nikabs oder ähnlicher Kleidungsstücke steht im krassen Gegensatz zu unserer Kommunikationskultur und verhindert die vollwertige Teilhabe an unserer Gesellschaft, sei es im Klassenraum oder anderswo in der Öffentlichkeit. Wir wollen nicht, dass die Religionsfreiheit und -ausübung dazu missbraucht werden, die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten insbesondere von jungen Frauen einzuschränken. Für uns als CDU ist klar: Die Vollverschleierung widerspricht der für unser Gemeinwesen grundlegenden Kultur eines offenen Dialogs.

Sehr geehrte Abgeordnete von SPD und Grünen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil, leider fehlt Ihnen ein solcher Kompass. Ihre Islampolitik ist in dieser Legislaturperiode völlig gescheitert.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben nach langem Zaudern die Verhandlungen mit DITIB und Schura zu einem Vertrag abgebrochen. Ich bedaure, dass sich diese beiden Verbände, die von sich sagen, dass sie die Muslime in Niedersachsen vertreten, von denen Sie sich als Regierung im Landesschulbeirat auch beraten lassen wollen, noch nicht einmal an der öffentlichen Anhörung zum gemeinsamen Gesetzentwurf gegen die Vollverschleierung in Schulen beteiligt haben. Wen betrifft diese Gesetzesänderung denn sonst, wenn nicht unsere Mitbürger muslimischen Glaubens?

Meine Damen und Herren, wir stellen heute mit einer Schulgesetzänderung erste Weichen in die richtige Richtung. Damit stehen wir jedoch beim richtigen und vernünftigen Umgang mit vollverschleierten Frauen und Mädchen in der Öffentlichkeit erst am Anfang. Wir werden das Thema nach dem 15. Oktober wieder aufrufen. Darauf können

Sie sich verlassen. Heute gehen wir nur einen ersten Schritt in die richtige Richtung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Hillmer. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Kollege Heiner Scholing das Wort.

Heinrich Scholing (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der heutigen Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs geht eine lange, teilweise hitzig geführte Debatte voraus. Ausgangspunkt ist der Fall einer Schülerin in Belm. Von ihr ist bekannt geworden, dass sie bereits seit mehreren Jahren einen Nikab trug. Dass es in einigen anderen Fällen gelungen ist, durch pädagogische Maßnahmen Schülerinnen dazu zu bewegen, einen Nikab abzulegen, hat leider sehr wenig Berücksichtigung in der Debatte gefunden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Debatte, die die Opposition hier in dieses Haus getragen hat - Anklänge davon habe ich jetzt auch wieder gehört -, war völlig überzogen und hat teilweise hysterische Züge getragen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Eine ganz einfache Frage stand viel zu wenig im Mittelpunkt, nämlich die Frage: Wie bekommen wir Schülerinnen aus der Burka heraus? - Stattdessen ging es um die Frage: Wie bekommen wir sie aus der Schule heraus?

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Ein Einzelfall wurde gnadenlos missbraucht. Höhepunkt war die sogenannte Ministerinnenklage gegen die Kultusministerin. Um eine sachliche Debatte ging es da schon lange nicht mehr.

Man kann zu Recht fragen - in unserer Fraktion ist das intensiv gefragt worden -: Ist es in Ordnung, dass ein Einzelfall - im wahrsten Sinne des Wortes ein Einzelfall - uns dazu veranlasst, ein gutes Schulgesetz - das meine ich aus vollem Herzen - zu verändern?

Wir haben uns nach langer interner Debatte entschieden, diese Gesetzesänderung mitzutragen. Wir haben es getan, um Rechtssicherheit zu vermitteln und um eine Norm zu setzen.

Wir brauchen in der Schule offene Kommunikation. Wir brauchen sie übrigens auch hier im Landtag. Wir brauchen die offene Kommunikation in der Auseinandersetzung in unseren Fraktionen. Das erwarte ich von meinen Kolleginnen und Kollegen.

Kommunikation ist natürlich mehr als Sprache; das wissen wir auch. Wer sich ein bisschen mit Kommunikationstheorie beschäftigt hat, der weiß, dass Kommunikation natürlich auch Mimik und Gestik ist. Es wird aber auch in Zukunft die Herausforderung sein, diese Norm pädagogisch umzusetzen. Es werden in erster Linie pädagogische Maßnahmen sein, mit denen wir Schülerinnen bewegen können, auf eine Verschleierung des Gesichts zu verzichten, und nicht Sanktionen oder Ordnungsmaßnahmen, Schulverweise.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn wir wollen doch die Beteiligung an Bildung und nicht den Ausschluss von der Bildung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür brauchen Schulen Unterstützung, und sie brauchen einen gesicherten Rahmen, einen geschützten Raum. Sie brauchen aber keine Skandalisierung von Einzelfällen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, wir sind davon ausgegangen, dass die bisherige Regelung des § 58 ausreicht. Wo ist das Problem, meine Damen und Herren? - Daraufhin haben wir ein Gutachten beantragt, und das Gutachten hat mich persönlich klüger gemacht. Wo ist das Problem, meine Damen und Herren, wenn einen ein Gutachten klüger macht?

(Beifall bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Wenn Sie nur hier im Hause zuhören würden!)

Ich nehme nicht an, dass alle Kolleginnen und Kollegen hier im Hause das Gutachten gelesen haben. Wenn sie es getan hätten, würden sie wissen, dass der Gutachter von einem sehr liberalen Verständnis ausgeht und dass er sehr intensiv zwischen zwei hohen Rechtsgütern abwägt, nämlich auf der einen Seite dem staatlichen Bildungsauftrag und auf der anderen Seite der Freiheit der Religionsausübung. Das ist ein Abwägungspro-

zess, der notwendig ist, und der ist in diesem Gutachten hervorragend gelungen.

Noch ein Punkt zu der Frage, was das Kultusministerium in der Anhörung, die wir durchgeführt haben, eigentlich hätte vorlegen müssen. Ich möchte mich ganz ausdrücklich beim Kultusministerium dafür bedanken, dass es der Legislative den Vorrang gegeben hat. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Gerd Ludwig Will [SPD])

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Scholing. - Jetzt hat Frau Kultusministerin Heiligenstadt das Wort. Bitte sehr, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass es jetzt mit diesem gemeinsamen Änderungsvorschlag zum Entwurf eines Gesetzes zur Verankerung der Pflichten von Schülerinnen und Schülern im Schulgesetz gelungen ist, eine von allen im Niedersächsischen Landtag vertretenen Fraktionen getragene und auch sehr gute Gesetzesfassung vorzulegen. Die Landesregierung hat mit der Einholung eines externen wissenschaftlichen Gutachtens zu diesem Regelungskomplex gerne eine wichtige Grundlage für den Änderungsvorschlag geschaffen.

Mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfs übernimmt der Gesetzgeber für einen gesellschaftlich umstrittenen Regelungskomplex die Verantwortung und schafft eine klarere und damit auch praxisgerechtere Rechtsgrundlage zum Umgang mit der Gesichtsverschleierung von Schülerinnen in der Schule. Wir schaffen damit die notwendige Bestimmtheit, wir schaffen damit auch die notwendige Vorhersehbarkeit in Bezug auf ganz konkrete Mitwirkungsrechte, aber auch Mitwirkungspflichten der Schülerinnen und Schüler.

Damit es hier nicht zu einer Legendenbildung kommt, möchte ich aus meinem Wortbeitrag im Plenum vom 22. November 2016 zitieren, in dem ich ausdrücklich gesagt habe:

„Viertens und abschließend. Damit es keine weiteren Fälle gibt, werden wir natürlich auch gesetzliche Änderungen prüfen müssen, damit es zu keinen Unklarheiten kommen kann.“

Es ist also eindeutig nachzulesen, Herr Hillmer, dass auch ich bereits frühzeitig auf diese Thematik hingewiesen habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist gut, dass mit der Gesetzesänderung jetzt ein allgemeines Mitwirkungsrecht für alle Schülerinnen und Schüler in der Schule normiert wird - ein Recht, aber eben auch die Pflicht. Die Mitwirkungspflicht wird dahin gehend festgelegt, dass die Schülerinnen und Schüler an der Erfüllung des Bildungsauftrages mitzuwirken haben. Damit wird der im Niedersächsischen Schulgesetz niedergelegte Bildungsauftrag der zentrale Maßstab für das Verhalten der Schülerinnen und Schüler.

Die neue Vorschrift konkretisiert in § 58 des Schulgesetzes den Pflichtenkanon der Schülerinnen und Schüler und macht deutlich, dass die offene Kommunikation eine grundlegende Gelingensbedingung von Schule darstellt. Der Gesetzeswortlaut umfasst dabei durch die Aufnahme des Merkmals der Kleidung auch die aus religiösen Gründen getragene Vollverschleierung von Schülerinnen. Ohne sich jedoch auf diesen Einzelfall zu beschränken oder gar diskriminierend zu wirken, wird damit deutlich, dass das Tragen von Burka oder Nikab in einer Schule untersagt ist. Die Vorschrift markiert damit eine eindeutige Grenzlinie für religiös motivierte Kleidung in der Schule.

Meine Damen und Herren, Kommunikation ist mehr als die bloße Wahrnehmbarkeit des gesprochenen Wortes. Kommunikation setzt auch das Erfassen der Körpersprache, insbesondere der Gesichtsmimik voraus.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich wird mein Haus die gesetzliche Regelung durch begleitende untergesetzliche Maßnahmen zielführend in der Anwendung und Umsetzung durch die Schulen vermitteln. Hierzu sind bereits umfangreiche Vorarbeiten getroffen worden. So ist in der vergangenen Woche der zuständige Fachbereich der Niedersächsischen Landesschulbehörde im Rahmen einer Dienstbesprechung im Vorgriff auf die sich abzeichnende Verabschiedung des Gesetzentwurfs unmittelbar und umfassend über die rechtlichen Auswirkungen informiert worden. Auch ist beabsichtigt, nach der Verabschiedung des Gesetzes durch dieses Plenum umfangreiche Begleitmaterialien an die Schulen zu verschicken. Neben erläuternden Hinweisen an die Schulen wird dies auch eine Meldekette im Falle des Besuchs einer vollverschleierten Schülerin an den Schulen beinhalten. Zudem wird den Schulen ein weiterfüh-

render Aufsatz zum besseren Verständnis der Rechtslage zur Verfügung gestellt. Diese Informationen sollen in der Oktober-Ausgabe des Schulverwaltungsblattes für die Schulen verfügbar sein.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend betonen, dass wir bei der schulrechtlichen und pädagogischen Behandlung von Fällen vollverschleierter Schülerinnen nicht am Anfang stehen. Die Niedersächsische Landesschulbehörde hat bereits in der Vergangenheit in diesen Fällen den Schulen sehr gut unterstützend und beratend zur Seite gestanden und wird dies natürlich auch in Zukunft tun.

Die Rechtslage wird durch die Neufassung des § 58 des Schulgesetzes im Sinne der Normenklarheit und einer Erhöhung der Anwenderfreundlichkeit präzisiert. Das ist ein wichtiger Schritt für unsere Schulen, und das begrüße ich ausdrücklich.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen in der Aussprache im Rahmen der abschließenden Beratung zu diesem Gesetzentwurf nicht vor.

Wir treten daher in die Einzelberatung ein. Wer daran mitwirken möchte, der nehme seinen Platz ein. - Das haben zwischenzeitlich alle getan.

Ich rufe in der Einzelberatung auf:

Artikel 1. - Hierzu liegt Ihnen die Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer dieser folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Gibt es nicht. Enthaltungen? - Ebenfalls nicht.

Artikel 2. - Hierzu liegt ebenfalls eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Gibt es auch nicht.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer den Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung annehmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Ich frage formal nach Gegenstimmen. - Die gibt es nicht. Enthaltungen? - Gibt es auch nicht. Damit haben Sie dieses Gesetz einstimmig beschlossen.

(Christian Dürr [FDP]: Wer war noch mal der Einbringer des Gesetzentwurfs?)

- Herr Dürr, ich habe es nicht verstanden. Wiederholen Sie es bitte in der Pause; ich möchte mitmachen.

Meine Damen und Herren, in Abstimmung mit dem Präsidenten, da auch eine Präsidiumssitzung stattfindet, setzen wir die Sitzung um 15.15 Uhr fort. Ich wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause.

(Unterbrechung der Sitzung von
13.54 Uhr bis 15.16 Uhr)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die für die Mittagspause unterbrochene Sitzung.

Wir kommen zu dem

Tagesordnungspunkt 5:

Einsetzung einer Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/2172 - Beschlussempfehlung des Ältestenrates - Drs. 17/2903 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 17/2921 - Unterrichtung - Drs. 17/2963 - Bericht der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ - Drs. 17/8530

Der Landtag hat in der 57. Sitzung am 18. Februar 2016 der Kommission ihren Auftrag erteilt.

Die Enquetekommission hat ihren schriftlichen Bericht vorgelegt. Berichterstatterin ist die Abgeordnete Frau Dr. Silke Lesemann. Sie spricht aber auch für die SPD-Fraktion. Frau Dr. Lesemann, Sie haben das Wort.

Dr. Silke Lesemann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Vor wenigen Tagen jährte sich der Bau der Berliner Mauer zum 56. Mal. Der 13. August 1963 ist in die deutsche Geschichte als Datum des Unrechts eingegangen. Mit dem Mauerbau fanden die deutsche Teilung und staatliche Repressionen eine äußere Form. Sie riss Familien und Freunde brutal auseinander und forderte mehrere Hundert Opfer an der Grenze. Die Teilung, der mit ihr verbundene Schmerz und das Leid vieler Menschen

sind Teil unserer Geschichte, der niemals in Vergessenheit geraten darf.

Der Tag des Mauerbaus ist aber auch ein Anlass, sich an alle anderen zu erinnern, die unter der SED-Herrschaft gelitten haben. Eine zentrale Rolle spielte dabei die DDR-Geheimpolizei. Das Ministerium für Staatssicherheit kümmerte sich im Auftrag der SED um alle neuralgischen Punkte. Es sicherte den Bau der Mauer ab, spürte Mauerkritiker und Fluchtwillige auf.

Meine Damen und Herren, nahe an diesem so wichtigen Symboltag für die deutsch-deutsche Teilung beendet die Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ ihre parlamentarische Arbeit.

Im Februar 2015 entschieden sich alle Fraktionen im Niedersächsischen Landtag für die Einsetzung einer 17-köpfigen Enquetekommission zur Aufarbeitung der Stasiaktivitäten in Niedersachsen, nachdem ein Ursprungsantrag der CDU vorgelegen hatte.

Im Mittelpunkt steht ein brisantes und noch immer nicht umfassend aufgearbeitetes Thema unserer jüngsten Geschichte: die Arbeit des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Niedersachsen. - Faktengesättigte akribische Recherchen der beiden NDR-Redakteure Angelika Henkel und Stefan Schölermann zeigten, dass der lange Arm der Stasi auch unser Bundesland berührte.

Durch die Aktivitäten des MfS sind auch in Niedersachsen zahlreiche Menschen bespitzelt oder anderweitig geschädigt worden. Wie viele es genau waren, wissen wir nicht. Es gibt aber viele Indizien, dass die Staatssicherheit der DDR zwischen Harz und Nordsee über ein dichtes Netz von sogenannten Inoffiziellen Mitarbeitern verfügte, die auch in niedersächsischen Landeseinrichtungen und Unternehmen spionierten. Die Bespitzelung studentischer Milieus, aber auch politischer Parteien war bis Ende der 80er-Jahre Usus. In dem vor den Toren gelegenen Garbsen unterhielt die Stasi mit der Residentur Mitte ein besonders dichtes Spitzelnetzwerk, das geheimste Militärunterlagen in die DDR schleuste.

In Niedersachsen gab es sowohl Opfer als auch Täter der Staatssicherheit. Zur Aufarbeitung des damit verbundenen Unrechts sollte nicht nur auf den Ursprung des MfS in den östlichen Bundesländern geschaut werden, sondern eine historische Auseinandersetzung sollte auch in Niedersachsen

erfolgen, solange es noch Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gibt. Das war die grundsätzliche Idee für die Enquetekommission.

Inhaltlich - so ist es im Aufstellungsbeschluss festgehalten - sollten neun Themenfelder bearbeitet werden. Dies alles sind Forschungsthemen, die bei gründlicher Aufarbeitung mehrere wissenschaftliche Kolloquien füllen könnten. Nun ist es aber nicht die Aufgabe von Landtagsabgeordneten, selbst wenn sie dazu fachlich in der Lage wären, tiefer in eine historische Erkundung dieser Bereiche vorzudringen und eigene wissenschaftliche Ausarbeitungen zu verfassen. Dazu fehlen uns Kenntnis und auch Zeit.

Es konnte auch nicht allein um die wissenschaftliche Aufarbeitung gehen. Angesichts der Bedeutung der deutschen Teilung für unsere Geschichte ergaben sich hieraus auch Fragestellungen, unter denen unterschiedliche juristische, ökonomische, soziale und ethische Aspekte abgewogen werden. Die Einsetzung einer Enquetekommission und nicht nur die Erteilung eines Forschungsauftrages - so hätte man es ja auch machen können - waren daher folgerichtig.

Meine Damen, meine Herren, seit Bestehen des Niedersächsischen Landtags ist dies erst die vierte Enquetekommission. Es handelt sich dabei um eine parlamentarische Besonderheit. Eine Enquetekommission ist weder ein Landtagsausschuss noch ein Untersuchungsausschuss im Sinne der Niedersächsischen Verfassung. Üblicherweise dient die Arbeit der Landtagsausschüsse der Kontrolle der Regierungsarbeit. Die Stoßrichtung einer Enquetekommission ist aber ganz anders gelagert; denn im Fokus stehen hier die eigenständige Aufarbeitung und Bewertung von komplexen Sachverhalten sowie die Unterbreitung von Vorschlägen, die für eine weitere Beschlussfassung des Landtages von Bedeutung sein können.

Unsere Kommission umfasst - oder „umfasste“ muss man demnächst ja sagen - siebzehn Mitglieder, und zwar elf Mitglieder des Landtages und sechs Sachverständige, die nicht Abgeordnete sind. Von den Abgeordneten gehören vier der CDU-Fraktion an, sechs der Zählgemeinschaft der Fraktionen von SPD und Grünen sowie einer der Fraktion der FDP.

Bei den Sachverständigen handelt es sich zum einen um einschlägig profilierte Wissenschaftler. Wir sind sehr stolz darauf, dass die uns auch zur Seite gestanden haben. Ich nenne hier z. B. Frau Professorin Dr. Daniela Munkel vom BStU, Profes-

sor Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann von der Leibniz Universität Hannover oder Samuel Salzborn von der Georgia-Augusta Göttingen. Unter ihnen war auch der zwischenzeitlich verstorbene Dr. Hans-Jürgen Grasmann, den wir in wirklich sehr guter Erinnerung haben, weil er uns hervorragend unterstützt hat. Herr Grasmann war über einige Jahre stellvertretender Leiter der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mit Silke Stokar und Hartmut Büttner wurden zwei ehemalige Bundestagsabgeordnete Mitglieder des Gremiums, die schon im Bundestag in unterschiedlichen Kommissionen und Gremien zum Thema „Stasi und Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit“ gearbeitet haben.

Ich denke, ihnen allen gebührt ein großer Dank für die Einbringung von so viel Expertise und Engagement.

(Beifall)

Unsere Enquetekommission zur Aufarbeitung der Stasiaktivitäten in Niedersachsen hat Neuland betreten. Sie ist die erste Kommission dieser Art in den alten Bundesländern. Dies betrifft sowohl die inhaltlich-thematischen Aspekte als auch die Art und Weise der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik mit ihren ganz jeweils eigenen unterschiedlich gewachsenen Diskussions- und Diskurskulturen. Hierzu kann ich sicherlich einiges als Bindeglied beitragen, weil ich lange Zeit als Wissenschaftlerin, als Historikerin, gearbeitet habe, bevor ich in den Landtag gekommen bin. Auch ich habe erlebt, wie schwierig es manchmal vom Denken her ist. Man ist in anderen Zeitabläufen, in anderen Logiken verhaftet. Man muss es einfach zusammenbringen. Dass man das fruchtbar machen kann, zeigt, glaube ich, auch unsere Kommission.

Doch nicht nur in diesen unterschiedlichen Kulturen der Diskussion, Wissenschaft und Politik zusammenzuführen, lag von Anfang an auch ein gewisser Reiz.

Eine systematische Aufarbeitung des Wirkens der Staatssicherheitsorgane der DDR in Niedersachsen gibt es bisher noch nicht. Dies gilt nicht nur mit Blick auf Niedersachsen, sondern es gilt auch für die übrigen westdeutschen Bundesländer. Unsere Kommission hat deshalb eine Vorreiterfunktion eingenommen, auch im Sinne der politischen Auf-

arbeitung der gemeinsamen deutsch-deutschen Geschichte.

Dabei war eine wesentliche Herausforderung, im begrenzten Einsetzungszeitraum bis ungefähr Frühjahr 2017 zu vorzeigbaren Ergebnissen zu kommen. Zur Bearbeitung der im Einsetzungsbeschluss definierten Themen wurde ein mehrstufiges Verfahren festgelegt. Wir haben für uns selber Regel aufgestellt, um dieses mehrstufige Verfahren einzuhalten.

Erstens: die Erstellung eines kommentierten Findbuches zur Dokumentation der archivalischen Bestände zu den Themenfeldern des Einsetzungsauftrages. Letztlich ist das Aufbewahren von Archivalien kein Selbstzweck. Sie müssen entdeckt, historisch aufgearbeitet und interpretiert werden. Lehren für das demokratische Miteinander und gegen Repression und Verfolgung sind daraus zu ziehen. Unsere Demokratie muss verteidigt werden. Dazu trägt das Wissen über Methoden und Aktivitäten der Gegner von Demokratie natürlich einiges bei. Ich bin davon überzeugt, dass dies mit dem von Frau Dr. Elke Kimmel erstellten Findbuch gelingen wird. Es wird eine gute Grundlage für weitere Forschungsarbeiten sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweitens haben wir im April 2016 ein wissenschaftliches Symposium hier in diesen Räumlichkeiten durchgeführt. Dies war sehr gut besucht, und es war auch eine tolle Fachöffentlichkeit dabei. Einschlägig Forschende haben sich beteiligt. Die Beiträge werden in einem Tagungsband präsentiert.

Drittens fanden in der Enquetekommission Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen statt. Unser Kommissionsmitglied Hartmut Büttner, der heute auch anwesend ist, hat sich bei den Vorbereitungen sehr verdient gemacht. Ich freue mich, Herrn Preuß begrüßen zu können, der als Sprecher der Opferverbände heute hier ist.

(Beifall)

Den Opfern des MfS in Niedersachsen hat die Kommission bewusst großen Raum eingeräumt. Ihre erschütternden Lebens- und Leidensgeschichten lösten bei uns allen große Betroffenheit aus. Es ist gar nicht hoch genug einzuschätzen, mit welcher großer Offenheit die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen berichteten. Wir sind ihnen allen zu großem Dank verpflichtet, dass die traumatisierenden Ereignisse und Drangsale der Kommission gegenüber berichtet wurden. Die Gespräche mit den

Zeitzeugen - ich glaube, da sind sich alle Mitglieder der Kommission einig - gehören zu den eindrucksvollsten Sitzungen, und sie werden in einer dreibändigen Veröffentlichung dokumentiert.

Mit Abschluss der Arbeit der Enquetekommission werden diese Arbeitsergebnisse nun in einer dreibändigen Publikation vorgelegt, die dieser Tage in den Druck geht und in einigen Wochen vorliegen soll. Diese soll natürlich gleichzeitig auch Basis für die weitere wissenschaftliche Bearbeitung des Themas sein.

Meine Damen, meine Herren, die Kommission hat eine Reihe von Erkenntnissen zutage gefördert. Zum einen geht es darum, einen Beitrag zur Erinnerungskultur zu leisten, zum anderen geht es aber auch um auf die Zukunft gerichtete Empfehlungen. Was es bedeutet, in einem geteilten Land zu leben, kennt eine Vielzahl von uns, die wir hier zusammensitzen. Die jüngere Generation kennt das aber nicht mehr. Dies zu vermitteln, wird mit zunehmender zeitlicher Distanz immer schwieriger. Die Empfehlungen sollen von daher auch einen Impuls geben, Erinnerung und Aufarbeitung voranzubringen.

Zu den Empfehlungen im Einzelnen, die Ihnen ja auch als Drucksache zugegangen sind:

Besonderes Augenmerk wurde auf die Befassung mit den Opfern von Stasiunrecht gerichtet. Es gibt deshalb Empfehlungen zur Anerkennung, Hilfe und Entschädigung der Opfer. Unter anderem soll die bestehende Opferberatungsstelle in Niedersachsen so lange fortgeführt werden, bis hierfür keine weitere Nachfrage mehr besteht. Unter anderem soll das Land eine Bundesratsinitiative ergreifen und die Rehabilitierungszuwendungen nicht mehr an eine bestimmte Zeit der Haftstrafe binden.

Etlche Empfehlungen beziehen sich auf die Bereiche Schule, Erinnerungskultur, Forschung und Lehre. Beispielsweise sollen Gedenkstätten und Ausstellungen mit Bezug zur SED-Diktatur und mit Bezug auf Niedersachsen künftig stärker gefördert sowie Maßnahmen ergriffen werden, die die Auswirkungen staatlicher Unrechtsherrschaft künftig greifbarer machen. Hierzu gehört auch die Einbeziehung digitaler Medien.

Des Weiteren soll die Einflussnahme der Stasi auf Abgeordnete, deren Mitarbeiter und Parteien untersucht werden. Außerdem erscheint der Kommission ein Verbundprojekt „Stasi in Niedersachsen“ lohnenswert. Die weitere Untersuchung des Stasieinflusses auf Niedersachsen steht aber im-

mer noch am Anfang. Ideen, wie diese Untersuchung aussehen könnte, gibt es viele.

Meine Damen, meine Herren, am Ende dieser Kommissionsarbeit möchte ich mich ganz herzlich bei all denen bedanken, die uns Auskunft gegeben haben.

Zuallererst möchte ich die Zeitzeugen nennen, die sich zur Verfügung gestellt und in großer Offenheit auf unsere Fragen geantwortet haben. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der unterschiedlichsten Ministerien sind zu nennen, vor allem aber auch unser Ausschussreferent, Herr Gutzler, und Frau Dr. Kresse vom Stenografischen Dienst, die dieses nicht alltägliche Gremium immer hervorragend unterstützt und begleitet haben.

(Beifall)

Eine hervorragende Unterstützung haben wir durch die Archive, beispielsweise das Niedersächsische Landesarchiv Hannover, aber auch die Archive in Magdeburg und Berlin, erfahren.

Allen voran möchte ich den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Herrn Roland Jahn, nennen. Er war ein ganz wichtiger Wegbegleiter und Unterstützer unserer Kommission.

Mein Lob und mein Dank gelten - das sage ich auch als Vorsitzende der Enquetekommission - insbesondere allen Kollegen aus dem Landtag. Wir haben, glaube ich, sehr produktiv und konstruktiv miteinander gearbeitet; das ist nicht immer in dieser Form der Fall. Dafür herzlichen Dank! Es war wirklich eine sehr angenehme Atmosphäre. Es war hervorragend, finde ich, wie wir das hinbekommen haben, das war klasse, obwohl das Themenfeld manchmal schwer zu bewältigen war.

Die historische, fachliche Aufarbeitung ist aber nur das Eine. Sie hätte zwischen zwei Buchdeckeln Platz gehabt. Das Interesse der Enquetekommission geht aber darüber hinaus. Die Aufarbeitung von Stasiunrecht braucht Aufmerksamkeit. Am Ende muss es auch darum gehen, wie Vermittlungsarbeit geleistet werden kann, wie die Öffentlichkeit, wie vor allem junge Menschen über das Thema informiert werden. Deshalb freue ich mich sehr über das beachtliche Presse- und Medieninteresse an unserer Arbeit. Im Rahmen unserer Arbeit war es auch mehrfach möglich, an Veranstaltungen teilzunehmen und über unsere Tätigkeiten zu berichten, z. B. in Berlin, Teistungen und Hannover.

Meine Damen und Herren, die Enquetekommission will ein nicht zur Genüge aufgearbeitetes Kapitel der jüngeren deutschen und auch niedersächsischen Geschichte aufarbeiten und dies mit einer Mahnung verbinden. Demokratie ist das Grundprinzip der Gesellschaft, in der wir leben. Demokratie ist aber keine Selbstverständlichkeit. Sie muss immer wieder aufs Neue erkämpft werden. Mechanismen, Methoden und Ausmaß staatlicher Unterdrückung aufzuarbeiten, ist auch ein Beitrag dazu, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für die Zukunft zu rüsten und zu stärken.

Die Arbeit der Enquetekommission ist heute beendet; das ist völlig zutreffend. Aber mit der demnächst folgenden Veröffentlichung der Begleitbände wird die Forschung weitergehen, wird das Interesse hoffentlich auch andernorts geweckt werden. Die Auseinandersetzung mit diesem Kapitel unserer jüngsten deutsch-deutschen Geschichte ist hingegen noch lange nicht abgeschlossen. Ganz im Gegenteil: Sie wartet geradezu auf ihre Aufarbeitung, solange es noch Zeitzeugen gibt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Dr. Lesemann. - Das Wort hat jetzt Volker Meyer für die CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Meyer!

(Zustimmung von Adrian Mohr [CDU])

- Herr Meyer, ein Fan!

(Björn Thümler [CDU]: Was hat das gekostet?)

Volker Meyer (CDU):

Immerhin, Herr Präsident.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Das kann sich nur steigern. Bitte schön!

Volker Meyer (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenige Tage nach den Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit hier in Hannover reichte die CDU-Landtagsfraktion einen Antrag zur Einrichtung einer Enquetekommission mit dem Titel „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Nieder-

sachsen aufarbeiten“ ein. Schließlich kamen alle vier hier im Landtag vertretenen Fraktionen überein, diese Enquetekommission einzurichten. Frau Lesemann hat es bereits gesagt: Es ist die vierte Enquetekommission seit Bestehen des Niedersächsischen Landtages.

Die Aufgaben einer Enquetekommission sind die eigenständige Aufarbeitung und Bewertung von komplexen Sachverhalten aus dem Untersuchungsauftrag sowie die Unterbreitung von Vorschlägen für weitere Beschlüsse des Landtages. Warum betone ich die eigenständige Aufarbeitung und Bewertung besonders? Bei aller Gemeinsamkeit der Fraktionen im Laufe des Arbeitsprozesses - zu Beginn war es doch schwer, einen gemeinsamen Weg zu finden. Man musste den Eindruck gewinnen, dass SPD und Grüne diese Arbeit am liebsten durch die Landesregierung hätten machen lassen. Dies widerspricht aus unserer Sicht dem grundsätzlichen Wesen einer Enquetekommission. Es widerspricht auch dem Selbstverständnis dieses Hauses sowie dem Selbstverständnis unserer Parlamentarier. Hierüber sollten Sie, glaube ich, in Zukunft noch einmal nachdenken. Wir als Parlamentarier sollten so viel Selbstbewusstsein haben, dass wir unsere eigenständig ermittelten Ergebnisse auch entsprechend vertreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Enquetekommission ist die erste Kommission dieser Art in den alten Bundesländern. Eine systematische Aufarbeitung des Wirkens der Staatssicherheitsorgane der DDR gab es bisher noch nicht. Dies gilt mit Blick nicht nur auf Niedersachsen, sondern auch auf die übrigen westdeutschen Bundesländer.

Mit der Einrichtung der Enquetekommission wurde die Aufarbeitung der Machenschaften der Stasi als gesamtdeutsche Aufgabe anerkannt. Dies fand bundesweit eine hohe Anerkennung. Somit könnte diese Kommission auch Vorbildcharakter für andere westliche Länder haben, was, denke ich, überaus erfreulich wäre.

(Beifall bei der CDU sowie Zustimmung bei der SPD, bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Mit Abschluss der Arbeit der Enquetekommission werden diese Arbeitsergebnisse nun in einer dreibändigen Publikation vorgelegt. Dies sollte gleichzeitig auch Basis für eine weitere wissenschaftliche Bearbeitung dieses Themas sein. Insbesondere die Anhörung der Zeitzeugen hat gezeigt, dass die historische Sichtweise nur ein Teilbereich ist. Bei

leider viel zu vielen Menschen ist bereits nach 25 Jahren manches in Vergessenheit geraten. Deshalb muss es unser aller Ziel sein, auf Grundlage der Arbeitsergebnisse der Kommission das Bewusstsein für das Stasiunrecht zu schärfen, dieses transparent zu machen und im Bewusstsein unserer Bevölkerung wachzuhalten.

Die Enquetekommission hatte den Auftrag, ein nicht abgeschlossenes Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte aufzuarbeiten. Wir haben einiges an Erkenntnissen zusammentragen können. Hier danke ich allen Mitgliedern und Sachverständigen in der Enquetekommission, aber auch allen Damen und Herren, die uns ihre Erlebnisse und Erfahrungen geschildert haben. Danken möchte ich darüber hinaus den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung und der Ministerien für ihre Unterstützung.

(Beifall)

Ein ganz besonderer Dank geht aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion an Hartmut Büttner und Dr. Hans-Jürgen Grasemann.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP sowie Zustimmung bei den GRÜNEN)

Lieber Hartmut Büttner, nicht nur haben Sie uns mit Ihrem Fachwissen, Ihren umfangreichen Kenntnissen und Ihrem unglaublichen Netzwerk beeindruckt, sondern Sie haben mit Ihren Erfahrungen und Kenntnissen - gemeinsam mit den anderen Sachverständigen - mitunter auch den Blick deutlich erweitert und uns hin und wieder zur Tagesordnung zurückgeholt.

Dr. Hans-Jürgen Grasemann hat sich durch seinen jahrzehntelangen Einsatz für Stasiopfer und für die juristische Aufarbeitung des DDR-Unrechts verdient gemacht und in der Enquetekommission hierbei einen wichtigen Platz eingenommen. Er ist leider - viel zu früh - Ende 2016 plötzlich gestorben.

Danken möchte ich auch allen Zeitzeugen, insbesondere Herrn Preuß, der heute anwesend ist, die die Kraft und den Mut aufgebracht haben, ihre persönliche Geschichte mit uns zu teilen. Dies waren zum Teil sehr bewegende Momente, die uns immer wieder Respekt abforderten, aber auch Demut und Dankbarkeit, selber derartiges nicht erlebt haben zu müssen.

(Beifall)

Gerade die Berichte der Zeitzeugen belegen: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss immer wieder aufs Neue erkämpft werden.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

Mechanismen, Methoden und Ausmaß staatlicher Unterdrückung aufzuarbeiten, ist auch ein Beitrag, um unsere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Zukunft zu stärken. Der Bericht der Enquetekommission beinhaltet eine Auswertung gewonnener Erkenntnisse. Eine Liste von Empfehlungen wurde dem Abschlussbericht angeheftet. Diese Empfehlungen widmen u. a. der jungen Generation, die die Teilung unseres Landes nicht miterlebt hat, besondere Aufmerksamkeit. Dabei geht es um Erinnerungskultur, um die Vermittlung von Erfahrungen, was es bedeutet, in einem geteilten Land unter einem totalitären Regime zu leben. Das Wissen um die Auswirkungen einer Diktatur auf den Einzelnen muss vor allem der jungen Generation nahe gebracht werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP sowie Zustimmung von Hans-Dieter Haase [SPD])

Außerdem richten sich die Empfehlungen des Abschlussberichtes an die Menschen, welche die zweite Diktatur auf deutschem Boden noch selbst erlebt haben.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich möchte gern auf einige Ergebnisse der Enquetekommission etwas detaillierter eingehen.

Alle Mitglieder der Enquetekommission wissen die erfolgreiche Arbeit der Beratungsstelle für SED-Opfer im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport zu schätzen. Wir empfehlen, diese Opferberatungsstelle so lange fortzuführen, wie hierfür Nachfrage besteht, und dabei weiterhin für eine finanziell und personell ausreichende Ausstattung zu sorgen. Positiv ist die Arbeit des vorhandenen Netzwerkes zu bewerten: bestehend aus der Opferberatungsstelle, dem niedersächsischen Netzwerk für SED- und Stasiopfer sowie vielen aktiven Opferverbänden und verbandsungebundenen SED- und Stasiopfern.

Die meisten Opfer haben verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden davongetragen. Bei der Anerkennung dieser Gesundheitsschäden gibt es bedauerlicherweise - bedingt durch die Unterschiedlichkeit der 16 Länder, die ein Bundesgesetz anwenden müssen - immer wieder Ungerechtigkeiten und erhebliche Unterschiede in der Begutachtung. Hier sind Bundesregierung und Bundestag

gefragt. Ziel sollte es sein, dass Gutachter nicht nur medizinisch sachverständig sind, sondern auch über die nötigen geschichtspolitischen und DDR-spezifischen Kenntnisse verfügen und die Begutachtung insgesamt verbessert und vereinheitlicht wird.

Leistungen der bescheidenen Opferrente von maximal 300 Euro monatlich erhalten nur SED-Opfer, die heute sozial bedürftig sind. Bei der Anhörung von Zeitzeugen wurde deutlich, dass es den meisten Betroffenen nicht in erster Linie um einen finanziellen Ausgleich einer sozialen Notlage geht, sondern vielmehr um die Anerkennung des wiedervereinten Deutschlands für ihren Einsatz für Demokratie und persönliche Freiheit - wofür ich ihnen heute noch sehr dankbar bin.

(Beifall)

Hier sollte eine Bundesratsinitiative erwirken, dass diese besondere Zuwendung künftig nicht mehr an eine heute bestehende Bedürftigkeit gebunden wird, sondern nur noch an eine Mindestdauer von 180 Hafttagen. Auf weitere Empfehlungen wird meine Kollegin Heidi Mundlos später noch eingehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich empfinde Hochachtung vor denen, die der DDR die Stirn geboten und für ihre Freiheit gekämpft haben - nicht nur für ihre Freiheit, sondern für unser aller Freiheit.

(Lebhafter Beifall)

Ich hoffe, dass möglichst viele der Empfehlungen der Enquetekommission umgesetzt werden und dass nachfolgende Parlamente das Ihrige dazu beitragen und gegebenenfalls mit einer weiteren Kommission zur Bearbeitung der offenen Fragestellungen herantreten. Vor allem aber hoffe ich, dass unsere Kinder und Enkel von totalitären Systemen verschont bleiben. Wenn dazu mit dieser Enquetekommission ein kleiner Beitrag geleistet werden konnte, hätten wir sehr viel erreicht.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Meyer. - Jetzt hat sich zu Wort gemeldet Regina Asendorf für Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön!

Regina Asendorf (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vom Beschluss zur Einsetzung der Enquetekommission im Februar 2015 bis heute zur Vorstellung im Landtag sind auf immerhin 147 Seiten unglaublich viele Fakten zusammengestellt worden. Es hat Anhörungen gegeben. Insbesondere die Anhörung der Opfer wird uns Mitgliedern der Kommission sicherlich in Erinnerung bleiben. Denn auch wenn der Besuch des Archivs in Magdeburg mit seinen unvorstellbar vielen Säcken und Akten schon beeindruckend war, war es wichtig, diesen doch anonymen Quellen ein Gesicht zu geben.

Es war oft schwer zu ertragen, so wie es immer schwer zu ertragen ist, wenn so viel Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit passiert, wo auch immer. So war es für mich von Anfang an die Frage, welche Lehren wir aus dieser Kommission ziehen können.

Zuerst einmal die Erkenntnis, dass das begangene Unrecht schwerlich wiedergutzumachen ist. Genommene Lebenszeit kann man nicht mehr ersetzen. Wenn wir das nicht können, so stellt sich die Frage nach den Konsequenzen für diejenigen, die nun Zeuge geworden sind, und wie sie den Opfern gerecht werden können.

„Die Erkenntnis der Erkenntnis verpflichtet“, sagt Maturana in seinem Buch „Der Baum der Erkenntnis“. Die Verpflichtung, die sich aus dieser Erkenntnis ergibt, kann nur sein, alles, wirklich alles dafür zu tun, dass all das nicht wieder passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der FDP)

Das bedeutet, sich die Mechanismen des Apparates anzusehen, der die Menschen dazu gebracht haben, andere zu überwachen und ihnen damit jegliche Privatheit und Bürgerrechte zu nehmen.

„Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem anderen zu.“ Dieses Sprichwort legt die moralische Grundlinie in unserer Gesellschaft dar. Man könnte den Spruch erweitern und sagen, dass wenn du anderen doch etwas tust, vor dem du selbst dich fürchten würdest, dann zerstörst du das Gefüge unserer Gesellschaft. - Das Bindeglied zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft ist Vertrauen. Wenn es nicht mehr existiert, herrschen Angst, Misstrauen und Hass. Eine solche Gesellschaft kann nicht mehr demokratisch handeln. Ihr fehlt die Grundlage einer Beteiligung der Bürger.

In der ehemaligen DDR hat man eine Gesellschaft des Nebeneinander und nicht des Miteinander erzeugt. Auf Dauer kann dies keinen Bestand haben. Eine solche Gesellschaft ist nicht mehr innovativ, sie entwickelt sich nicht weiter, sie verarmt in vielerlei Hinsicht.

Um uns herum können wir diese Entwicklung beobachten, in der Türkei, in Polen, in den USA. Die Demokratien erodieren um uns herum. Aber auch wir sind nicht frei von derartigen Tendenzen. Sie sind schleichender, unauffälliger. Wir gewöhnen uns jeden Tag an etwas mehr Unfreiheit, Unmoral und Verantwortungslosigkeit, sei es in der Politik oder in den Konzernspitzen, sei es die Dieselaffäre oder seien es Pflanzenschutzmittel im Grundwasser. Es regt uns auf, und gleichzeitig können millionenschwere Manager kalt lächelnd in die Kamera sehen und uns fadenscheinige Erklärungen geben - fast so, wie es in der DDR alltäglich war. Wahhaftigkeit ist kein Wert mehr, sondern ein Hindernis im Karrierelauf.

(Unruhe bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe bei den Diskussionen immer parallel unser eigenes Land vor Augen und die Zukunft, in die es geht, und ich betrachte es mit Sorge.

Ich hoffe, dass Sie sich angesichts des Berichts an die Errungenschaft unserer Demokratie erinnern, den Auftrag, den uns die Verfassung gegeben hat. Deswegen wiederhole ich hier und jetzt: Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. Immer!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]: Das kann man doch nicht so stehen lassen, wie sie Konzernmanager verglichen hat!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Asendorf. - Für die FDP-Fraktion hat sich zu Wort gemeldet Almuth von Below-Neufeldt. Bitte schön!

Almuth von Below-Neufeldt (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mauertote, keine Meinungsfreiheit, politische Häftlinge, Beschränkung von Reisefreiheit,

kein Wahlrecht und Freikauf politischer Häftlinge - das alles haben wir aus den vielen, vielen Jahren der DDR-Zeit wohl fast alle noch im Kopf.

Meine Damen und Herren, 25 Jahre, nachdem die Mauer endlich gefallen war und auch die neuen Bundesländer endlich freie demokratische Länder wurden, kam der CDU-Antrag: im Oktober 2014, unmittelbar nachdem sich der Mauerfall zum 25. Mal gejährt hatte. Es war Zeit, es war höchste Zeit; denn, meine Damen und Herren, die Geschichte lebt. Sie lebt mit denjenigen, die sie miterlebten und die darüber berichten können. Das ist ganz, ganz wichtig; darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

Meine Damen und Herren, die Einsetzung der Enquetekommission war bedeutsam, wichtig und richtig gut. Niedersachsen ist das Nachbarland mit der längsten Grenze zur ehemaligen DDR. Niedersachsen ist auch ein Land, in dem die Stasi des Unrechtsregimes der DDR umfangreich gewirkt hat.

Meine Damen und Herren, in der Enquetekommission waren wir 17 Mitglieder. Frau Dr. Lesemann hat das bereits beschrieben. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ganz ausdrücklich den Sachverständigen danken, die uns nicht nur beraten, sondern auch zu verschiedensten Orten begleitet haben, wo wir mit der Stasi und ihren Machenschaften konfrontiert wurden, aber auch mit ihren Hinterlassenschaften. Außerdem haben sie den Blick in die Zukunft gelenkt; denn gerade den Sachverständigen haben wir es zu verdanken, dass aufgezeigt wurde, wo noch Forschungs- und Erkundungsbedarf besteht. Das, meine Damen und Herren, ist eine Aufgabe, der die Politiker der nächsten, der 18. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtags hier hoffentlich mit viel Engagement nachkommen werden und für das sie nach meiner Hoffnung auch Verantwortung übernehmen wollen und mögen.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle ganz besonders Herrn Professor Schmiechen-Ackermann danken, aber natürlich auch Frau Professorin Munkel und Herrn Büttner. Sie haben den Blick nicht nur nach hinten, sondern wirklich auch nach vorne gerichtet.

Meine Damen und Herren, der Auftrag der Enquetekommission umfasste neun Punkte. Im Rahmen ihrer Bearbeitung haben wir verschiedene

Dinge unternommen. Ich möchte zunächst einmal den Besuch der Stasizentrale in Berlin herausstellen. Wir waren an dem Platz, an dem Herr Mielke seine Frühstücksanweisung hinterlegt hatte. Es war ein Blatt Papier, auf dem aufgezeichnet ist, wo der Teller und wo der Kaffee stehen und dass er zwei Eier zum Frühstück haben möchte. Ich habe in dem Augenblick nur gedacht: Was für ein Kleingeist! Was für eine grausame, riesengroße Maschinerie steht dahinter, um all die Menschen, die in der DDR leben mussten, zu unterdrücken!

Ja, meine Damen und Herren, der Besuch der Stasizentrale aus der Zeit vor dem Internet und dem PC machte ein Weiteres deutlich: Personenscharf wurde alles gesammelt, was man über den Einzelnen in Erfahrung bringen konnte. Es war eine unfassbare Maschinerie. Mehr als deutlich wurde dort aber auch Folgendes: Die DDR - und das darf eben nie wieder passieren - schuf ein Klima der Verunsicherung. Es gab kein Klima für Vertrauen untereinander, ein Klima, wie wir es in einer starken demokratischen Gesellschaft immer erleben dürfen und auf das wir setzen können.

Auch wenn wir im Detail unterschiedlicher politischer Auffassung sind - wir können im Vertrauen auf eine demokratische Grundausrichtung sehr gut zusammenarbeiten. Das gab es dort überhaupt nicht. Die DDR konnte und wollte gar kein Zutrauen in die Bürger haben. Sie hat den Bürgern die Verantwortung entzogen. Es gab nur ein Handeln auf Anweisung. Es gab nur Mainstream. Und es gab nur Gleichheit. Was heißt das? - Das ist ein Verlust für alle. Es ist eine Verlustgeschichte für eine Gesellschaft. Es ist das Abwürgen jeglicher Entwicklung, jeglichen Denkens in eine gute Zukunft.

Meine Damen und Herren, das ist nach meinem Dafürhalten ganz, ganz wichtig zu erkennen; denn umso mehr schätzt man den Wert der Demokratie und den Wert freier Wahlen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, erwähnen möchte ich natürlich auch die Besuche der Grenzlandmuseen, die ebenfalls erschreckende Details zeigten.

Worauf ich noch auf jeden Fall zu sprechen kommen möchte: Ich möchte den angehörten Opfern danken. Meine Damen und Herren, das war eine ganz besondere Sitzung; denn sie bewies: Das System schreckte vor nichts zurück.

Ich möchte an einen jungen Volkspolizisten, einen jungen Offizier erinnern, dem die Flucht nach Westdeutschland schon gelungen war. Er wurde gekidnappt, er wurde in die DDR zurückgebracht, ihm wurde der Prozess gemacht, und er wurde zum Tode verurteilt und enthauptet.

Meine Damen und Herren, vergessen Sie diese verbrecherischen Taten niemals!

(Beifall)

Die Opfer kamen zu Wort. Ich danke allen Damen und Herren, dass sie sich die Geschehnisse, die sie ein Leben lang traumatisiert haben, noch einmal in Erinnerung gerufen und für uns neu beschrieben haben. Sie haben ihr Schicksal beschrieben, und dafür kann man ihnen gar nicht genug danken. Es war eine Zeit, die bei ihnen tiefe Narben hinterließ. Ich erinnere an einen jungen Mann, der wegen geplanter Republikflucht als Jugendlicher, als 17-/18-Jähriger verhaftet und im Gefängnis nur mit faulen Kartoffeln und Fischköpfen versorgt wurde. Das war alles, was er zu essen bekam. Er nahm innerhalb kürzester Zeit 30 kg ab.

Meine Damen und Herren, wenn ein Staat so etwas nötig hat, dann können wir nur umso mehr schätzen, wie gut es uns in unserer Demokratie geht.

(Beifall)

Deswegen: Ich danke der CDU-Fraktion für diesen guten Antrag. Wir dürfen das Unrecht der DDR nicht vergessen. Ich hoffe, dass die offenen Fragen in Zukunft weiterhin erforscht werden.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau von Below-Neufeldt. - Jetzt hat sich Heidi Mundlos zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Heidemarie Mundlos (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch etwas zum Themenkomplex Bildung sagen.

Auch wenn, wie wir erfahren haben, das Thema DDR-Unrechtssystem in allen Schulformen fächerübergreifend Bestandteil des Unterrichts ist, so sind wir dennoch zu dem Ergebnis gekommen, dass man es entscheidend intensivieren kann. Man muss überlegen, wie man noch nachhaltiger vermitteln kann, was das totalitäre System in der

DDR mit den Menschen gemacht hat. Dazu gehören auch eine Gedenkstättenförderung und die Förderung von Ausstellungen. Der Landeszentrale für politische Bildung kommt dabei natürlich eine besondere Bedeutung zu. Eine Zeitzeugenliste auch in diesem Zusammenhang für alle Bildungseinrichtungen gewinnt derweil mehr und mehr an Bedeutung. Mich haben die Ausführungen der Zeitzeugen tief bewegt und erschüttert, aber auch motiviert, nicht nachzulassen.

Wenn wir von Bildung reden, muss man natürlich auch den Blick auf die Hochschulen werfen. Es könnte künftig vielleicht doch einmal eine zeithistorische Professur zum Themenkomplex „DDR-Geschichte“ an niedersächsischen Hochschulen eingerichtet werden. So etwas gibt es bisher noch nicht.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer sich mit einer solchen Thematik befasst - gerade hier, in einem Parlament -, der darf natürlich nicht vor den Abgeordneten haltmachen, der darf nicht vor den Parteien haltmachen, vor den Ministerien, vor den Fraktionen. Die Sache muss weitergehen. Es muss geprüft werden, inwieweit in diesem gesamten Spektrum Unterwanderung und Einflussnahme möglich waren und stattgefunden haben. Das alles wissen wir noch nicht hinreichend genug. Von daher kann ich nur sagen: Das muss fortgesetzt werden.

Ich erinnere daran, dass bereits 1992 ein Antrag von CDU und FDP mit dem Titel „Richtlinie zur Überprüfung auf eine Tätigkeit für das MfS“ hier Thema war. 1994 und 1995 sind ähnliche Anträge gestellt worden. Ich bin aber der Meinung, dass das nicht reicht. Das muss künftig fortgesetzt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich dieses Thema jetzt etwas verlassen. Ich komme aber gleich noch einmal darauf zurück.

Das ist heute meine letzte Rede in diesem Hohen Hause. Ein herzliches Dankeschön an meine Fraktion, dass ich zur Stasi, zu einem solchen wichtigen Thema, reden durfte! Das war für mich wirklich eine Ehre.

(Beifall)

Ich bin seit 1994 - das ist ganz schön lange - im Landtag und durfte viele spannende, interessante, vielseitige Themen bearbeiten. Ich habe es außerordentlich geschätzt, dass das seinen Höhepunkt

in dieser Enquetekommission finden konnte. Die Arbeit war stets eine Herausforderung. Aber Sie wissen es ja selbst: Politik machen ist wie Lakritz essen - wenn man den Boden der Tüte sieht, will man sogleich, dass es eine neue gibt. Und wenn man sagt, kein Gesetz verlässt den Landtag so, wie es reinkommt, dann kann ich nur feststellen: Auch kein Abgeordneter verlässt den Landtag so, wie er hier mal begonnen hat. Das, was wir hier bewerkstelligen können, die Vielfalt der Themen - diese Tätigkeit prägt auch den Mandatsträger.

Ich habe mich dadurch mehr denn je bestätigt gefühlt, dass Bildung für unser Land, für unsere jungen Menschen und für die Demokratie elementar ist. Nur mit einer vernünftigen Bildung kann die Wirtschaft funktionieren und sind am Ende die Sozialleistungen möglich, die wir dringend brauchen.

Gerade deshalb, wegen Frieden und Freiheit, meine Bitte: Setzt das Thema Stasi in der nächsten Wahlperiode noch einmal auf die Tagesordnung! Unsere Jugend muss wissen um das, was in totalitären Staaten passiert ist, und zwar in beiden totalitären Staaten, die es auf unserem deutschen Boden leider gegeben hat.

(Beifall)

Ich sage Danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtages, in den Ministerien, allen Kolleginnen und Kollegen gleichermaßen. Uwe Schwarz, du warst im Sozialbereich ein guter Sparringspartner!

(Heiterkeit)

Ich sage ganz besonders meiner Fraktion Danke. Wenn ich so zu Herrn Toepffer blicke, denke ich: Wenn alle Hannoveraner so wären wie du und die lieben Kollegen aus Hannover, dann wäre es um das Verhältnis Braunschweig/Hannover wahrscheinlich besser bestellt.

(Beifall und Heiterkeit)

Also: Macht's gut! Macht's richtig! Und springt bitte nicht nur bei Themen wie dieser Enquetekommission öfter mal über euren parteipolitischen Schatten!

Herzliches Dankeschön!

(Lebhafter Beifall)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Mundlos. - Die Besprechung ist damit abgeschlossen.

Auch ich darf Ihnen ganz herzlich für Ihre Arbeit danken, Frau Mundlos. Ich gehe aber davon aus, dass der Präsident das am Ende noch in besonderer Weise machen wird, weil ja eine ganze Menge Abgeordnete aus dem Landtag ausscheiden. Ich denke dabei auch ein bisschen an mich.

(Heiterkeit)

Vielen Dank, Frau Mundlos. Es war eine schöne Überleitung, die Sie von dem interessanten Thema zu Ihren Ausführungen anlässlich Ihres Ausscheidens aus diesem Hause gefunden haben.

Ich möchte mich auch im Namen des Landtags bei allen Mitgliedern der Enquetekommission unter Ihrer Führung, Frau Lesemann, ganz herzlich bedanken. Ich glaube, das war für alle, die daran teilgenommen haben, etwas Bewegendes; das habe ich auch den Redebeiträgen hier entnommen. Einen ganz herzlichen Dank natürlich auch an die Damen und Herren, die nicht Mitglied des Parlaments sind!

Wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung:

Kommunen bei der Integration besser unterstützen - Integrationspauschale auf den Weg bringen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/8547

Die Einbringung erfolgt durch Jan-Christoph Oetjen. Bitte schön, Herr Oetjen!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Kommunen in Niedersachsen sind vor Ort die ersten Ansprechpartner bei der Integration von Geflüchteten. Es ist im Interesse aller, dass die Kommunen mit einer aktiven Politik versuchen, die Geflüchteten in die örtliche Gemeinschaft zu integrieren.

Unterstützt werden sie dabei, liebe Kollegin Polat, von unzähligen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die sich vor Ort um die neuen Mitbürger kümmern. An dieser Stelle möchte ich einen ganz herzlichen Dank all denjenigen sagen, die sich vor Ort aktiv einbringen.

(Zustimmung von Filiz Polat [GRÜNE])

Die Städte und Gemeinden in Niedersachsen halten schon heute vielfältige Angebote im Bereich

der Integrationshilfe vor. Sie stehen vor Ort in der Verantwortung und sind im direkten Kontakt mit den Betroffenen.

Die Leistungen im Bereich der Integration sind für die Kommunen in Niedersachsen eine neue Aufgabe, die einen hohen Einsatz von finanziellen Mitteln erfordert. Die Leistungen sind unabhängig vom Status der jeweiligen Person erforderlich. Auch nach dem positiven Durchlaufen des Asylverfahrens sind Integrationsleistungen vor Ort weiterhin notwendig. Eine finanzielle Ausstattung ist jedoch nicht vorgesehen.

Es wurde gerade veröffentlicht, dass das Land Niedersachsen 200 Millionen Euro zusätzlich über das Aufnahmegesetz an die Kommunen auskehrt. Das ist gut und richtig. Aber das Geld ist für die Asylbewerber bestimmt, die im Verfahren sind. Hinterher fehlen die Leistungen des Landes. Die Kommunen haben aber weiterhin die Aufgabe zu tragen. Wir sind der Meinung, dass wir die Kommunen, wenn sie eine Aufgabe haben, finanziell ausstatten sollten.

(Beifall bei der FDP)

Insbesondere sollten wir nicht die Fehler aus der Vergangenheit wiederholen. Im Rahmen der Migrationsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland wurde den Menschen in der Vergangenheit oft gesagt: Irgendwann kehrt ihr vielleicht wieder in eure Heimat zurück, ihr braucht euch gar nicht zu integrieren.

**(Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann
übernimmt den Vorsitz)**

Ich glaube, dass gerade wir in Deutschland nach dem, was 2015 passiert ist, die Aufgabe haben, die Integration zu befördern; denn wir wissen nicht, ob sie bleiben oder nicht. Viele werden sehr lange bleiben. Viele werden eine neue Heimat hier bei uns in Deutschland finden. Deswegen müssen wir uns um die Integration kümmern, damit sie gelingt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Die Kommunen tragen die finanzielle und die organisatorische Hauptlast dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Integration.

Daher fordern wir Freie Demokraten, dass das Land ab dem 1. Januar 2018 eine Integrationspauschale an die Kommunen für alle Menschen, die ein Asylverfahren durchlaufen haben, in den ersten drei Jahren nach dem Durchlaufen des Asylverfahrens auszahlt, um diese Aufgabe der Integration

finanziell zu unterstützen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das, was vor Ort in den Sportvereinen, in den Kitas, in den Kirchengemeinden geleistet wird, geht nur gemeinsam mit der Kommune. Die Kommune ist vor Ort am dichtesten dran. Deswegen müssen wir die Kommune finanziell richtig ausstatten.

(Beifall bei der FDP)

Das Land Niedersachsen - wie übrigens auch der Bund und die EU - tut viel im Bereich der Integration. Wissen Sie aber, wie viele Landesprogramme es im Bereich der Integration gibt - nur Landesprogramme ohne Bundesprogramme und Europaprogramme und Programme von Stiftungen und anderen Organisationen? - 28! Es gibt 28 Landesprogramme zum Thema Integration. Damit werden 245 Millionen Euro Landesmittel ausgekehrt. Dazu kommen noch einmal die 55 Millionen Euro aus der Pauschale des Bundes, die über das Programm Quik an die Kommunen ausgeschüttet werden: 300 Millionen Euro über 28 Programme! Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Förderdickicht, in dem sich die Kommunen nicht mehr zurechtfinden.

(Christian Dürr [FDP]: Richtig! So ist es!)

Ich bin der Meinung, wir sollten ihnen eine Pauschale an die Hand geben, mit der sie vor Ort machen können - nicht was sie wollen, sondern natürlich das, was der Integration dient. Das wäre viel besser; denn vor Ort wissen sie am besten, wie man den Flüchtlingen gut helfen kann.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen brauchen wir einen Paradigmenwechsel in der Förderpolitik. Es gibt im Moment die Förderung der Koordinierungsstellen Migration und Teilhabe. Die liegt aber auf Landkreisebene und nicht in den Städten, in den Gemeinden, den Samtgemeinden, nicht bei denjenigen, die vor Ort am dichtesten dran sind. Deswegen unterstützen wir als Freie Demokraten die Forderung des Städte- und Gemeindebundes und des Niedersächsischen Städtetages, eine solche Integrationspauschale auf den Weg zu bringen.

Ich will nicht sagen, dass wir alle Förderprogramme abschaffen können, wenn wir eine solche Integrationspauschale haben. Wir könnten sie aber wesentlich vereinfachen.

(Christian Dürr [FDP]: Richtig!)

Wir könnten die Verantwortung auf die örtliche Ebene übertragen dort, wo sie heute schon wahrgenommen wird, und dort, wo sie am besten wahrgenommen werden kann. Lassen Sie uns die Kommunen dabei unterstützen, die Integration von Geflüchteten auf den Weg zu bringen. Das wäre ein richtiger Ansatz, um Integration wirklich zum Gelingen zu bringen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Oetjen, für die Einbringung des Antrages der FDP-Fraktion. - In der Aussprache hat jetzt der Kollege Belit Onay für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Belit Onay (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion der FDP baut - das hat der Kollege Oetjen bereits gesagt - auf einem Beschluss des Städte- und Gemeindebundes auf. Dem kann man erst einmal viel abgewinnen; denn richtig ist: Die Kommunen vor Ort tragen eine sehr große Last.

Um die Kommunen in Niedersachsen bei der Aufnahme von Flüchtlingen finanziell zu unterstützen, hat das Land Niedersachsen die Kopfpauschale mittlerweile auf 10 000 Euro angehoben, ausgehend von knapp unter 4 000 Euro noch unter Schwarz-Gelb. Wir haben die Vorauszahlungen in Höhe von 250 Millionen Euro mit auf den Weg gebracht.

Auch da gibt es übrigens sehr interessante Diskussionen. Die verschiedenen Kreise fordern - ich komme gleich auf Ihren Antrag zu sprechen - oder bringen zumindest in die Diskussion, auch über eine Spitzabrechnung nachzudenken.

Ich komme nun zu Ihrem Antrag, der eine Integrationspauschale von 2 000 Euro vorsieht. Darüber kann man diskutieren. Aber auch da hätten wir das Problem, dass wir das Geld im Grunde wie eine Gießkanne für einen Themenbereich streuen. Sie haben es gerade angesprochen: Die 28 Landesprogramme kommen ja nicht von ungefähr. Wenn wir von Integration sprechen, sprechen wir über ganz unterschiedliche Bevölkerungsgruppen. Denn *die* Migranten bzw. *die* Flüchtlinge gibt es so nicht. Es gibt ganz unterschiedliche Alters-, Geschlechts-

und Bildungsgruppen. Auch darüber muss man meines Erachtens nachdenken.

Viel wichtiger bei diesem Antrag ist aber meines Erachtens der Zeitpunkt. Ich habe mich schon etwas gewundert, dass jetzt ein Entschließungsantrag in dieser Form kurz vor Ende der Legislaturperiode eingebracht wird, obwohl wir doch gerade noch über den Nachtragshaushalt diskutiert haben. Dabei hätte man, glaube ich, einen solchen Antrag einbringen müssen, wenn man es ernst meint und Ihre Zählgemeinschaft dahintersteht.

(Jens Nacke [CDU]: Haben Sie Frau Hamburg gehört, wie sie sich aufgeregt hat? Jetzt schlagen Sie das vor? Das ist ja sehr interessant!)

- Ich habe den Zwischenruf gerade nicht einordnen können. Aber gut, ich mache weiter.

Die FDP-Fraktion versucht jedenfalls, sich hier kommunalfreundlich darzustellen.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Wir sind kommunalfreundlich!)

Herr Oetjen behauptet weiterhin, dass die FDP dies sei.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Dann muss man sich allerdings wundern: Warum gibt es den Widerstand bei der Verabschiedung des Kommunalinvestitionsprogrammes, mit dem die Kommunen ganz viel Geld für kommunale Investitionen erhalten sollen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Beispiel das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz: 125 Millionen Euro für die Kommunen. Schwarz-Gelb ist ganz groß dabei, das jetzt aktuell im Landtag zu verhindern. Die Kollegen aus dem Wirtschaftsbereich können das leidvoll bestätigen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Warum kommen Sie jetzt erst darauf?)

Aber wir als Rot-Grün haben da sehr viel auf den Weg gebracht.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Onay, der Kollege Bode würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Belit Onay (GRÜNE):

Ich habe wenig Zeit für eine Zwischenfrage. Ich würde meine Ausführungen gerne fortsetzen.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Dann machen Sie das. Bitte!

Belit Onay (GRÜNE):

Danke schön. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, Rot-Grün hat da sehr viel auf den Weg gebracht, gerade um die Kommunen zu unterstützen. Wir haben beim Aufbau von Netzwerken zur Qualifizierung und Vermittlung von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern sowie von Dolmetscherinnen und Dolmetschern und beim Ausbau der Flüchtlingssozialberatung angesetzt. Übrigens ist die Kooperative Migrationsarbeit Niedersachsen der Bereich, in dem gerade die Ehrenamtlichen, die den ersten Kontakt zu den Flüchtlingen haben, eine Mordsarbeit geleistet haben. Auch einen ganz herzlichen Dank an die hilfreichen Beraterinnen und Berater, die den Ehrenamtlichen hier zur Seite gestanden haben!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unter dem Strich haben wir als Rot-Grün in Niedersachsen sehr viel gemacht, um die Kommunen zu unterstützen. Wir können uns gerne auch über diesen Vorschlag der FDP-Fraktion unterhalten. Ich weiß aber, ehrlich gesagt, gar nicht - da fehlt mir ein bisschen die Fantasie -, wann das in den wenigen Sitzungen geschehen soll, die noch anstehen.

Wenn wir aber darüber diskutieren, dann möchte ich auch gerne die Frage aufwerfen, wie sich die Kosten zusammensetzen. Das betrifft die Analyse der Kosten. Da sind wir ein Stück weit in der Diskussion zur Spitzabrechnung. Aber ich glaube, es wäre spannend, einmal zu gucken, welche Kosten da tatsächlich auf die Kommunen zukommen. Dann können wir auch darüber sprechen, wie wir die Kommunen in Niedersachsen bei der - hoffentlich erfolgreich - Integration unterstützen können.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank - auch für die Punktlandung, was die Redezeit angeht, Herr Kollege Onay.

Jetzt hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Johann-Heinrich Ahlers das Wort. Bitte, Herr Kollege!

Johann-Heinrich Ahlers (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der FDP-Fraktion beschäftigt sich mit einem der wichtigsten Themen der Gegenwart. Die Integration - oder Nichtintegration - von Zuwanderern und insbesondere von anerkannten Flüchtlingen bestimmt ganz wesentlich, was für eine Gesellschaft wir in der Zukunft sein werden.

Lieber Kollege Jan-Christoph Oetjen, grundsätzlich findet Ihr Antrag natürlich unsere Zustimmung. Dennoch einige Gedanken zu ihm:

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren kamen jährlich über 100 000 Menschen mehr nach Deutschland, als Deutschland verlassen haben. Die Flüchtlingswelle von Ende 2015 und Anfang 2016 mit ungefähr 900 000 Asylbewerbern war da ein Ausreißer, der uns aufweckte. Wir müssen aber auch an die Zuwanderung aus anderen Gründen - etwa aus beruflichen Gründen, zur Ausbildung oder zur Familienzusammenführung - denken.

Der Antrag untertreibt, wenn er von „Hunderttausenden Menschen“ spricht, die „in den vergangenen Jahren vor Krieg und Folter geflohen“ seien. Laut UNO-Flüchtlingshilfe waren Ende 2016 tatsächlich 65,6 Millionen Menschen auf der Flucht. Jeden Tag ziehen laut UNO-Flüchtlingshilfe 28 300 Menschen auf die Flucht aus ihrer Heimat.

Meine Damen und Herren, es ist unsere moralische Verpflichtung, den Flüchtlingen zu helfen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung von Jan-Christoph Oetjen [FDP])

Das geschieht auf vielfältige Weise, z. B. ganz erheblich durch die Finanzierung der Flüchtlingshilfe der UNO.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Der UNO ist leider das Geld ausgegangen, Herr Ahlers, weil Wohlstandsstaaten nicht ordentlich gezahlt haben!)

In den letzten Jahren ist aber auch die Zahl der in Deutschland angekommenen Flüchtlinge deutlich gestiegen. Das stellt uns vor große Herausforderungen. Zunächst muss geprüft und entschieden werden, ob die Asylbewerber jeweils tatsächlich

als Flüchtlinge anzuerkennen sind. Dann müssen diese untergebracht und betreut werden.

Meine Damen und Herren, grundsätzlich ist anzunehmen, dass Flüchtlinge später in ihre Heimat zurückkehren wollen. Dies ist teilweise leider nicht möglich, oder sie wollen das nach einer gewissen Zeit nicht mehr. Unabhängig davon, ob Flüchtlinge später in ihre Heimat zurückkehren, sollten wir gegenwärtig davon ausgehen, dass sie bleiben werden. Wir sollten uns von Beginn an für die Integration in unsere Gesellschaft einsetzen.

Bei Asylbewerbern, bei denen keine Asylgründe vorliegen, müssen wir hingegen schneller für eine Heimkehr sorgen.

Die Hauptarbeit bei der Integration erfolgt in den Kommunen, in den Vierteln und in den Ortsteilen der Kommunen. Das, was die kommunalen Spitzenverbände auf ihren Tagungen gefordert haben, ist richtig. Deshalb sagen wir: Die Kommunen müssen wir bei der Integration unbedingt besser unterstützen.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Eine Hilfe dabei ist auch die Anwendung von Wohnsitzauflagen, um die Ghettoisierung zu verhindern.

(Zustimmung bei der CDU)

Hier hat die Landesregierung aus falsch verstandener Toleranz nicht gehandelt. Der Schaden liegt jetzt bei den Städten, wie z. B. Salzgitter. Die Hilferufe von Salzgitter an die noch amtierende Landesregierung hatten ja leider keine Wirkung. Deshalb haben wir einen Entschließungsantrag zur Wohnsitzauflage gestellt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Entschließungsantrag der FDP-Fraktion sieht 2 000 Euro pro Flüchtling ab dem 1. Januar 2018 vor. Er hätte natürlich gravierende finanzielle Folgen. Bei 30 000 anerkannten Asylbewerbern in Niedersachsen - das ist eine zurückhaltende Schätzung - reden wir von Ausgaben in Höhe von 60 Millionen Euro pro Jahr. Das wäre gut investiertes Geld. Diese Ausgabe kann aber nicht mit einem Entschließungsantrag beschlossen werden. Dazu bedarf es grundsätzlich eines entsprechenden Haushaltstitels und weiterer gesetzlicher Regelungen, etwa in einem Integrationsgesetz.

Der Antrag richtet den Blick also auf ein wichtiges Thema. Meine Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass dieses Thema in der nächsten Wahlperiode mit einer CDU-geführten Landesregierung endlich die Aufmerksamkeit bekommen wird, die es verdient.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Zustimmung von Christian Grascha [FDP])

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Ahlers. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Michael Höntsch das Wort.

Michael Höntsch (SPD):

Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich als Abgeordneter der SPD-Fraktion kann nicht erkennen, dass wir eine Integrationspauschale auf den Weg bringen müssten. Dieser Antrag suggeriert, es gebe bis heute kaum eine oder keine finanzielle Unterstützung seitens des Landes für die Integration Geflüchteter in den Städten und Gemeinden. Gleich mehrere Fakten sprechen gegen die von der Fraktion der FDP beantragte Integrationspauschale:

Der Landtag hat mit den Stimmen von SPD und Grünen im Dezember 2016 einen Nachtragshaushalt beschlossen, mit dem den Kommunen schon im vergangenen Jahr und in den Jahren 2017 und 2018 zusammen 1 Milliarde Euro zusätzlich gewährt worden ist, um die großen Herausforderungen bei der Aufnahme, Unterbringung und schließlich auch Integration von Flüchtlingen bewältigen zu können.

Die Landesregierung und auch die Fraktionen von SPD und Grünen mahnen von jeher an, unsere Kommunen finanziell so auszustatten, dass sie in der Lage sind, alle ihnen übertragenen Aufgaben zu bewältigen. Dazu gehört auch das Thema der Integration von zu uns geflüchteten Menschen. Da sind wir uns sehr einig, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP. Auch das Land muss - das habe ich erwähnt - seinen Beitrag leisten, allerdings nicht alleine. Auch der Bund ist gefragt und muss zu seiner Verantwortung stehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Letztendlich ist die Bundesregierung, allen voran der Bundesinnenminister und die Kanzlerin, in der

Verantwortung. Denn dort wird über die Aufnahme und die Verteilung auf die Länder - und damit indirekt auch auf die Kommunen - entschieden. Von „Wir schaffen das“ hin zu einem „Die schaffen das schon“ - das ist leider die jüngste Entwicklung.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür werben, die Einwanderung endlich auf sichere Füße zu stellen, wie es die Bundesratsinitiative zu Beginn des Jahres vergeblich gefordert hat! Themen wie Migration und Flucht sind in unserer Bevölkerung mit Ängsten verbunden. Wir wissen das. Mit diesen Ängsten spielt man aber nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz, das die Integration in unsere Gesellschaft regelt. Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz losgelöst von unserem Asylrecht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der FDP)

Schon heute leben viele hoch qualifizierte Menschen unter uns, die aus der Sicht der Wirtschaft dringend benötigt werden. Leider werden uns viele davon wieder verlassen müssen, weil sie nach dem bestehenden Asylrecht keine Bleibeperspektive haben. Das Nein des Bundesrates hat Zukunftschancen nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch für unsere Gesellschaft verwirkt.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und noch eines: Die Landesregierung steht zu ihrer Verantwortung für die Kommunen. Im Rahmen ihrer Verpflichtung hat Rot-Grün die Kommunen in der Vergangenheit unterstützt und wird dies auch in der Zukunft tun, gerade auch diejenigen, die aktuell unter ganz besonderem Druck standen und stehen. Da sind wir verlässlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, wir werden Ihren Antrag ablehnen.

Erlauben Sie mir nun am Ende meiner Ausführungen, ein paar Worte des Dankes und des Abschiedes loszuwerden. Ich stehe hier zum letzten Mal. Ich werde dem kommenden Landtag - nach fünf Jahren engagierter Arbeit im Parlament und im Wahlkreis - nicht mehr angehören. Es war eine spannende und eine schöne Zeit, sozusagen die Hoch-Zeit meines Berufslebens.

Ich kann nicht verhehlen, dass es mich schmerzt hat, nicht wieder dabei sein zu können. Das war eine schwere, eine bittere politische Niederlage. Ich habe aber die Kraft gefunden, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann. Das ist, glaube ich, ganz gut so.

Ich erinnere mich noch gut an die Ansprache unseres verehrten Präsidenten, Herrn Busemann, der davon sprach, welche große Ehre es sei, diesem Parlament angehören zu dürfen. Sie werden sich erinnern. Auch mich hat es mit Stolz erfüllt, die Treppe zum Portikus emporsteigen zu dürfen.

Ich habe hier in diesem Parlament Freunde und darüber hinaus angenehme menschliche Kontakte gefunden - natürlich auch zu beiden Oppositionsparteien -, an die ich mich gerne erinnern werde.

Ich habe zeit meines politischen Lebens meist frank und frei meine Meinung gesagt. Das war auf meinen Wegen nicht immer hilfreich und hat mir oft Schwierigkeiten bereitet, aber es ging nicht anders. Schon mein Vater kritisierte das einst heftig an mir. Ich denke mir, er wäre heute trotzdem stolz.

Meine lieben Kolleginnen und meine lieben Kollegen, ich möchte Sie heute an unser Versprechen erinnern: Wir wollen uns für unsere freiheitliche Demokratie stark machen. Wir wollen der Jugend, aber auch allen anderen ein Vorbild sein.

Mir wurde immer gesagt, der parlamentarische Streit und auch die Polemik seien das Salz in der Suppe. Mir persönlich war diese Suppe hier mitunter versalzen. Ich mag die Hoffnung aber nicht aufgeben, dass wir - ich muss jetzt sagen: dass Sie - da besser werden können.

Auch mein Herzensanliegen möchte ich heute hier allen Fraktionen im Hause noch einmal darlegen: Bitte nehmen Sie das Problem des Antisemitismus ernst! Denn es ist ernst. Wir haben hier immer viel über Gewalt gesprochen. Ich kann die Auseinandersetzungen eigentlich kaum zählen, in denen wir uns um rechte wie linke Gewalt gestritten haben. Diese Debatten sind sicherlich wichtig und auch nötig. Bei allem Dissens aber sollte uns die Solidarität mit unseren jüdischen Mitbürgern immer einlenken.

(Starker Beifall)

Das muss immer Konsens sein, und das muss immer Konsens bleiben. Ich sage mit dem nötigen Selbstbewusstsein: Wir sind besser als jedes andere Land in der Erinnerungskultur aufgestellt, gerade auch in der Landeshauptstadt Hannover

und in der Region. Unsere Gedenkstätten sind ganz wunderbare Orte, wenn ich das - ohne missverstanden zu werden - so sagen darf, ob Ahlem oder Bergen-Belsen. Diese unsere Vergangenheit muss uns anspornen, uns umso mehr auch den Lebenden zuzuwenden. Hate speech und offener Judenhass müssen unsere gemeinsame Ablehnung, unseren gemeinsamen Widerstand erfahren. Wenn dort Gesetze nicht ausreichen - das scheint so zu sein -, dann muss die Politik handeln.

Ich wünsche Ihnen allen im Übrigen eine Zukunft in diesem Parlament ohne AfD.

Verehrter Herr Präsident Busemann, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Hanne, ich behalte Sie alle in guter Erinnerung und freue mich, wenn Sie es mir nachtun. Auf jeden Fall werde ich die Landespolitik weiterhin aufmerksam verfolgen und mich auch ohne Mandat zu Wort melden.

Danke schön.

(Starker, lang anhaltender Beifall)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf hier als Vorsitzender im Sitzungsvorstand für diesen Abschnitt unserer heutigen Tagung sagen: Es ist ein bewegender Moment, zu erleben, dass sich eine langjährige Kollegin - seit 1994 mit kurzer Unterbrechung - und ein Kollege, der seit kurzer Zeit im Parlament ist, hier mit hervorragenden Worten verabschiedet haben, die Beifall bei allen Fraktionen gefunden haben. Es waren Worte, die wir alle beherzigen sollten, nicht nur was die Stasisituation, die weitere Aufarbeitung und das Im-Bewusstsein-Halten angeht, sondern in besonderer Weise auch das, was der Kollege Höntsch gesagt hat.

Lieber Michael, mit Verlaub - ich sage das jetzt einfach so -: Du sprachst davon, hier Freunde gefunden zu haben. Das gilt für den amtierenden Sitzungspräsidenten, der Braunschweiger ist, und den Hannoveraner Abgeordneten, der sich eben verabschiedet hat, auch. Das geht also! Alles Gute für die Zukunft!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das Wort hat jetzt für die Landesregierung Herr Finanzminister Schneider.

(Jens Nacke [CDU]: Auch die letzte Rede! - Heiterkeit)

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Das glaube ich nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nicht ganz einfach, einen Übergang hinzubekommen. Vielleicht doch eine Bemerkung von mir, Michael Höntsch betreffend, die alle SPD-Mitglieder sicherlich kennen, die anderen möglicherweise nicht.

(Zuruf von der CDU: Da sind wir aber gespannt!)

Die Vorgeschichte, die hier mit anklang, war eine Wahlkreis-Konferenz, in der auch von mir sehr geschätzte Kollege Höntsch nicht wieder aufgestellt worden ist. Das Erste, was er in der Fraktion der SPD erklärt hat, war, dass er selbstverständlich bis zum Ende der Legislaturperiode in der Solidarität der Fraktion steht.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dann kann man auch solche Reden halten.

Aber nun zurück zu dem Entschließungsantrag.

Gestatten Sie mir, das Fazit zu ziehen: Sie erwecken hier den Eindruck, wir würden die Kommunen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten im Regen stehen lassen, und stellen eine millionenschwere zusätzliche Leistung des Landes in den Raum, ohne ein Wort zur Gegenfinanzierung und ohne ein Wort darüber zu sagen, wie das Ganze überhaupt haushaltsrechtlich umgesetzt werden könnte. Das ist faktisch in den jetzt vor uns liegenden Abläufen unmöglich. Lassen Sie mich deshalb zur Klärung der vermeintlichen Faktenlage ein paar Zahlen nennen. Das ist ja die übliche Aufgabe des Finanzministers.

Meine Damen und Herren, die niedersächsischen Kommunen erhalten für das laufende Jahr 2017 vom Land insgesamt eine Kostenabgeltung für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern von nunmehr insgesamt 981 Millionen Euro. Das sind rund 200 Millionen Euro mehr als ursprünglich angenommen. Der Hintergrund sind die aktuell und erst seit Kurzem vorliegenden Angaben der Asylbewerberleistungsstatistik sowie die Quartalsmeldungen der Kommunen. Danach sind nunmehr gegenüber 75 500 ursprünglich angenommenen Personen insgesamt 87 600 Personen in der Statistik enthalten und zu finanzieren, also rund 12 000 Personen mehr, als wir bei der Haushaltsaufstellung unterstellt haben.

Darüber hinaus sind die Kosten der Kommunen je Leistungsempfängerin bzw. Leistungsempfänger gestiegen, sodass die zu zahlende Pauschale - die 10 000 Euro, die Sie kennen - auf 11 200 Euro angehoben wird. Ich darf erinnern: Noch 2013 betrug dieser Betrag 6 200 Euro. Wir haben uns dann in längeren Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden auf die Anhebung der Pauschale auf 10 000 Euro verständigt. Grundlage für die 10 000 Euro war ein Mittelwert der durchschnittlich je Person anfallenden Nettoausgaben plus eine Pauschale von 1 500 Euro, die für sonstige Ausgaben der Kommunen gedacht war und sich nicht unmittelbar aus der Asylbewerberleistungsstatistik ableiten lässt.

Geregelt wurde seinerzeit für den Fall der Erhöhung der Durchschnittskosten eine Anpassung. Dieser Fall ist jetzt eingetreten. Es bleibt also bei der Pauschale von 1 500 Euro, die obendrauf kommt. Die wird nicht angefasst. Aber die zugrunde liegenden Nettoausgaben werden angepasst, sodass sich insgesamt diese knapp 11 200 Euro - genau genommen 11 192 Euro - ergeben. Gegenüber 2013 ist das also fast eine Verdoppelung der Kostenabgeltungspauschale.

Das allein zeigt, meine Damen und Herren, dass wir die Kommunen hier keineswegs alleine lassen, sondern dass wir kräftig helfen. Die nun zu leistende Auszahlung aus den ursprünglich im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben ist nicht möglich. Deshalb hat das Finanzministerium auf Antrag des Innenministeriums mit Schreiben vom 28. Juli einer überplanmäßigen Ausgabe - also als Folge einer Rechtsverpflichtung - in der Größe von 201 Millionen Euro zugestimmt. Gegenbuchung: Finanzierung Minderausgaben bei der Landesaufnahmebehörde.

Das ist, wie gesagt - ich betone das noch einmal -, die Bedienung einer fälligen Rechtsverpflichtung. Insofern war ein Nachtragshaushalt dafür nicht notwendig. Aber angesichts der Größenordnung ist natürlich der Landtag zu unterrichten. Das ist durch Übersendung einer entsprechenden Unterlage an den Haushaltsausschuss und den Innenausschuss heute geschehen. Weil heute eine Plenarsitzung stattfindet, wollte ich die Gelegenheit nutzen, um auch das Plenum insgesamt darüber zu unterrichten.

Die Kommunen erhalten damit in diesem Jahr fast 1 Milliarde Euro, genau: 981 Millionen Euro. Ein Vorschuss von 290 Millionen Euro darauf hat es bereits in 2016 gegeben. Er ist aber natürlich auf

der Anspruchsgrundlage des Jahres 2017 mitzurechnen.

Daneben fallen weitere 272 Millionen Euro für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Ausländer an, die an die Kommunen gezahlt werden, zusammen also 1,25 Milliarden Euro Leistungen des Landes an die Kommunen. Dagegen beteiligt sich der Bund - im Zusammenhang mit dieser Förderung wird ja immer wieder einmal das Märchen verbreitet, wir hätten klebrige Finger - im Jahr 2017 mit 450 Millionen Euro. Den 1,25 Milliarden Euro, die wir an die Kommunen zahlen, stehen also als Gegenleistung 450 Millionen Euro gegenüber, die der Bund erstattet.

Dabei haben wir nicht berücksichtigt, dass wir außer den Zahlungen an die Kommunen natürlich auch eigene Lasten haben. Ich erinnere an die zusätzlichen Stellen im Bereich der Sprachförderung, im gesamten Sozialbereich, an die zusätzliche Ausweitung im Schulbereich, und das alles auch vor dem Hintergrund der gestiegenen Kinderzahlen

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- danke -, nicht zu vergessen die Lasten der landeseigenen Aufnahmeeinrichtung.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Das ist an der Sache vorbei!)

- Nein, das ist überhaupt nicht an der Sache vorbei. Warten Sie das Ende meiner Rede ab. Ich komme auf Sie noch einmal zurück.

Was die eigenen Kosten angeht, sind wir im vorigen Jahr, das abgerechnet ist, bei der LAB NI mit 450 Millionen zusätzlich dabei gewesen. Alles in allem trägt das Land ganz deutlich die finanzielle Hauptlast, entgegen der Behauptung, die Ihrem Antrag zugrunde liegt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Angesichts dieser Tatsache stellen Sie weitere unbezahlbare Forderungen. Das ist dem Wahlkampf geschuldet - so ist das -; sonderlich verantwortlich ist das nicht, Herr Oetjen. So, wie Sie mit Ihrem Antrag handeln, handelt typischerweise jemand, der sicher damit rechnet, nicht in die Verantwortung zu kommen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die antragstellende Fraktion hat durch den Kollegen Oetjen um zusätzliche Redezeit gebeten. Herr Oetjen, die bekommen Sie, plus Ihrer Restredezeit, kumuliert auf maximal vier Minuten. Bitte sehr!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Schneider, so wie Sie hier gerade geredet haben, redet typischerweise jemand, der in der Materie null zu Hause ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN - Filiz Polat [GRÜNE]: Hört, hört! - Gerd Ludwig Will [SPD]: Das sagt der Richtige!)

Sie haben zum Inhalt des Antrags nichts gesagt, sehr geehrter Herr Minister. Sie haben hier viel darüber geredet, was das Land den Kommunen zur Verfügung stellt. Sie haben auch recht. Ja, die Pauschale wurde erhöht. Ja, es gibt jetzt 200 Millionen Euro mehr für die Kommunen. Das sind aber Leistungen aus dem Aufnahmegesetz. Das ist für Asylbewerber, die das Asylverfahren durchlaufen.

Das, worüber wir als FDP an dieser Stelle reden und wozu wir einen Antrag gestellt haben, ist, eine Integrationspauschale für Menschen auf den Weg zu bringen, die das Asylverfahren schon durchlaufen haben, irgendwo wohnen und für die es dann keine Mittel des Landes mehr für die Kommunen gibt.

Das ist der entscheidende Unterschied, sehr geehrter Herr Minister Schneider, und dazu haben Sie nicht ein Wort gesagt.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Filiz Polat [GRÜNE])

- Frau Kollegin Polat, Sie wissen ganz genau, dass das, was ich hier sage, stimmt. Wir müssen doch dafür sorgen, dass nach dem Durchlaufen des Asylverfahrens, wenn beispielsweise ein Antragsteller anerkannt wurde oder wenn beispielsweise ein subsidiärer Schutz erteilt wurde, die Kommunen, in denen diese Menschen dann wohnen, weiterhin finanzielle Mittel haben, um sich um diese Menschen zu kümmern.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Wenn es nach Ihnen geht, kommen sie ja gar nicht in die Kommune!)

Diese gibt es aber nicht mehr, weil es sie nur gibt, solange das Asylverfahren läuft, sehr geehrter Herr Minister Schneider. Das ist der entscheidende Punkt, zu dem Sie an dieser Stelle nichts gesagt haben. Deswegen gilt für Sie: Sie haben in dieser Materie gerade völlig an der Sache vorbeigeredet.

(Jörg Bode [FDP]: Gesabbert!)

- Ja, das wäre mir beinahe herausgerutscht, Herr Kollege; aber das habe ich nicht gesagt.

(Belit Onay [GRÜNE]: Wir haben es verstanden!)

Sie haben hier völlig an der Sache vorbeigeredet. Das ist einer Landesregierung wirklich nicht würdig. Ganz ehrlich: Wenn Sie schon wissen, dass Sie zu einem Tagesordnungspunkt reden, hören Sie doch bitte auch den Rednern der Oppositionsfraktionen zu, und lesen Sie nicht nur vor, was Ihnen aufgeschrieben wurde.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Oetjen. - Zu diesem Entschließungsantrag gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Deswegen kann ich die Beratung schließen.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll sich der Ausschuss für Inneres und Sport und mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen mit diesem Antrag befassen. Wer das unterstützt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist deutlich mehr als die erforderliche Anzahl von Abgeordneten. Damit ist so beschlossen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 7:

Erste (und abschließende) Beratung:

Antrag auf Änderung des Einsetzungsbeschlusses für den 23. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss - Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - Drs. 17/8551

Ich darf kurz erläutern: Hierbei geht es um die Anpassung an die Mehrheitsverhältnisse.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass über diesen Punkt ohne Beratung und ohne

Besprechung sofort abgestimmt wird. Ich frage, ob es Widerspruch dagegen gibt. Sie wissen: 30 Abgeordnete können Ausschussüberweisung beantragen, was allerdings sinnlos wäre. - Widerspruch gibt es auch nicht. Daher können wir gleich abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/8551 zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Ich frage nach Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Das Parlament hat einmütig so beschlossen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 8:

Erste (und abschließende) Beratung:

Antrag auf Änderung des Einsetzungsbeschlusses für den 24. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss - Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - Drs. 17/8552

Auch hier waren sich die Fraktionen im Ältestenrat einig, dass über diesen Punkt ohne Beratung und ohne Besprechung sofort abgestimmt wird. Ich gehe davon aus, dass es auch hier keinen Widerspruch gibt - das ist so -, und lasse daher abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP in der besagten Drucksache zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich frage nach Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Sie haben auch hier einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 9:

Abschließende Beratung:

Veräußerung der Landesliegenschaft „ehemaliges Klinikgelände“ auf Norderney - Antrag der Landesregierung - Drs. 17/8385 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/8555

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, die von der Landesregierung beantragte Einwilligung zu der Veräußerung zu erteilen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass über diesen Punkt ebenfalls ohne Bespre-

chung abgestimmt wird. - Ich höre auch hier keinen Widerspruch und lasse daher abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und die von der Landesregierung beantragte Einwilligung zur Veräußerung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich frage nach Gegenstimmen. - Es gibt keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Gibt es ebenfalls nicht. Das ist einstimmig so beschlossen.

Damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angekommen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Bis morgen früh um 9 Uhr!

Ich schließe die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 16.43 Uhr.